



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

**„Wirtschaftsverflechtungen zwischen Österreich und Ungarn vor
und nach der Wende“**

verfasst von / submitted by

Klemens Parizek

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 482

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramt Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und
Politische Bildung und Unterrichtsfach Bewegung und
Sport

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner

Danksagung

**Der größte Dank gilt meiner Frau Sabrina Parizek, die mich so intensiv und toll unterstützt hat.
Ohne sie wäre es nicht möglich gewesen, diese Arbeit zu schreiben.**

**Dank gilt auch Herrn Dr. Eigner für die tolle Betreuung der Diplomarbeit und allen Kollegen die
durch ihre Werke diese Arbeit erst möglich gemacht haben.**

Inhalt

a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner	1
I. Einleitung	5
II. Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ungarn und Österreich vor der Wende	7
II. 1. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in der Zwischenkriegszeit	7
II. 2. Ungarn 1938 – 1945	11
II. 3. Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn von 1945 bis 1989	13
II. 3. a) Erste Erfolge und Rückschläge	13
II. 3. b) Die ungarische Reform von 1968	15
II. 3. c) Die Trendwende der frühen 70er Jahre	22
II. 4. Statistiken	26
III Ereignisse rund um die Wende	30
III 1. Die Wende in Ungarn	30
III. 1. a) Entwicklungen bis zu den Wahlen 1990	30
III. 1. b) Entwicklungen vor und nach den Wahlen 1990	35
III. 2. Die österreichische Außenpolitik während des Umbruchs in Ungarn	36
IV. Österreichs Wirtschaft nach der Wende bis Heute	39
IV. 1. Österreich und die europäische Integration	39
IV.1. a) Österreich und die Ostöffnung	40
IV. 1. b) Die EU-Mitgliedschaft	42
IV. 1. c) EU-Erweiterung	42
IV. 1. d) Negative Aspekte der Entwicklung von Österreichs Wirtschaft durch die Wende	43
IV. 1. f) Abbildungen	44
V. Ungarns Wirtschaft nach der Wende	45
V. 1. Ungarns politische Umwälzungen bis 2010	45
V. 2. Wirtschaftliche Entwicklung unmittelbar nach der Wende	47
V. 3. Ungarns Wirtschaft im Aufschwung	52
V. 4. Ungarns Wirtschaft nach der Jahrtausendwende - Wachstum, Integration und Wirtschaftskrise	54
V. 5. Neueste Entwicklungen seit 2010	57
V. 5. a) Machtübernahme durch die FIDESZ	57

V. 5. b) Wirtschaftslage	60
V. 6. Statistiken.....	62
VII. Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn auf dem Energiesektor anhand des Fallbeispiels MOL/OMV	65
VII. 1. Kurzer Abriss der Entwicklung der beiden Mineralölkonzerne OMV und MOL.....	65
VII. 1. a) Historischer Abriss der OMV-Konzerngeschichte	65
VII. 1. b) Historischer Abriss der MOL-Konzerngeschichte.....	67
VII. 2. Konkurrenten auf dem Energiesektor: die MOL und die OMV	69
VII. 2. a) Übernahmeversuch der OMV und Gegenmaßnahmen der MOL	69
VII. 2. b) Russlands Bedeutung in Bezug auf die Beziehungen zwischen MOL und OMV	75
VII. Die ungarischen und österreichischen Banken mit Fokus auf die Expansionspolitik der österreichischen Großbanken in Ungarn nach der Wende.....	79
VII. 1) Die österreichischen Banken und deren Tätigkeit in Osteuropa nach der Wende	79
VII. 2) Der ungarische Bankensektor nach der Wende	82
VII. 2) a) Die Privatisierung des Bankensektors in Ungarn	82
VII. 2) b) Das ungarische Bankwesen nach der Jahrtausendwende	85
VII. 2) Fallbeispiel der Ausbaustrategie einer österreichischen Bank in Südosteuropa mit Fokus Ungarn anhand der Raiffeisen Gruppe.....	90
VII. 2) a) Die Raiffeisen Gruppe in Südosteuropa - Fokus Ungarn.....	91
VII. Statistiken.....	94
VIII. Die ungarische Bodengesetzgebung und Landwirtschaft nach der Wende	98
VIII. 1) Der ungarische Agrarsektor während der Privatisierung	98
VIII. 2) Aufschwung der Landwirtschaft vor dem EU-Beitritt und die Folgen des EU-Beitrittes für die Landwirtschaft.....	100
VIII. 3) Einschränkungen im Bezug auf den Erwerb von Boden in Ungarn, insbesondere für Ausländer.....	102
VIII. Statistiken.....	108
IX. Conclusio	110
X. Literaturangaben	114
XI. Anhang.....	118
XI. 1. Zusammenfassung.....	118
XI. 2. Abstract	120

I. Einleitung

Ziel der folgende Arbeit soll eine umfassende Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem österreichischen und ungarischen Staat nach der politischen Wende von 1989 sein. Im ersten Abschnitt wird die Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen nach dem ersten Weltkrieg bis hin zur Wende erläutert und analysiert. Grund für diese Analyse ist es eine Basis für das Verständnis der sich später bildenden Beziehungen und Verknüpfungen zwischen den Wirtschaften der beiden Staaten zu bieten. Weiters erklärt sich die charakteristische Verknüpfung der beiden Wirtschaften daraus, dass es sich vor dem Ende des ersten Weltkrieges um Teile eines Gesamtreiches gehandelt hat. Dieses Datum markiert einerseits das Ende des gemeinsamen Weges der beiden Staaten und andererseits den Beginn der gemeinsamen Beziehungen als getrennte politische Einheiten.

Die Geschehnisse in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Wende werden im Anschluss daran genauer betrachtet. Danach werde ich genauer auf die Entwicklung der beiden Staaten nach der Wende eingehen. Bei dieser Darstellung werde ich mich etwas stärker auf die Geschehnisse in Ungarn direkt konzentrieren, da dies für die letzten drei Abschnitte der Arbeit in denen jeweils Beispiele aus bestimmten Wirtschaftssektoren behandelt werden von größerer Bedeutung ist, als die Darstellung der Lage Österreichs.

Die letzten drei Abschnitte der Arbeit befassen sich mit drei konkreten Beispielen in Bezug auf die österreichisch-ungarischen Beziehungen. Der erste dieser Abschnitte befasst sich mit einem sehr speziellen Fallbeispiel aus dem Energiesektor. Es handelt sich dabei um die versuchte Übernahme eines ungarischen Energiekonzerns, der MOL, durch das größte österreichische Unternehmen in diesem Bereich, die OMV. Danach werde ich die Expansion der österreichischen Banken in Osteuropa mit Fokus auf Ungarn behandeln. In diesem Kapitel werde ich nach einem allgemeinen Einblick in die Expansionspolitik der Banken und einem Überblick über den Bankensektor in Ungarn, die Geschichte einer spezifischen österreichischen Bank herausnehmen und anhand dieser die Beziehung zwischen Österreich und Ungarn näher beleuchten. Der letzte Abschnitt befasst sich mit keinem konkreten österreichischen Unternehmen, sondern vielmehr mit einem Wirtschaftszweig. Grund dafür ist, dass es sich hier um den landwirtschaftlichen Bereich handelt. Aufgrund der ungarischen Gesetzeslage, die ich in dem Abschnitt genau erläutern werde, ist es ausländischen Investoren hier nur schwer möglich Fuß zu fassen. Bis 2014 gab es nämlich ein Verbot des Erwerbs von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Ausländer in Ungarn.

Ziel der Arbeit soll die Beantwortung zweier zentraler Forschungsfragen sein. Einerseits die Frage wie sich die Beziehung zwischen den zwei Staaten nach dem Zerfall der Donaumonarchie entwickelten und inwieweit es nach dem zweiten Weltkrieg aufgrund der ideologischen Unterschiede noch Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich gab. Die zweite Frage bezieht sich mehr auf die letzten drei Abschnitte der Arbeit. Hier soll geklärt werden inwieweit sich die Ostöffnung und insbesondere der Beitritt beider Staaten zu einem gemeinsamen politischen Gebilde, nämlich der Europäischen Union, auf die Beziehungen auswirkte. In Zusammenhang mit dieser Frage soll allgemein geklärt werden inwieweit Mitgliedsstaaten der Union in Bezug auf ihre gegenseitigen Beziehungen durch die Mitgliedschaft der Union und die daraus resultierenden Verpflichtungen gebunden sind bzw. gelenkt werden.

Die zu überprüfenden Thesen in Bezug auf die oben genannten Forschungsfragen sind, dass die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn unmittelbar nach dem Zerfall des gemeinsamen Staatengebildes der Habsburgermonarchie aufgenommen wurden, da man gegenseitig darauf angewiesen war. Außerdem bedeuten auch die Trennung der beiden Staaten in verschiedene politische Lager nach dem Ende des Weltkrieges kein Erliegen der Beziehung und haben beide Staaten aufgrund ihrer engen Bindung zum jeweiligen Nachbar und der gemeinsamen Geschichte stetig Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene aufrecht erhalten. In Bezug auf den zweiten Fragenkomplex lautet die These, dass Österreich und Ungarn nach der Ostöffnung von den bereits vorhandene Beziehungen profitierten. Zudem soll im Zuge der Arbeit die Behauptung überprüft werden, dass durch den Beitritt zur Union beide Staaten wieder einem gemeinsamen Regelungskomplex unterliegen und die europäische Dimension in Bezug auf die gegenseitige Beziehung ein entscheidender Faktor ist, der nicht nur die Regierungspolitik, sondern auch die Aktionen der wirtschaftlichen Akteure lenkt.

II. Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ungarn und Österreich vor der Wende

Im folgenden Abschnitt der Arbeit werde ich versuchen die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg und bis zum Beginn der politischen und wirtschaftlichen Wende darzustellen. Dies soll als Basis für die den Hauptteil der Arbeit bildenden Beobachtungen zur Wende in Ungarn und Ungarns Wirtschaft nach der Wende, mit Fokus auf die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn während dieser Zeit, dienen. Da Österreich und Ungarn vor dem ersten 1. Weltkrieg ein gemeinsames Staatesgebilde waren, liegt es nahe bei der Betrachtung der Beziehungen mit dem Zerfall der gemeinsamen Monarchie zu beginnen. Für die Zeit während des zweiten Weltkrieges werden die Beziehungen zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich etwas näher beschrieben, da Österreich während dieser Zeit offiziell ins Deutsche Reich eingegliedert wurde.

II. 1. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn in der Zwischenkriegszeit

Ungarn und Österreich versuchten nach dem Ersten Weltkrieg die Handelsbeziehungen zu den restlichen Nachfolgestaaten der Monarchie wieder aufzubauen, hatten dabei aber nur mäßigen Erfolg. Österreich war bemüht, in den ersten Jahren nach Kriegsende durch niedrige Zölle Anreize für die Nachbarstaaten zu schaffen. Dies erfüllte aber ebenso wie die anderen Maßnahmen der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, die darauf abzielten, Handels- und Warenströme zu ihren eigenen Zentren zu leiten, die erwarteten Ziele nicht. Die ehemaligen Zentren Wien und Budapest verloren dadurch immer mehr an Bedeutung.¹ Die anderen Nachfolgestaaten erhöhten ihre Zölle zudem stetig. Wirtschaftsexperten wie Keynes warnten zwar vor dem Wirtschaftsprotektionismus, die politischen Beziehungen bzw. Konflikte verhinderten aber eine Aufhebung der Zollschränken. Österreich und Ungarn waren durch die Friedensverträge verpflichtet, den Siegermächten für fünf Jahre eine Meistbegünstigungsklausel zu gewähren. Als 1925 die ersten freien Zollsätze möglich waren, erhöhten sich die Zölle in Ungarn auf durchschnittlich 30%. Sie blieben damit aber gegenüber den Zöllen anderer Nachfolgestaaten, mit Ausnahme Österreichs, das die geringsten Zölle hatte, vorerst zurück.² Auch Österreich hob seine Zölle an. Ungarn versuchte durch die Zölle vor allem seine Industrie zu schützen, Österreich wollte hingegen die Landwirtschaft begünstigen.³ Trotz der Steigerung der Produktion gelang es Österreich während der gesamten Zwischenkriegszeit nicht, die Eigenversorgung mit Le-

¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.192.

² Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.193.

³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.194.

bensmitteln zu gewährleisten. Bis 1926 gab es keine bedeutenden Handelsschranken für ungarisches Mehl und Brot. Durch den Einfluss des Landbundes und der Landwirtschaftskammer, die einen Wechsel der Bauern in Ostösterreich zu der lukrativeren Viehwirtschaft verhindern wollten, um die Einkommensmöglichkeiten der Bauern in den Alpenregionen zu sichern, kam es 1927 zu einer starken Erhöhung der Zölle für Mehl und Getreide. Ungarn reagierte darauf mit der Erhöhung der Zölle auf österreichische Industrieproduktion.⁴

Ungarn entwickelte sich von einer hauptsächlich agrarischen Volkswirtschaft zu einer gemischt agrarischen Volkswirtschaft. Der Industriesektor entwickelte sich zwischen 1926 und 1929 von 29,6% auf 39,8% des BIP. Der Landwirtschaftssektor ging von 59% auf 46,7% des BIP zurück.⁵ Dies bedeutete weitere Konkurrenz für die österreichische Industrie. Es kam zu weiteren Zollerhöhungen im Landwirtschafts- und Industriebereich. Dies trug zur Entscheidung der Vertreter der österreichischen Wirtschaft bei, eine Steigerung des Exports in die westlichen Länder zu favorisieren. Die Klein- und Mittelbetriebe protestierten gegen diese neue Ausrichtung und forderten eine verstärkte Werbung in Ungarn und die Einrichtung einer Interessensvertretungsstelle in Budapest. Diese Forderungen wurden aber abgelehnt. Der Anteil des Exports in das jeweilige andere Land sank in beiden Ländern. In Österreich pendelte er sich zwischen acht und zehn Prozent ein. Österreich hatte gegenüber Ungarn in den Jahren 1926 bis 1930 immer eine negative Handelsbilanz. Es ist aber anzumerken, dass beide wichtige Handelspartner waren. 1929 lag Österreich beim Export Ungarns an erster Stelle. Abbildung 1 im Statistikteil dieses Kapitels zeigt die Entwicklung der Einfuhren und Ausfuhren zwischen Österreich und Ungarn in ihren Details auf.⁶

Experten forderten eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa und eine Senkung der Zölle. Trotz eines beginnenden Verfalls der Agrarpreise wurden diese Forderungen nicht ernst genommen bzw. konnten nicht umgesetzt werden. Es gab in den meisten Wirtschaftssparten zwischen Österreich und Ungarn keine gute Zusammenarbeit. Eine Ausnahme bildete der Tourismus. Bereits 1927 kam es zu einer Bildung eines Fremdenverkehrskomitees, in Rahmen dessen politische und wirtschaftliche Vertreter beider Länder eine aufeinander abgestimmte Werbung vereinbarten und über eine Abschaffung des Visumzwanges und Verbesserungen der Zugverbindungen verhandelten und die Ergebnisse als Vorschläge an die jeweiligen Regierungen weitergaben.⁷

Durch den allgemeinen Verfall der Lebensmittelpreise und eine zusätzlich schlechte Ernte 1929 in Ungarn kam es zu einer Senkung der Kaufkraft Ungarns. Dies bedingte wiederum eine Senkung der ungarischen Importe. In der Folge verringerten sich die österreichischen Exporte nach Ungarn. Die

⁴ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 195.

⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 196.

⁶ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 66.

⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 200

Industrieexporte nach Ungarn litten neben den Zollerhöhungen in diesem Bereich an der starken tschechoslowakischen und deutschen Konkurrenz.⁸ Die rückläufige Entwicklung der Ausfuhren von Fertigwaren kann anhand der im Statistikteil des Kapitels enthaltenen Abbildung 2 abgelesen werden. Allerdings muss festgehalten werden, dass der Rückgang weniger stark war als bei vielen anderen Handelspartnern.⁹

Es kam dann 1930 zu Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn über eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dabei wurde festgestellt, dass der Handel nur noch ein Zehntel der Vorkriegswerte betrug. Der ungarische Ministerpräsident Bethlen schlug vor, den Handel durch staatliche Maßnahmen zu organisieren und forderte, dass sich Österreich auf bestimmte Agrarimporte festlegen sollte. Im Gegenzug wäre Ungarn bereit, die selbe Maßnahme im Industriebereich zu realisieren.¹⁰ Es wurde beschlossen, eine Studienkommission zur Vorbereitung wirtschaftlicher Kooperationen einzusetzen. Auf österreichische Seite dominierte jedoch die Skepsis und es wurden keine ernststen beziehungsweise nur schleppende Bemühungen zur Umsetzung dieser Pläne unternommen. Die Meinung, dass zuerst eine eindeutige Vereinbarung mit Deutschland erzielt werden müsse, bevor dies mit Ungarn geschehen könne, herrschte in Österreich vor. In Ungarn gab es wiederum Bedenken wegen der zu befürchtenden Gegenmaßnahmen der Staaten, die durch diese Vereinbarung benachteiligt würden.¹¹ Österreich und Deutschland verhandelten über eine deutsch-österreichische Zollunion. Gleichzeitig wurde mit Ungarn und Italien über eine Zollunion verhandelt. Priorität hatte für Österreich die Verwirklichung des deutsch-österreichischen Abkommens. Gegenüber Ungarn sicherte man jedoch die Option einer separaten gemeinsamen Zollunion zu.¹² Frankreich und Italien waren gegen eine deutsch-österreichischen Zollunion, Deutschland hielt wiederum eine italienisch-österreichisch-ungarische Zollunion neben einer deutsch-österreichische Zollunion technisch für nicht durchführbar.¹³ Außerdem geriet die "Creditanstalt", die größte Bank Österreichs, in Schwierigkeiten. Dies wirkte sich insbesondere katastrophal auf die österreichische Bankenlandschaft aus, weil die Credit-Anstalt die größte Bank Österreichs war und zudem auf den Ruf von Korrektheit und Verlässlichkeit, den sie bis dahin innehatte, nicht mehr zurückgreifen konnte. Nach längeren Beratungen über die Sanierung, die teilweise im geheimen stattfanden wurde schließlich ein Sanierungsplan beschlossen. Dieser sah vor, dass die Bank wegen ihrer hohen Verluste von der Regierung, Nationalbank und dem Bankhaus Rothschild Unterstützung bekommen sollte. Damit übernahm die öffentliche Hand in Form von Nationalbank und Bund 40% der Verlustdeckung der Bank und erwarb

⁸ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 67

⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 223

¹⁰ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 209

¹¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 210-211

¹² Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 223-227

¹³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 228

43% der Kapitalanteile an der Credit-Anstalt.¹⁴ Infolge kam es zu einer Kapitalflucht ins Ausland und einem Abzug von Krediten, wodurch das österreichische Finanzsystem in große Schwierigkeiten geriet. Innerhalb von drei Wochen war die Credit-Anstalt gezwungen etwa die Hälfte der Einlagen auszubezahlen. Andere österreichische Banken spürten dies ebenfalls. Die Sparkassen beispielsweise verloren 18% ihrer Einlagen. Dieser Verlust war für die Banken noch während der restlichen Zwischenkriegszeit spürbar.¹⁵ Im Juni 1931 stürzte die Regierung Ender und es wurde dann vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit 8 zu 7 Stimmen gegen das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt entschieden, was dessen endgültiges Ende bedeutete.¹⁶

Im Juni 1931 wurde ein Handelsvertrag zwischen Österreich und Ungarn ratifiziert, dessen wichtigste Innovation die Rückerstattung bestimmter Prämien seitens der Exporteure für genau begrenzte Kontingente für die Ausfuhr spezifischer Waren, bildete.¹⁷ Zuerst befürchtete man, der neue Vertrag würde am internationalem Widerstand gegen diesen gegenseitigen Vorteil, insbesondere seitens Frankreichs oder der kleinen Entente scheitern, letztlich war es aber eine internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, die den Erfolg des Vertrages vereiteln sollte.¹⁸ Aufgrund des bei den ungarischen Exporteuren vorherrschenden Devisenmangels war Ungarn nicht in der Lage, die Bedingungen des Vertrages zu erfüllen. Daher führte der Vertrag zu keiner Belebung der österreichisch-ungarischen Beziehung, sondern eher zu einer Enttäuschung auf österreichischer Seite, was sich bereits in der von der österreichischen Handelskammer ausgesprochenen Empfehlung an Firmen, die an Exporten nach Ungarn interessiert waren, sich eine Zusicherung über die Devisenzuteilung bei Geschäftsabschluss nachweisen zu lassen, äußerte.¹⁹ Die Stimmung in der österreichischen Wirtschaft und Regierung zeigte in der Folge immer mehr Unzufriedenheit mit dem neuen Abkommen und eine Tendenz zur Einführung eines Clearingsystems sowie der Devisenbewirtschaftung.²⁰ Mitte Juli 1932 kam es dann zu einem vertragslosen Zustand, der bis zum Jahresende dauerte und zu starken beiderseitigen Zoll-erhöhungen führte. Insgesamt erlitt der ungarische Export in dieser Zeit einen größeren Schaden als der österreichische Export.²¹ Die im Statistikteil abgedruckte Abbildung 3 illustriert die Entwicklungen der Ausfuhren Österreichs nach Ungarn und umgekehrt während der Jahre 1931 und 1932. Man erkennt deutlich, dass die Rückläufigkeit der Ausfuhren Ungarns nach Österreich weit höher war als umgekehrt.

¹⁴ Vgl. Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise, S. 9/10.

¹⁵ Vgl. Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise, S. 28.

¹⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 230

¹⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.231

¹⁸ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.231/232

¹⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.232

²⁰ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.234

²¹ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 72/73

Ende 1932 einigte man sich auf einen neuen Handelsvertrag. Es wurden günstigere Bedingungen für Österreich ausgehandelt. Grundsätzlich wurde ein Handelsverhältnis Österreichs zu Ungarn von 1:1.5 vereinbart. Der Handel wurde von einer ständigen Kommission überprüft, die das Recht hatte, den Vertrag bei Bedarf abzuändern, um das Verhältnis zu erreichen.²² 1933 wurden die Kontingente dann erhöht und erweitert sowie das Handelsdefizit Österreichs gegenüber Ungarn weiter verringert.²³

1934 kam es zum römischen Dreierpakt zwischen Italien, Österreich und Ungarn.²⁴ Dieser Pakt brachte es mit sich, dass Österreich die Getreideimporte aus Ungarn verdoppeln sollte. Die Preise für den Weizen wurden aber weit über dem Weltmarktpreis angesetzt. Dafür erhöhte Ungarn stark die Kontingente für Holz, Papier, Textil und Glaserzeugnisse deutlich. Das Verhältnis von 1:1.5 sollte weiter angestrebt werden, daher kam es wieder zu einer Abänderung, da der österreichische Weizenmehlpreis so gering war, dass der Import von ungarischem Weizenmehl unrentabel war und hinter den Vereinbarungen zurückblieb.²⁵ Neue Kontingente beispielsweise für Wein, Fett, Schweinefleisch und Jungschwein wurden Ungarn zugesichert.²⁶ Die Handelsbilanz entwickelte sich in den folgenden Jahren aber trotzdem für Österreich günstiger als für Ungarn.

Die im Statistikteil abgebildete Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Ausfuhren Österreichs von und nach Ungarn im Zeitraum zwischen 1931 und 1937 und spiegelt die oben beschriebene Entwicklung wider.²⁷

II. 2. Ungarn 1938 – 1945

Da Österreich während der Nationalsozialistischen Herrschaft als Staat nicht existent war, werde ich, wie bereits am Beginn des Abschnittes angekündigt, hier kurz auf die Beziehungen Ungarns zum Deutschen Reich eingehen.

Im Sommer 1938 gab es ein Treffen zwischen ungarischen Spitzenpolitikern und Hitler. Dabei wurde den Ungarn im Falle eines gemeinsamen Angriffs auf die Tschechoslowakei Oberungarn versprochen. Ungarn ging aber nicht auf das Angebot ein. Deutschland annektierte dann, wie bei der Münchner Konferenz (Deutschland, Frankreich, England) abgesprochen, das Sudetenland. Für Ungarn gab es eine Klausel, die besagte dass, wenn die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei

²² Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 74

²³ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 75

²⁴ Vgl. Toth, Ungarn, S.674

²⁵ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 76

²⁶ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 76

²⁷ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 77

scheitern sollten, die Konferenz der Großmächte entscheiden sollte. Frankreich und England zeigten kein Interesse, so entschieden Deutschland und Italien beim ersten Wiener Schiedsspruch, dass ein Gebiet von 11.927km² und über eine Million Menschen von der Tschechoslowakei an Ungarn gehen sollten.²⁸ Da Ungarn weitere Revisionen anstrebte und die Chance dazu nur mit Unterstützung Deutschlands sah, schlug die Regierung eine deutschfreundlichen Politik ein. Ungarn besetzte 1939 die Karpatenukraine, während Deutschland die böhmisch mährischen Gebiete besetzte.²⁹ Während des Polenfeldzugs erhoffte sich das Deutsche Reich die Unterstützung Ungarns, die Ungarn unterstützten jedoch geheim die Polen mit einer Legion und öffneten, als der Sieg des Deutschen Reiches absehbar war, die Grenzen und ermöglichten 100.000 Polen die Flucht. Ungarn forderte in weiterer Folge Siebenbürgen. Dieses Gebiet wurde nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien nach dem Vorschlag des zweiten Wiener Schiedsspruch aufgeteilt. Zu Ungarn kamen 2,5 Millionen Menschen und ein Gebiet von 43.000 km². Der Rumänien aufgezwungen Vertrag wurde von den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht anerkannt. Dieser Schiedsspruch hatte auch zur Folge, dass Ungarn Deutschland einige Zugeständnisse machen musste. Zum Beispiel wurde der nationalsozialistische Volksbund die einzige gesetzliche Organisation der deutschen Minderheit in Ungarn. Des Weiteren wurde ein weiteres Judengesetz beschlossen und man erlaubte deutschen Truppen durch Ungarn nach Rumänien zu ziehen. 1940 trat Ungarn dann dem deutsch-italienisch-japanischen Dreiländerbündnis bei und gab damit die Neutralität endgültig auf. Außerdem wurde der Viehfutter- und Getreideexport nach Deutschland erhöht.³⁰ 1940 wurde mit Jugoslawien ein ewiger Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Dieser hielt aber unter dem Druck des Deutschen Reichs nur bis März 1941.³¹ Hitler verlangte von Ungarn die Teilnahme am Angriff auf Jugoslawien. Ministerpräsident Teleki stimmte mit seinem Kabinett zu, beging kurz darauf aber Selbstmord. Nachdem Kroatien seine Unabhängigkeit erklärt hatte, griff Ungarn am 11. April Jugoslawien an. Ungarn erhielt danach die Batschka, das Baranya Dreieck und die Murinsel, in diesen Gebieten lebten 1.025.000 Menschen. Die Gebiete die Ungarn zwischen 1939 und 1941 erhalten hatte, überstiegen die Verluste von 1920 um ein Drittel und die Bevölkerung erhöhte sich auf 14,6 Millionen. Etwa die Hälfte der neuen Staatsbürger waren Ungarn.³² Die von Ungarn zurückbeschafften Gebiete war enorm. Sie vergrößerten das Staatsgebiet Ungarns von 93 000 km² auf 172 000 km² und die Bevölkerung Ungarns von 9 Millionen auf 14,6 Millionen. Da die Bevölkerung in den neu gewonnen Gebieten nur etwa zur Hälfte

²⁸ Vgl. Toth, Ungarn, S.675

²⁹ Vgl. Toth, Ungarn, S.676

³⁰ Vgl. Toth, Ungarn, S.677

³¹ Vgl. Toth, Ungarn, S.678.

³² Vgl. Toth, Ungarn, S.678.

aus Ungarn bestand, wurde Ungarn von einem homogenen Nationalitätenstaat zu einem Land mit bedeutenden Nationalitätenbevölkerungen transformiert.³³

Mit dem Krieg verschlechterte sich die Versorgungslage der Bevölkerung maßgebend. Landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden nunmehr konfisziert und zentral verteilt³⁴. Im Laufe des Krieges griff man auf die Verteilung in Form von Brot- und Mehlrationen, Milchrationen und Fleischrationen zurück und auch industrielle Konsumgüter wurden rationiert. Das betraf Seife, Brennmaterial und Beleuchtungsmaterial. Gegen Ende des Krieges unterlag die landwirtschaftliche Produktion einem vollkommenen Ablieferungszwang.³⁵

Das Ende des Krieges auf ungarischem Territorium erfolgte schließlich Ende 1944/Anfang 1945. Nachdem Budapest von den alliierten Truppen belagert worden war, kam es zu einem erbitterten Kampf von Haus zu Haus, der immense Menschenopfer forderte und aufgrund dessen der Kampf um die Stadt in deutschen Memoiren oft als "zweites Stalingrad" bezeichnet wird.³⁶ Danach gingen die Kämpfe noch bis Mitte März weiter und die Rote Armee verließ schließlich am 29. März das ungarische Gebiet und drang weiter Richtung Westen vor.³⁷

II. 3. Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn von 1945 bis 1989

II. 3. a) Erste Erfolge und Rückschläge

Schon drei Monate nach Kriegsende kam es zu dem ersten Warenaustauschabkommen auf Kompensationsbasis.³⁸ Österreichs Interesse am Aufbau stabiler Handelsbeziehungen frühzeitig nach Kriegsende kann insbesondere durch die Absicherung der Versorgung des Wiener Raumes erklärt werden.³⁹ Allgemein blieb der Handel während der schwierigen ersten Jahre der Nachkriegszeit auf geringen Niveau und wurde wie vor dem Krieg im Clearingweg durchgeführt.⁴⁰ Dennoch kann in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen eine andere Tendenz als bei der politischen Entwicklung, die auf eine militärisch-politische Teilung hinauslief, festgestellt werden. Weiters können Steigerungen im Bereich des Warenverkehrs von geringem Niveau ausgehend bemerkt werden. Wenngleich der Anteil des

³³ Vgl. Toth, Ungarn, S.678-79.

³⁴ Vgl. Toth, Ungarn, S.681.

³⁵ Vgl. Toth, Ungarn, S.678-79.

³⁶ Vgl. Toth, Ungarn, S.686-87.

³⁷ Vgl. Toth, Ungarn, S.687.

³⁸ Vgl. Resch, Der Österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke, S..505

³⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 238

⁴⁰ Vgl. Neubauer-Czettl, Österreichs Beziehungen zu Ungarn, S. 272

Exports Österreichs nach Ungarn von 15% (1937) auf 2,7 Prozent (1946) zurückging und der Import von 16% (1937) auf 3,2 Prozent (1946), erfolgte eine Steigerung des Warenverkehrs. Dieser konnte von 70 Millionen Schilling 1947 auf 894 Millionen im Jahr 1955 gesteigert werden.⁴¹ Ein Grund für das Absinken des Anteils kann in der an bestimmte Bedingungen geknüpfte Unterstützung im Rahmen des Marshall-Plans gesehen werden.⁴² Bedingung für den Bezug von Mitteln aus dem Marshall-Plan war nämlich die Beteiligung an dem gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten verhängten Wirtschaftsembargo.⁴³ 1948 kam das erste Handels- und Zollabkommen zustande, welches als Grundlage für alle weiteren Handelsvereinbarungen diente und bis 1972 galt.⁴⁴ Auftrieb erhielten die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn neuerlich durch die Unterzeichnung der immerwährenden Neutralität am 26. Oktober 1955. Beide Seiten zeigten ab diesem Zeitpunkt reges Interesse an einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen und Vorschläge, wie die Eröffnung zusätzlicher Grenzübergänge, wurden von beiden Regierungen positiv bewertet. Zudem hatte der stetig ansteigende Warenverkehr zwischen den beiden Ländern 1956 mit 1.002,5 Millionen erstmals die Ein-Milliarden-Schilling-Grenze überschritten.⁴⁵

Die sehr positive Stimmung und das auf Annäherung zwischen den beiden Staaten auf allen Ebenen ausgerichtete Klima sollten sich durch die 1956 ausgebrochene ungarische Revolution drastisch ändern.⁴⁶ Die Beziehungen erreichten in Folge des Aufstandes von 1956 und seiner Niederschlagung einen herben Rückschlag.⁴⁷ Der noch junge österreichische Staat zeigte sich außenpolitisch sehr unsicher und musste zudem darauf achten, die gerade erst erklärte Neutralität zu wahren. Die aufgewühlte Stimmung führte zu einer Destabilisierung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten.⁴⁸ Eine Normalisierung setzte Ende der 50er Jahre ein.⁴⁹ 1959 wurde der Handels- und Zollvertrag für eine Laufzeit von drei Jahren zwischen den beiden Ländern erneuert. Dies war der erste mehrjährige Handelsvertrag Ungarns mit einem westlichen Staat. Österreich hatte zuvor schon mit drei weiteren osteuropäischen Staaten langfristige Abkommen abgeschlossen.⁵⁰ Die Wirtschaftsbeziehungen hatten aber auch von 1956 bis 1960 nicht gelitten. Das durchschnittliche Wachstum betrug 38%.⁵¹

⁴¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 239

⁴² Vgl. Komlosy, Österreichs Brückenfunktion, S. 85.

⁴³ Vgl. Komlosy, Österreichs Brückenfunktion, S. 85.

⁴⁴ Vgl. Neubauer-Czettl, Österreichs Beziehungen zu Ungarn, S. 272.

⁴⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 240

⁴⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 241

⁴⁷ Vgl. Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung, S. 261.

⁴⁸ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.242/43

⁴⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.244

⁵⁰ Vgl. Neubauer-Czettl, Österreichs Beziehungen zu Ungarn, S.273

⁵¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.245

II. 3. b) Die ungarische Reform von 1968

Wichtig für die Außenhandelspolitik Ungarns während der 60er Jahre war eine sich allgemein in der Wirtschaft Ungarns vollziehende Entwicklung. Die Schwächen des planwirtschaftlichen Systems und dessen Unfähigkeit, mit den Produktstandards der westeuropäischen Länder zu konkurrieren, führten vermehrt zu einem Umdenken, das sich auf die Außenhandelspolitik Ungarns auswirkte.⁵² Aufgrund der starken Beanspruchung und des steigenden Verbrauchs an Investitionsmitteln sowie der teilweisen Unverkäuflichkeit der produzierten Waren blieb das tatsächliche Wachstum der Volkswirtschaft hinter dem prognostizierten Wachstum zurück. Ein weiteres Problem der staatlich gelenkten Wirtschaft bestand in der Überforderung der Planzentralen aufgrund der Tatsache, dass diese mit Detailplänen von einzelnen Betrieben geradezu überschwemmt wurden. Am Beginn der aufgrund der angesprochenen Probleme einsetzenden Diskussion steht das von Liska 1963 publizierte Buch "Kritik und Konzept".⁵³ In Bezug auf den Außenhandel trat dieser für eine offene Wirtschaft ein, die sich an den Erfordernissen des Weltmarktes orientieren sollte und nicht an der auf festgesetzten Preisen basierenden Abschirmungspolitik. 1966 erfolgte schließlich ein Grundsatzbeschluss des Zentralkomitees des USAP, welcher den Beginn einer Reform des Wirtschaftssystems darstellt und dem "Planer" mehr Kompetenzen und Befugnisse zugestand. Diese ermöglichten "Planern" Abweichungen, die notwendig waren, um sich den beschränkt wirksamen Marktprozessen anzupassen. Dieser Beschluss wurde anschließend von Experten in Grundsätze umgewandelt, die die Eckpfeiler der Reformbewegung darstellten. Unter anderem umfasste diese Reform die Einbeziehung der Nachfrage als Leitfaktor der Wirtschaftsentwicklung und die Delegation der wirtschaftspolitischen Verantwortung auf untere Ebenen. Weiters wurden die zwingenden Vorgaben der Wirtschaftspläne aufgeweicht und diese zu so genannten "Perspektivplänen" umgewandelt, die mehr Leitlinien vorgaben und Flexibilität ermöglichten.⁵⁴ 1968 erfolgte schließlich die für die Außenpolitik wichtigste Reform, die Schaffung des "Neuen Ökonomischen Mechanismus" (NEM). Preisbildung erfolgte aufgrund einer Preisreform nunmehr nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Unternehmen erhielten mehr Spielraum und konnten ihre Wirtschaftspartner frei wählen, die Anzahl an Import-Export-Firmen wurde erweitert. Zusätzlich zu den bis dahin befugten 37 Unternehmen wurden 26 Produktionsunternehmen mit Befugnissen im Außenhandel ausgestattet. Damit verdoppelte sich die Anzahl an möglichen Handelspartnern für interessierte ausländische Unternehmen.⁵⁵ Wenngleich der Staat somit das Außenhandelsmonopol behielt, ermöglichte die ungarische Regierung in manchen Sektoren das Entstehen marktähnlicher Bedingungen. Dies unterscheidet die ungarische Wirtschaftspolitik maßgeblich von

⁵² Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.253/54.

⁵³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.253.

⁵⁴ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.254

⁵⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.255

anderen planwirtschaftlichen Ländern und macht Ungarn zu einem Sonderfall. Neben dem staatlichen Außenhandelsmonopol blieb es weiterhin unmöglich, dass Firmen bankrottgehen und offene Arbeitslosigkeit wurde ebenso wenig zugelassen. Diese kleinen Verbesserungen hatten im ansonsten zentralistisch organisierten Wirtschaftssystem durchschlagenden Erfolg. Besonders tiefgreifend waren die Auswirkungen auf die Versorgungslage. Diese verbesserte sich erheblich. Dementsprechend benannte man diese besondere Form der Planwirtschaft als "Gulaschkommunismus".⁵⁶

Österreich konnte hier entscheidende Impulse geben und übte somit eine Schlüsselposition aus. Ungarn war aufgrund verschiedener Faktoren stark an einer Intensivierung der Beziehungen mit Österreich interessiert. Einerseits sollte der österreichische Markt jene Rohstoffe und Halbfertigwaren bieten, welche aus den sozialistischen Ländern nicht oder kaum beschaffbar waren und andererseits diente der österreichische Markt, aufgrund der strategisch günstigen Lage und seiner im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Staaten weniger entwickelten Marktverhältnissen, als Testmarkt für potentielle Produktions- und Verkaufsstrategien, bevor diese auf andere westliche Länder ausgeweitet wurden.⁵⁷ Weiters bedingte sich der Wille Ungarns zur intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit dadurch, dass das technologische Niveau der österreichischen Wirtschaft der ungarischen ähnlicher war als das anderer westlicher Länder und somit der Kontrast zwischen den beiden Systemen weniger deutlich sichtbar wurde. Zudem war eine Zusammenarbeit mit Österreich aufgrund dessen Neutralität politisch weit weniger brisant als eine engere Kooperation mit einem NATO-Mitglied.⁵⁸

Österreich war an der Zusammenarbeit ebenso interessiert. Grund dafür war die wirtschaftliche Situation, in der sich der Staat befand. Die Wirtschaft konnte nur geringes Wachstum verzeichnen und der Fremdenverkehr stagnierte vollkommen, weshalb der Staat finanzielle Engpässe erlebte. Dies war der ungarischen Regierung durchaus bewusst.⁵⁹ Der gemeinsame Markt mit Ungarn war für die österreichische Wirtschaft immer noch bedeutender als der Handel mit den anderen EFTA-Staaten, obwohl dort Zollfreiheit herrschte.⁶⁰ Wenngleich es in Österreich auch Stimmen gab, die vor einer Abhängigkeit von Staaten des RWG warnten, war die Stimmung insgesamt sehr positiv. Dies zeigte sich in einer Senkung der Zollsätze und Liberalisierung des Handels. Wichtiger Schritt in Bezug auf diese Entwicklung war die Unterzeichnung einer bilateralen Übereinkunft zur Förderung des gegenseitigen Handels 1967. Diese sah eine gemischte österreichisch-ungarische Kommission vor, deren Aufgabe unter anderem die ausführliche Planung der Umsetzung einer österreichisch-ungarischen industriellen Zusammenarbeit war.⁶¹ Die Zusammenarbeit gestaltete sich dann aber oft schwierig.

⁵⁶ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 213.

⁵⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.255

⁵⁸ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.256

⁵⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.257

⁶⁰ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.257

⁶¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.258

einerseits aufgrund der Furcht vor geringeren Gewinnen beim Export der Güter nach Österreich im Vergleich zum Verkauf im eigenen Land und andererseits wegen Schwierigkeiten beim Verkauf der ungarischen Waren in Österreich aufgrund der geringeren Qualität der Produkte.⁶² Außerdem zeigten sich die ungarischen Vertreter bei Kooperationsinitiativen oft unvorbereitet und mit falschen Daten versehen, sodass sich Verhandlungen in die Länge zogen und oft scheiterten.⁶³

Die Ereignisse rund um den Prager Frühling 1968 beeinflussten die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn ebenso. Wenngleich die Anzahl der beantragten Visa sowie der einreisenden Österreicher weiterhin kontinuierlich anstieg, boykottierten einige Institutionen die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die zwischen den Staaten geschlossenen Verträge und Vereinbarungen wurden zwar nicht revidiert, es kam aber zu einem Stocken der Weiterentwicklung und neue Abkommen wie das in Aussicht gestellte technisch-wissenschaftliche Abkommen zwischen den beiden Staaten wurden vorläufig als nicht mehr aktuell gesehen.⁶⁴ Aus der Befürchtung heraus, die Opposition könne offizielle Besuche von Regierungsmitgliedern nützen, um sich bei kommenden Wahlen zu profilieren, wurden solche abgesagt bzw. verschoben. Ungarn musste sich ebenso etwas zurückziehen.⁶⁵ Künstler und Wissenschaftler waren ebenso verunsichert und versuchten sich durch Absprache mit dem Außenministerium vor der Annahme von Einladungen abzusichern. Ein Bereich, der hier am stärksten betroffen war, war der der Sportbeziehungen.⁶⁶ Die Parteien und offizielle Sportorganisationen versuchten die Sportbeziehungen zu reduzieren bzw. gänzlich zum Erliegen zu bringen.⁶⁷

Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn besserten sich jedoch wieder sehr rasch und die Kontakte wurden auf allen Ebenen wieder aufgenommen.⁶⁸ Es kam bereits im November 1968 zur Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit und die verschobenen Staatsbesuche wurden rasch nachgeholt.⁶⁹

Der Reformkurs von 1968 wurde von ungarischer Seite in den Folgejahren weitergeführt und sogar noch ausgebaut. Da es sich um eine rein wirtschaftspolitische Reform handelte, wurde sie von der wirtschaftspolitischen Kommission der USAP vorerst gebilligt. Das zwischen Ungarn und Österreich geschlossene Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit wirkte sich positiv auf die ohnehin tendenziell florierenden Wirtschaftsbeziehungen aus.⁷⁰ Das Handelsvo-

⁶² Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.260/261

⁶³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.262

⁶⁴ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.264

⁶⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.265

⁶⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.266

⁶⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.267

⁶⁸ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.267

⁶⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.268

⁷⁰ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.323

lumen steigerte sich zwischen 1968 und 1971 zahlenmäßig erheblich und stieg von 1,25 Milliarden auf 2,2 Milliarden Schilling. Der relative Anteil Ungarns an der österreichischen Außenhandelsbilanz blieb aber trotz dieser zahlenmäßigen Steigerung relativ konstant. Er lag 1968 bei 2,6 Prozent und 1971 bei 2,8 Prozent. Dies lag daran, dass die österreichische Außenhandelsbilanz in diesem Zeitraum allgemein eine hohe Wachstumstendenz aufwies. Demgegenüber sank jedoch der Anteil an Exporten in alle RWG-Länder um zwischen 1965 und 1971 um 3,1 Prozent, weshalb die Stabilität des ungarischen Anteils bereits als Erfolg gewertet werden kann. Von ungarischer Seite gab es jedoch Bedenken aufgrund der chronisch negativen Tendenz der Handelsbilanz gegenüber Österreich. Als Maßnahme zur Behebung des Defizites plante die ungarische Regierung eine Erhöhung der Exporte weshalb sie bereits Anfang der 70er Jahre Handelsbeschränkungen aufhob und die Liste liberalisierter Güter immer mehr ausbaute.⁷¹

Positiv auf die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn wirkte sich der österreichische Regierungswechsel 1970 aus. Insbesondere der ab April 1970 für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn zuständige Minister Josef Staribacher wird als wichtiger Initiator für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den eigens dafür errichteten gemischten Kommissionen sowie die Bereitschaft Österreichs zum teilweisen Abbau des Kontingentsystems gesehen. Die österreichische Regierung war nach 1970 bereit, mehr Zugeständnisse zu machen, und die verstaatlichte Industrie war ebenso an der Intensivierung der Handelsbeziehungen interessiert. Die verbesserte Beziehung zwischen den Regierungen beider Staaten schuf die Grundlage für die ersten sich schon 1972 bildenden Kooperationen zwischen Unternehmen aus beiden Ländern.⁷² Die entstandenen Kooperationsgeschäfte nahmen rasch an Anzahl und Umsatzvolumen zu und Ungarn wurde Spitzenreiter in Bezug auf den Anteil an Kooperationsverträgen unter allen RWG-Staaten. Besonders interessant für die österreichischen Partnerunternehmen war die Art der Abwicklung von Handelsgeschäften mit devisenarmen Entwicklungsländern durch ungarische Unternehmen. Diese basierte auf einem in der Regel vorteilhaften Clearingsystem und somit eröffneten sich für die zukünftigen Kooperationspartner profitable Exportmöglichkeiten.⁷³

Beispiel für eine solche schon früh erfolgte und anfangs durchaus positiv verlaufende Kooperation ist das Ende Dezember 1971 geschlossenes Kooperationsprojekt zwischen den österreichischen Steyr-Werken und dem ungarischen Unternehmen Ikarus. Die Kooperation wurde zur Herstellung und zum Vertrieb von eigenen Autobustypen für Nigeria geschlossen und die Steyr-Werke lieferten als Hauptunternehmer Motor und Fahrgestell, während Ikarus die Karosserie zur Verfügung stellte.⁷⁴ Der an-

⁷¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.324

⁷² Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.325

⁷³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.326

⁷⁴ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.326

fängliche Erfolg der Kooperation wurde jedoch bald gedämpft und es kam 1973 zu einem deutlichen Einbruch. Dies wurde insbesondere durch die Sistierung einer an den Steyr-Konzern gewährten Zollvergünstigung am 1. Jänner 1973 von Seiten der Regierung eingeleitet. Aufgrund dieser Änderung mussten sowohl die aus der EWG importierten Produktionsteile als auch die in Ungarn weiterverarbeiteten Karosserien nach ihrer Wiedereinfuhr verzollt werden. Die Steyr-Werke regierten dementsprechend sehr regierungskritisch und argumentierten, dass eine solche "Diskriminierung" dieser neuen Art von Kooperationen zwischen den Unternehmen sich negativ auf die grundsätzlich sehr ausgewogene Außenhandelsbilanz Österreichs auswirken könnte, da Kooperationen die neue Form des traditionellen Osthandels darstellen würden.⁷⁵

1971 schloss Österreich ein langfristiges Handels- und Zahlungsübereinkommen mit der Sowjetunion, welches von ungarischer Seite zwar grundsätzlich positiv bewertet wurde, gleichzeitig aber nach Ansicht der ungarischen Regierung eine Trendwende darstellte, da die österreichische Regierung zuvor signalisiert hatte, anderen kommunistischen Staaten nicht so offen gegenüberzustehen wie Ungarn. Positiv wurde das Abkommen vor allem deshalb gesehen, weil die ungarischen Vertreter sich einig waren, dass die Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nur durchführbar wäre, wenn eine Abkehr vom bis dahin praktizierten und den Erfordernissen immer weniger genügenden Clearing-System hin zu einem auf Verrechnung in konvertibler Währung basierenden Handelsverkehr gelänge.⁷⁶

Diese Überlegungen basierten vor allem auf den Erfahrungen Jugoslawiens in Bezug auf den Handel mit Österreich. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten war nämlich seit dem Umstieg auf konvertible Devisen, der bereits 1964 erfolge, deutlich gestiegen.⁷⁷ Weiters versprachen sich ungarische Funktionäre eine Minderung der Preise aufgrund eines solchen Umstieges, da sie mit dem Zugeständnis von Preisnachlässen im Austausch von Devisen rechneten. Hauptgrund war aber, dass das ungarische Außenministerium sowie die ungarischen Funktionäre mit dem starken Einfluss der österreichischen Nationalbank auf den auf dem Clearing-System basierenden Handel unzufrieden waren und es für ungarische Unternehmen dadurch kaum möglich war, die Optionen des österreichischen Kapitalmarktes entsprechend zu nutzen. Die österreichische Nationalbank musste nämlich allen Zahlungen und Krediten, die nach Ungarn gewährt wurden, zustimmen. Diese Zustimmung wurde oft davon abhängig gemacht, ob sich durch diese Geschäfte indirekt eine Förderung österreichischer Exporte ergab. Durch den Umstieg auf den Handel mit konvertiblen Devisen erhofften sich ungarische Interessenten eine Lockerung der Bestimmungen im Kredit- und Kapitalverkehr, man spekulier-

⁷⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.327

⁷⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.327

⁷⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.328

te damit, dass dann nur mehr eine nachträgliche Bekanntmachung der Geschäfte an die österreichische Nationalbank notwendig sein würde.⁷⁸

Von österreichischer Seite stieß der Umstieg jedoch auf Widerstand. Während das österreichische Finanzministerium aufgrund der Erleichterung der bürokratischen Abwicklung und die österreichischen Banken die Umstellung befürworteten, hatten einflussreiche Finanzkreise und vor allem das Handelsministerium erhebliche Bedenken. Die Bedenken betrafen vor allem das Interesse Ungarns an einer ausgeglichenen Handelsbilanz, welches nach deren Ansicht einen Rückgang an österreichischen Exporten bedingen würde. Mit der Umstellung würde man den ungarischen Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, die mit eigenen Exporten finanzierten Einkäufe nicht mehr in Österreich selbst abzuwickeln, sondern sich in technologisch höher entwickelten westlichen Ländern zu versorgen.⁷⁹

Trotz dieser scheinbar sehr gegensätzlichen Ansichten kam es bereits im November 1971 nach Gesprächen einer österreichisch-ungarischen Expertenrunde über finanzielle Angelegenheiten zu einer Einigung. Der österreichisch-ungarische Handel wurde ab diesem Zeitpunkt über den österreichischen Schilling abgewickelt. Trotz anfänglicher Bedenken zeigte sich letztlich, dass die ungarischen Importe aus Österreich nicht zurückgingen und die Umstellung wurde daher von beiden Seiten als gelungen und reibungslos bewertet. Ein weiterer Liberalisierungsschub erfolgte zeitgleich mit einer teilweisen Aufhebung der Kontingentierung für bestimmte Erzeugnisse und Zugeständnissen an einzelne Betriebe, über das Kontingent hinaus nach Österreich liefern zu dürfen. Weiters stellte ein neues Handelsübereinkommen, welches für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen wurde und von Jänner 1973 bis Dezember 1977 gelten sollte, einen wichtigen Schritt in der Entwicklung dar.⁸⁰

Oberflächlich betrachtet, schien die Reformpolitik der ungarischen Regierung in Bezug auf den Außenhandel wie ein großer Erfolg. Zwischen 1969 und 1971 konnten Wachstumsraten von 12% und 20% verzeichnet werden.⁸¹ Zwischen 1965 und 1975 gelang eine Vervierfachung des Handelsvolumens und Ungarn wurde zum zweitwichtigsten Handelspartner Österreichs nach der Sowjetunion unter den sozialistischen Staaten.⁸² Wenngleich sich manche Unternehmen wie beispielsweise die Traktorenwerke Roter Stern aufgrund der Umstellung gewissen Problemen gegenüber sahen, gelang es vielen Betrieben, die Produktionspalette entsprechend den neuen Erfordernissen zu adaptieren.⁸³ Weiters waren die österreichischen Betriebe den Expansionsbemühungen gegenüber nicht nur positiv eingestellt. Es gab Bedenken, dass die einheimischen Produkte preislich nicht mit den eingeführten ungarischen Waren, insbesondere im Bereich von Textilien und Metallwaren, würden mithalten

⁷⁸ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.328

⁷⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.328

⁸⁰ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.329

⁸¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.329

⁸² Vgl. Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung, S. 270.

⁸³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S.329

können und ein Preisverfall in diesen Bereichen bevorstünde. Dementsprechend verwundert es nicht, dass das ungarische Außenhandelsministerium die Betriebe darauf hinwies, die Preise für die Exportware mit Bedacht zu wählen, da sich zu niedrige Preise negativ auf die Gewährung der Einfuhrbewilligung auswirken könnten. Insbesondere die Tatsache, dass es nicht gelang, den Export von Maschinen und Halbfertigwaren von Ungarn nach Österreich zu forcieren, verringerte den scheinbaren Erfolg der Handelsbeziehungen. Grund für das Ausbleiben dieses Erfolges waren nicht die vorgesehen Kontingente, sondern vielmehr die begrenzten Kapazitäten der ungarischen Spediteure. Als Beispiel können hier die Probleme der Hungarcamion, die beinahe den gesamten Export nach Österreich organisierte, im letzten Quartal des Jahres 1971 genannt werden.⁸⁴ 1970 kann man jedoch erkennen, dass der Anteil der Halb- und Fertigwaren deutlich anstieg und sogar die Menge an ausgeführten Lebensmitteln überstieg. Dies kann man vor allem mit der voranschreitenden Industrialisierung erklären.⁸⁵ Die Exporterfolge Ungarns bezogen sich hauptsächlich auf Energieträger und Agrarprodukte.⁸⁶ Betrachtet man die Zusammensetzung der Exporte von Österreich nach Ungarn zwischen 1950 und 1970, fällt auf, dass sich die Zahl insgesamt zwar steigerte, die Zusammensetzung jedoch nur geringen Änderungen unterlag.⁸⁷ Weiters kann man erkennen, dass sich die Importe aus Ungarn vor allem auf Rohstoffe und Nahrungsmittel konzentrierten.⁸⁸ Abbildung 5 im Statistikteil dieses Kapitels veranschaulicht diese Entwicklung.⁸⁹

Die Exporte aus Österreich nach Ungarn zeichnen sich vor allem durch einen hohen Anteil von Halb- und Fertigwaren aus. Weiters kann man im Verlauf der Jahre 1950 bis 1970 eine deutliche Steigerung des Gesamtvolumens erkennen.⁹⁰

Zudem muss angemerkt werden, dass die Reform des NEM keinen grundlegenden Strukturwandel bewirkte, da die Betriebe selbst nach 1968 nicht völlig frei in ihrer Geschäftsführung waren und Verwaltungsbehörden immer noch in essentiellen Bereichen der Unternehmen Mitsprachemöglichkeiten hatten. Eine Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Marktes war aufgrund der Praxis in Bezug auf die Vergabe von Sonderregelungen keine Option.⁹¹ Außerdem sorgte die Subventionspolitik insbesondere bei Großbetrieben dafür, dass Unternehmen zwar die Möglichkeit erhielten, im Ausland zu agieren, gleichzeitig aber Verluste, die dabei erzielt wurden, abgefangen wurden und Erfolge somit verzerrt.⁹² In der österreichischen Presse wurde dies freilich anders dargestellt. Die ungarische Wirt-

⁸⁴ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 330

⁸⁵ Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 59.

⁸⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 330

⁸⁷ Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 59.

⁸⁸ Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 58.

⁸⁹ Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 58.

⁹⁰ Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 58.

⁹¹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 330.

⁹² Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 330/331.

schaft wurde als "konsumorientierte Gesellschaft im Aufbruch" porträtiert. Als Beispiel kann hier ein Artikel im "Profil" vom November 1971 genannt werden, in dem das Beispiel eines privaten ungarischen Familienunternehmens thematisiert wurde. Das Unternehmen hätte laut Berichterstattung nur durch die Produktion von Trauerschleiern innerhalb kürzester Zeit zwei nagelneue Wagen sowie zwei Wochenendhäuser erworben.⁹³ Diese Erfolge wurden unternehmerischem Geschick sowie den durch die Umgestaltung eröffneten Möglichkeiten, wie Marketing durch das Inserieren in Zeitungen, zugeschrieben.⁹⁴ Demgegenüber findet man in der "Wochenpresse" zumindest ansatzweise Kritik. Hier wird vor allem betont, dass das Kernproblem des ungarischen Wirtschaftswunders darin bestünde, zwischen Realität und Schein zu differenzieren. Man musste einerseits vorsichtig sein, die Situation nicht zu sehr zu loben, um in den Augen der orthodoxen Kommunisten nicht zu liberal zu wirken, andererseits zeichneten sich unbestreitbar liberale Strömungen innerhalb des ungarischen Staates ab.⁹⁵

II. 3. c) Die Trendwende der frühen 70er Jahre

Der Reformkurs der ungarischen Regierung unter Janós Kádár sollte bereits 1972 durch eine Gegenkampagne aufgehalten werden. Die Reform wurde partiell de facto unwirksam gemacht, indem die Option, Betrieben Weisungen zu erteilen, eingeführt wurde.⁹⁶ Erneut fanden Beratungen einer Wirtschaftskommission statt, deren Aufgabe es war, einerseits essentielle Anpassungen für das ungarische Wirtschaftsmodell zu beschließen und andererseits Maßnahmen zur Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen staatlicher und privater Wirtschaft zu entwickeln.⁹⁷ Auch von der Staatspartei kam heftige Kritik an der durch die Reformpolitik entstandenen Entwicklung. Ziel dieser Differenzierung sei dem Parteiorgan „Népszabadság“ zufolge Nationalismus und Sozialismus.⁹⁸ Wenngleich es nun wieder vermehrt zu Eingriffen der Staatspartei in die Wirtschaftsentwicklung kam, kehrte man nicht vollständig zu einer klassischen Zentralwirtschaft zurück. Insofern blieb die ungarische Wirtschaft auf ihrem Sonderweg.⁹⁹ Dies hatte natürlich negativen Einfluss auf die Handelsbeziehungen Ungarns zu Österreich. Weit schwerwiegender wirkten sich jedoch die Anbindung

⁹³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 331.

⁹⁴ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 331/332.

⁹⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 332.

⁹⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 332.

⁹⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 332.

⁹⁸ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 333.

⁹⁹ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 213-214.

Österreichs an den EWG-Markt sowie die 1973 als Konsequenz der Ölkrise eintretende Verschlechterung der Handelsbedingungen für ungarische Exportprodukte auf die Wirtschaftsbeziehungen aus.¹⁰⁰

In diesem Bestreben Österreichs, sich am westeuropäischen Integrationsprozess zu beteiligen, sah Ungarn Probleme für die eigenen Beziehungen zu Österreich.¹⁰¹ Erste Einschnitte für die Beziehungen brachten vier am 22. Juli 1972 von Österreich unterzeichnete Freihandelsabkommen mit der EWG, welche den stufenweisen Abbau von Zollsätzen für Industriegüter ab 1973 vorsahen. Von Seiten Ungarns wurde dies nämlich als Zurücksetzung der eigenen handelspolitischen Bestrebungen gewertet, da negative Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit ungarischer Produkte befürchtet wurden. Problematisch für die Handelsbeziehungen war auch das von Österreich per Jänner 1975 eingeführte Vidierungsverfahren. Dieses sah vor, dass eine vereinfachte Zollbehandlung von ca. 200 als sensibel eingestuften, liberalisierten Waren aus bestimmten Herkunftsländern eine Begutachtung durch das österreichische Handels- oder Landwirtschaftsministerium voraussetzte. Erklärtes Ziel dieses Verfahrens war jedoch keine Aushebelung der Liberalisierung des Warenverkehrs aus Ungarn, sondern die Option, gegen Warenimporte zu „Dumpingpreisen“ vorgehen zu können. Ungarn sah in der Einführung des Vidierungsverfahrens für eine eng begrenzte Anzahl von Ländern einen Verstoß gegen das zwischen Österreich und Ungarn geschlossene Handelsabkommen. Dieses hatte den Wegfall aller mengenmäßigen Begrenzungen für ungarische Importe ab 1975 vorgesehen.¹⁰² Trotz heftiger Proteste von ungarischer Seite trat das Vidierungsverfahren jedoch in Kraft.¹⁰³ Von ungarischer Seite versuchte man daher der eintretenden Verschlechterung der ungarischen Marktposition mit einer Forcierung von Reisetätigkeiten, Marketingmaßnahmen, wie Warenausstellungen oder Fachwochen, und dem Einsatz aller „übrigen Mittel zu einer weiteren Steigerung“ der Exportmöglichkeiten entgegenzuwirken. Allerdings waren die Versuche, die eigenen Produkte zu bewerben, von Seiten der ungarischen Regierung sowie der Betriebe insgesamt recht unbeholfen und spiegelten die mangelnde Erfahrung auf diesem Gebiet sowie deren Ausrichtung auf den ungarischen Binnenmarkt wider.¹⁰⁴

Zweiter wichtiger Negativfaktor für die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn war die im Jahr 1973 und den Folgejahren einsetzende weltweite Ölkrise. Während sich in den Jahren 1972 und 1973 die immer noch passive Handelsbilanz Ungarns mit Österreich durchaus positiv entwickelte, fand im Jahr 1974 eine Trendwende statt. 1973 war das Defizit bereits auf 29,6 Millionen Schilling gesunken, stieg 1974 jedoch drastisch an und lag bei 1,82 Milliarden Schilling. 1975 betrug das Defizit 2,28 Milli-

¹⁰⁰Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 333.

¹⁰¹Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 333.

¹⁰²Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 334.

¹⁰³Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 335.

¹⁰⁴Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 335.

arden Schilling.¹⁰⁵ Der Negativtrend setzte sich bedingt durch die erweiterten Möglichkeiten zur Kreditaufnahme im Westen weiter fort. Zudem konnten die Exporte die ungarischen Importe immer weniger decken. 1967 waren die Importe nur zu 67% und 1978 gar nur zu 50% durch entsprechende Exporte gedeckt. Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft Ungarns in der zweiten Hälfte der 70er Jahre weniger positiv als erwartet. Der einzige Erfolg bestand in einer Konsumsteigerung im Inland von sieben Prozent zwischen 1976 und 1980. 1982 bedingte der Abzug von Kapital verschiedener westlicher Investoren beinahe den finanziellen Zusammenbruch der ungarischen Wirtschaft.¹⁰⁶ Aufgrund der Notwendigkeit von Überbrückungskrediten zur Bewältigung der Krise trat Ungarn 1982 dem IWF bei.¹⁰⁷ Durch die Forderungen des IWF und GATT nach Reformen, ohne die es keine neuen Kredite gab, mussten Zugeständnisse gemacht werden, die das System immer mehr aushöhlten. Dieser Prozess verstärkte sich in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre stark.¹⁰⁸ Weiters entschied sich die Regierung für neue wirtschaftspolitische Ansätze, eine Neuordnung von privatwirtschaftlichen Aktivitäten und die Drosselung des Privatkonsums sowie der Investitionstätigkeit im Ausland. Diese Maßnahmen brachten jedoch nur kurzzeitig Erholung.¹⁰⁹ Insgesamt entwickelten sich die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern nach dem Ende der Regierung von Kreisky in Österreich 1983 sehr gut und gegenseitige Besuche waren ein Fixpunkt in den diplomatischen Beziehungen.¹¹⁰ Der Handel mit Österreich allerdings ging insgesamt betrachtet seit dem Erreichen eines Höhepunktes 1985 massiv zurück. Dies war vor allem den Ende einiger Großprojekte aufgrund der allgemein sehr schlechten ungarischen Wirtschaftssituation und dem Verfall des Ölpreises geschuldet. Weiters war die ungarische Regierung 1986 gezwungen, Importe mittels Restriktionen einzudämmen, um dem immer höher werdenden Handelsbilanzdefizit entgegen zu steuern.¹¹¹

Anfang der 80er Jahre kam es zu einer grundsätzlichen Reformwelle in der ungarischen Wirtschaftspolitik. Die Ölkrise 1973 hatte Ungarn vor allem deshalb so hart getroffen, weil man sich aufgrund der Möglichkeit, günstiges Öl aus der Sowjetunion zu beziehen, nicht rechtzeitig an die geänderten Bedingungen des internationalen Marktes ausgelöst durch die steigenden Ölpreise anpasste. Die ungarische Wirtschaft schaffte es zudem nicht, im Zuge des rasanten technischen Fortschrittes im Westen gegenüber den Handelspartnern wettbewerbsfähig zu bleiben. Aufgrund des Unvermögens, Waren zu platzieren und eines gleichzeitigen Anstiegs der Importe, die bereits zu einem großen Teil aus dem Westen kamen, stiegen die Auslandsschulden und es entstand ein Handelsbilanzdefizit. Aufgrund dieser Entwicklungen sank der Lebensstandard in Ungarn und die Unzufriedenheit in der

¹⁰⁵ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 336.

¹⁰⁶ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 337.

¹⁰⁷ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 338.

¹⁰⁸ Vgl. Hock, Transformation, S. 178.

¹⁰⁹ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 338.

¹¹⁰ Vgl. Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung S. 275.

¹¹¹ Vgl. Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung S. 276.

Bevölkerung nahm zu. Die als Reaktion auf diese Entwicklung erlassenen Reformen von 1981 beinhalteten eine Zulassung von privaten Kleinunternehmen in unterschiedlichen Rechtsformen. Man eröffnete auch Bürgern die Möglichkeit, Gewinne zu erwirtschaften, beispielsweise, indem sie als Kleinunternehmer Anlagen an Staatsbetrieben nutzten oder eigene Unternehmen gründeten. Dies führte zum Entstehen von unterschiedlicher unternehmerischer Aktivität. Produktionsmittel, die bereits im Staatsbesitz waren, wurden jedoch nicht privatisiert.¹¹²

1985 und 1986 kam es zu einem drastischen Einbruch der ungarischen Außenhandelsbilanz. In der Folge setzte man bis zum entscheidenden Richtungswechsel im Mai 1988 vor allem auf eine restriktive Kürzung des Privatkonsums.¹¹³ Weiters kam es zu Einschränkungen in Bezug auf das staatliche Außenhandelsmonopol in Form einer Positivliste liberalisierter Waren. Im Folgejahr wurde die staatliche Kontrolle des Exports vollends aufgegeben und ein grundsätzliches individuelles Recht auf Außenhandelstätigkeit eingerichtet.¹¹⁴ Als erster Vorbote des kommenden Richtungswechsels kann gesehen werden, dass bereits 1988 71% der Produzentenpreise und 61% der Endverbraucherpreise nicht länger kontrolliert wurden. Von 1985 bis 1988 konnte ein Anstieg von ungefähr 33% der eben erwähnten Werte verzeichnet werden.¹¹⁵ Motiv für diese Entwicklung war vordergründig die Verbesserung der negativen Außenhandelsbilanz, allerdings gelang es nicht, durch die Maßnahmen das angestrebte Ziel der Liberalisierung des Außenhandels zu realisieren. Hauptgrund dafür war die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Großbetriebe, die oftmals Importe benötigten, die den Ausfuhrwert der hergestellten Waren übertrafen.¹¹⁶

Positiv entwickelte sich hingegen der Tourismus zwischen Österreich und Ungarn. Dieser wurde vor allem durch ein Abkommen zum visumfreien Reiseverkehr zwischen den beiden Ländern gefördert. Die österreichischen Medien stellten die Vereinfachung des Grenzübertrittes ebenfalls in das Zentrum der Berichterstattung und gingen wenig auf die wirtschaftlichen Entwicklungen ein.¹¹⁷

¹¹² Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 214.

¹¹³ Vgl. Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft, S. 338.

¹¹⁴ Vgl. Hock, Transformation, S. 179.

¹¹⁵ Vgl. Hock, Transformation, S. 180.

¹¹⁶ Vgl. Hock, Transformation, S. 180.

¹¹⁷ Vgl. Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung, S. 276.

II. 4. Statistiken

Abbildung 1: Handelsbilanz zwischen Österreich und Ungarn aus der Sicht Österreichs ¹¹⁸

	Einfuhr	Ausfuhr	Passivum
1926	361,3 Mio.S. = 12,7%	172,1 Mio.S. = 9,9%	189,2 Mio. S.
1927	298,0 Mio.S. = 9,3%	203,5 Mio.S. = 9,7%	94,5 Mio.S.
1928	279,3 Mio.S. = 8,4%	191,2 Mio.S. = 8,5%	88,1 Mio.S.
1929	327,8 Mio.S. = 9,9%	169,2 Mio.S. = 7,6%	158,6 Mio.S.
1930	285,1 Mio.S. = 10,4%	122,1 Mio.S. = 6,5%	163,0 Mio.S.

Abbildung 2: Österreichische Ausfuhr von Fertigwaren ¹¹⁹

1928	148,5 Mio.S.	
1929	127,0 Mio.S.	(330.634 Ztn.)
1930	88,4 Mio.S.	(408.392 Ztn.)
1931	66,2 Mio.S.	(377.846 Ztn.)

Abbildung 3: Ausfuhren zwischen Österreich und Ungarn zwischen 1931 und 1932 ¹²⁰

	Ausfuhr Österreichs nach Ungarn	Ausfuhr Ungarns nach Österreich
2. Halbjahr 1931	45,3 Mio.S.	114,1 Mio.S.
2. Halbjahr 1932	33,3 Mio.S.	55,3 Mio.S.
Senkung	12,0 Mio.S.	58,8 Mio.S.

¹¹⁸ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 66.

¹¹⁹ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 67

¹²⁰ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 72/73

Abbildung 4: Einfuhren und Ausfuhren aus/nach Ungarn zwischen 1931 und 1937¹²¹

	Einfuhr	Ausfuhr	Passivum	Relation
1931	197,6 MIO.S. = 8,9%	92,7 MIO.S. = 7,0%	104,9 MIO.S.	1 : 2,13
1932	135,9 MIO.S. = 9,7%	72,4 MIO.S. = 9,2%	63,5 MIO.S.	1 : 1,88
1933	134,5 MIO.S. = 11,3%	81,1 MIO.S. = 9,9%	53,4 MIO.S.	1 : 1,66
1934	129,2 MIO.S. = 11,0%	98,4 MIO.S. = 11,3%	30,8 MIO.S.	1 : 1,31
1935	115,0 MIO.S. = 9,4%	96,4 MIO.S. = 10,6%	18,6 MIO.S.	1 : 1,19
1936	118,3 MIO.S. = 9,3%	98,8 MIO.S. = 9,8%	23,5 MIO.S.	1 : 1,25
1937	131,7 MIO.S. = 9,0%	111,9 MIO.S. = 9,1%	19,8 MIO.S.	1 : 1,18

¹²¹ Vgl. Haas, Die Außenhandelspolitik, S. 75-77

Abbildung 5: Exporte von Österreich nach Ungarn zwischen 1951 und 1970¹²²

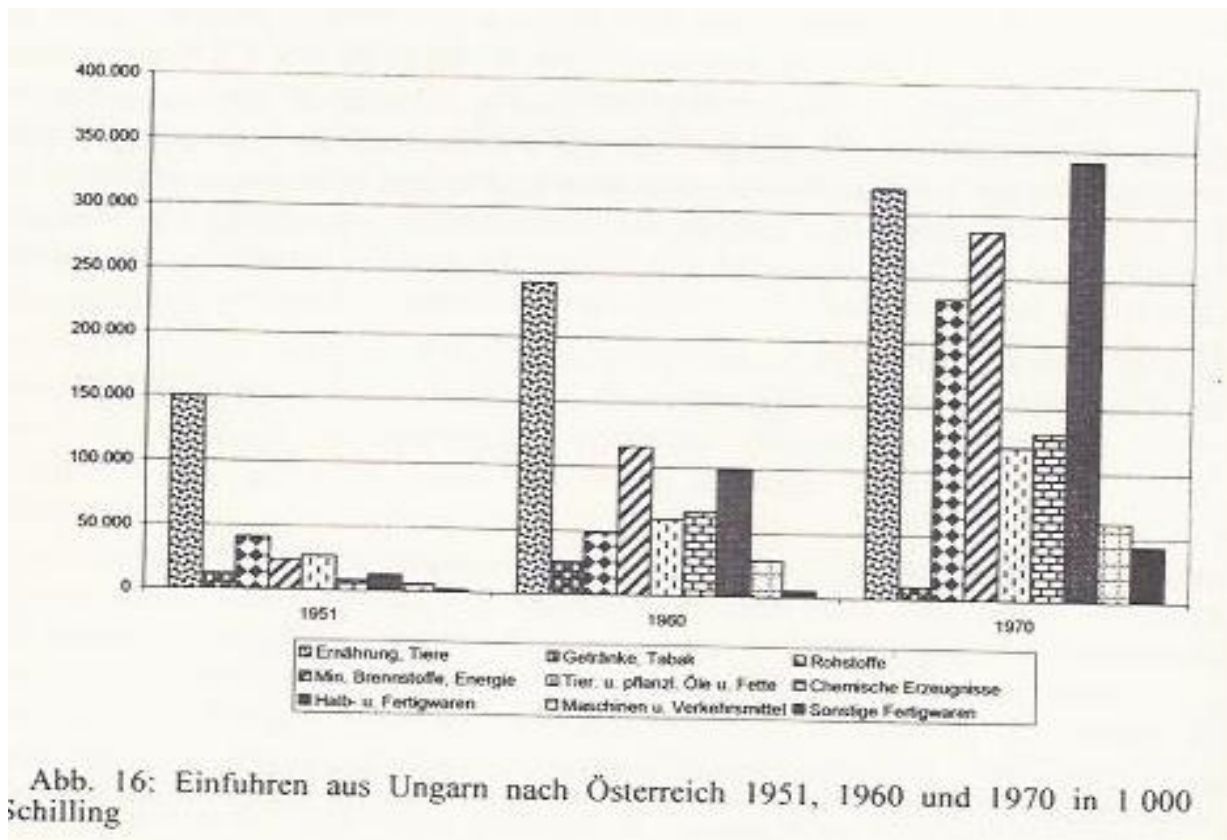
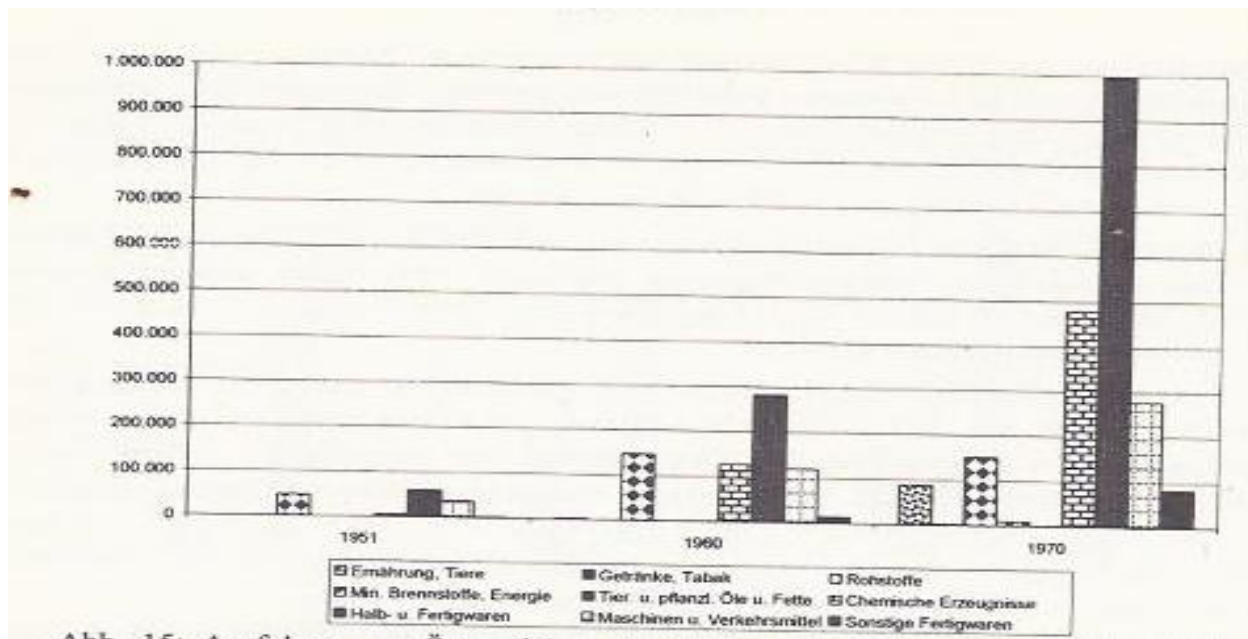


Abbildung 6: Exporte von Ungarn nach Österreich zwischen 1951 und 1970¹²³

¹²² Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 58.

¹²³ Vgl. Resch: Außenhandelsbeziehungen RGW-Raum und Österreich, S. 58.



III Ereignisse rund um die Wende

III 1. Die Wende in Ungarn

Ein oft diskutiertes Problem im Zusammenhang mit der ungarischen Wende ist die Datierung des Beginns der Entwicklung hin zum Zerfall des kommunistischen System in Ungarn. Manche sehen die Wurzel schon in der Revolution 1956, da diese als Zeichen für eine Ablehnung des kommunistischen Systems schon acht Jahre nach dessen Installierung gesehen werden kann. Eine antikommunistische demokratische Opposition bildete sich erst Mitte der Siebzigerjahre.¹²⁴ Neben dieser kleinen intellektuellen Gruppe gab es auch Widerstand durch die katholische Kirche, auch wenn dessen Bedeutung nicht mit der in Polen vergleichbar war.¹²⁵ Durch die Änderungen im Wahlrecht 1983 konnten 1985 erstmals Kandidaten in das Parlament gewählt werden, die nicht von der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) unterstützt wurden. Auch wenn diese das Programm der USAP akzeptieren mussten, war es ein Zeichen für den Beginn eines Umformungsprozesses, dass einige "Unabhängige" nach den Wahlen 1985 in das Parlament einziehen konnten.¹²⁶

Die Verfassungsänderung 1989 ermöglichte dann die erste freie demokratische Wahl 1990.¹²⁷ Im Folgenden werde ich einige Aspekte der Entwicklung hin zur Wende in Ungarn näher beleuchten und beschreiben. Im Rahmen dieser Arbeit werde ich mich nicht an die total extensiven Definitionen zur Wende orientieren, die diese schon auf das Jahr 1956 zurückbeziehen, sondern mich auf die Geschehnisse während der späten 1980er Jahre konzentrieren.

III. 1. a) Entwicklungen bis zu den Wahlen 1990

Sozialer und wirtschaftlicher Bereich

Im Kommunismus gab es eine Vollbeschäftigung, mit der eine Pflicht zur Arbeit einherging. In Ungarn konnte aber nicht für alle eine Arbeit geschaffen werden. Aufgrund dieses Umstandes folgte innerbetriebliche Arbeitslosigkeit mit Scheinaufgaben und hatten die staatlichen Betriebe wenig Geld. Mitte der Achtzigerjahre traf das auf acht bis zehn Prozent der Erwerbstätigen, was ca.400.000 Menschen

¹²⁴ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn, S.303.

¹²⁵ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn, S.304.

¹²⁶ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn, S.304.

¹²⁷ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.305.

entspricht, zu. Zudem waren um die 200.000 Menschen von prekären Wohnverhältnissen beziehungsweise Obdachlosigkeit betroffen.¹²⁸ Der Alkoholismus und die extrem hohe Selbstmordrate waren Ausdruck für die Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung. Die persönliche Verwirklichung wurde zudem durch das Verbot und die Auflösung vieler Vereine und gesellschaftlicher Organisationen eingeschränkt. Mit diesen Verböten versuchte man auch die Rolle der Kirche zu schwächen und mehr Kontrolle zu erhalten. Bis in die Achtzigerjahre waren alle nichtkommunistischen Vereine mit Ausnahme einiger spezieller Fachgruppierungen und Sportklubs verboten.¹²⁹ Trotz mancher Probleme auch im sozialen Bereich, war das Bieten einer gewissen sozialen Sicherheit für fast alle Bürger der Hauptgrund, weshalb sich das System so lange halten konnte.¹³⁰

Bereits 1986 erkannte man in Ungarn die Notwendigkeit einer Reform und die Unmöglichkeit, die zentrale Planwirtschaft noch länger aufrecht zu erhalten. Dementsprechend wurden bereits 1986/87 in Ungarn entscheidende Maßnahmen gesetzt, die das Land in einen der Marktwirtschaft sehr nahen Zustand versetzten.¹³¹ Darunter fällt die Einführung eines Steuersystems, welches marktwirtschaftliche Züge hatte. Außerdem wurden tiefgreifende Änderungen im Bankenbereich vorgenommen. Die Nationalbank wurde ausgegliedert und aus ihr fünf kommerzielle Banken gegründet. Weiters versuchte man die Gründung von Joint Ventures ausländischer Unternehmen mit ungarischen Firmen zu fördern und die Regierung verzichtete teilweise auf ihre Monopolstellung im Bereich des Außenhandels.¹³²

Demonstrationen und Opposition

In Universitätsklubs wurde Ende der Achtzigerjahre immer offener über bisher als Tabu geltende wirtschaftliche und politische Themen diskutiert.¹³³ 1987 wurde das Ungarische Demokratische Forum (MDF) gegründet, das dann offene Veranstaltungen organisierte, wo immer stärkere Kritik am Regime geübt wurde. Anfangs war das MDF noch keine Partei.¹³⁴ Historische Feiertage wurden zu politischen Zwecken genutzt. Der Feiertag zur Märzrevolution 1848 am 15. März wurde 1951 von den Kommunisten gestrichen. Anfang der Siebzigerjahre wurden Parallelveranstaltungen, wie spontane Straßenumzüge, zu den staatlichen Gedenkfeiern organisiert, welche von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurden. In den Achtzigerjahren fanden diese dann regelmäßig statt und bis 1986 wurden sie von der Polizei geduldet. 1986 kam es in Budapest dann wieder zu einer gewaltsamen Auflösung.

¹²⁸ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.306.

¹²⁹ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.307.

¹³⁰ Vgl. Hock, Transformation, S. 218.

¹³¹ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 214.

¹³² Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 214.

¹³³ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.309.

¹³⁴ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.309.

1988 wurden bei der Veranstaltung Oppositionsführer festgenommen, trotzdem gingen 15.000 Menschen auf die Straße. Ende des Jahres wurde der Tag zum arbeitsfreien Nationalfeiertag gemacht. 1989 wollten die staatlichen Organisationen zusammen mit der Opposition feiern, was aber abgelehnt wurde.¹³⁵ 1988 begann die öffentliche Forderung nach einer würdigen Beerdigung der nach der Revolution 1956 Hingerichteten und man begann mit der Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Revolution.¹³⁶ Von offizieller Seite wurde vorerst die Niederschlagung der Revolution verteidigt. Am 28. Jänner 1989 kündigte der Staatsminister Imre Pozsgay ohne Genehmigung des Zentralkomitees eine Neubewertung der Vorkommnisse 1956 als Revolution und Volksaufstand an.¹³⁷ Am 31. Jänner wollte der Generalsekretär bei der Sitzung des Politbüros Pozsgay dafür verurteilen, aber die Versammlung entwickelte sich in eine andere Richtung. Ausgelöst wurde dieser Richtungswechsel durch Rezso Nyers, der ansprach, dass es keine andere Alternative als das Mehrparteiensystem gäbe. Dies zeigt den Druck der Opposition und Öffentlichkeit.¹³⁸ Die Frage des Mehrparteiensystems wurde in der Folge auf die Tagesordnung des am 10./11. Februar angesetzten Zentralkomitees gesetzt. Damit wurde in Ungarn als erstem Land im Ostblock das Einparteiensystem zur Diskussion gestellt.¹³⁹

Am 22 März 1989 bildeten acht oppositionelle Gruppierungen den "Oppositionellen Runden Tisch". Die Gruppierungen waren: Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft BZST; Bund Junger Demokraten FIDESZ; Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums FKgP; Ungarisches Demokratisches Forum MDF; Ungarische Volkspartei MNP; Ungarische Sozialdemokratische Partei MSZDP, Bund Freier Demokraten SZDSZ; Christlich-Demokratische Volkspartei KDNP und die Demokratische Liga Unabhängiger Gewerkschaften FSZDL. Sie hatten natürlich unterschiedliche Vorstellungen, einigten sich aber auf gemeinsame Ziele wie Wiederherstellung der repräsentativen Demokratie, Abschaffung der kommunistischen Alleinherrschaft, Schaffung der Grundinstitutionen eines Rechtsstaates, restlose Gewährleistung der allgemeinen menschlichen Freiheitsrechte und die baldmöglichste Wiederherstellung der Souveränität des Landes. Gegenüber der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) agierten sie als ein Verhandlungspartner.¹⁴⁰ Anfangs verliefen die Verhandlungen allerdings aufgrund interner Streitigkeiten innerhalb des Oppositionellen Runden Tisches nicht wie geplant.¹⁴¹ Besser verliefen die Verhandlungen nach Einbeziehung der USAP, nachdem sich innerhalb der Partei das innerparteiliche "Reformlager" durchgesetzt hatte und der Umstrukturierung zum "Nationalen Runden Tisch", in den die USAP mit einbezogen wurde. Die Verhandlungen

¹³⁵ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.310.

¹³⁶ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.310.

¹³⁷ Vgl. Hock, Transformation, S. 196.

¹³⁸ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.311.

¹³⁹ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.312.

¹⁴⁰ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.316.

¹⁴¹ Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn S.317.

zwischen USAP und dem Nationalen Runden Tisch verzögerten sich, da sich erst die Reformer in der USAP durchsetzen mussten, um Verhandlungen zu ermöglichen. Bei den dreimonatigen Verhandlungen bis Mitte Dezember 1989 einigten sich die Beteiligten auf ein Programm zum friedlichen Übergang und die Ausschreibung freier Wahlen mit mehreren Parteien.¹⁴²

Sturz von Kádár und der "Grósznost"

1986 versuchte die Regierung mittels einer Reihe von Personalwechseln innerhalb der Regierung, der negativen Stimmung entgegen zu steuern.¹⁴³ Mit diesen Wechseln war jedoch keine grundlegende Änderung des Kurses der Partei verbunden und die Weigerung Kádárs, die wirtschaftliche und politische Situation Ungarns zur Kenntnis zu nehmen oder mit entsprechenden Reformen zu verbessern, bewirkte den Verlust eines Großteils seines Rückhaltes. Dementsprechend forderten immer mehr Stimmen seinen Rücktritt. 1988 willigte er schließlich in die Einberufung einer außerordentlichen Parteikonferenz ein, betonte aber, dass er von dieser keine fundamentale Neuerung erhoffte. Vielmehr konnte in der Entlassung von vier namhaften Reformern aus der Partei und der Auflösung des "Finanzforschungsinstituts", welches aus regimekritischen Ökonomen bestand, eine Weigerung in Bezug auf Reformen gesehen werden.¹⁴⁴ Diese totale Negation der aktuellen Lage und die Verweigerung jeglicher Neuerungen führten schließlich zur Absetzung von Kádár und an seiner Stelle wurde Ministerpräsident Grósz 1988 zum Generalsekretär ernannt. Vorerst folgte dadurch jedoch keine Wirtschaftsreform, da die neue Parteiführung diesbezüglich keine Vorstellungen in Bezug auf ein konkretes Vorgehen hatte.¹⁴⁵ Dies änderte sich in der Folge kaum und auch wenn es nun eher möglich war, über eine Anpassung oder Neuregelung der Wirtschaft offen zu diskutieren, herrschte weiterhin Unwille, an den bestehenden Machtstrukturen zu rütteln.¹⁴⁶ Dementsprechend zeichneten sich Grósz und seine Politik durch mangelnde Glaubwürdigkeit aus.¹⁴⁷ Die Ära von Grósz endete schließlich 1988 mit der Verabschiedung eines "Demokratiepapieres" und dem Rücktritt von Grósz als Ministerpräsidenten. Miklós Németh wurde sein Nachfolger. Das "Demokratiepapier" sah die Einführung eines Mehrparteiensystems im Zeitraum von zwei Jahren vor.¹⁴⁸

Ungarn zwischen 1988 und 1990

¹⁴² Vgl. Szabo, Systemwechsel in Ungarn, S.317.

¹⁴³ Vgl. Hock, Transformation, S. 194.

¹⁴⁴ Vgl. Hock, Transformation, S. 195.

¹⁴⁵ Vgl. Hock, Transformation, S. 196.

¹⁴⁶ Vgl. Hock, Transformation, S. 196-97.

¹⁴⁷ Vgl. Hock, Transformation, S. 197.

¹⁴⁸ Vgl. Hock, Transformation, S. 197.

In den Jahren zwischen 1988 und 1990 wurden zahlreiche Sozialreformen durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden aufgrund der hohen Belastung des Staatshaushaltes durch die Sozialausgaben sowie die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft notwendig, was auch die Regierung unter Nemeth in ihrem Umgestaltungsprogramm aus dem Jahr 1989 einräumte.¹⁴⁹ Vereinzelt kam es zu Änderungen in Bezug auf das Gesundheitswesen sowie die Unterstützung von Familien. Weiters wurde das Sozialbudget in eine Sozialversicherung umgewandelt und vom restlichen Staatshaushalt getrennt.¹⁵⁰ Diese institutionelle Trennung brachte allerdings keine Besserung der finanziellen Lage, weshalb die Sozialversicherung von vornherein starker Verschuldung unterlag. Zudem kam es in der Folge zu einer Aufstockung der Leistungen der Sozialversicherung, was eine Konsolidierung der Versicherung unmöglich machte. Diese sollten als Ausgleich für andere notwendige Reformen dienen und den Unmut der Bevölkerung besänftigen.¹⁵¹ Die Angst vor aktivem Widerstand war auch unter Németh ein entscheidender Faktor.¹⁵²

Die Außenhandelspolitik war während dieser Zeit von Liberalisierung geprägt, was nicht zuletzt dem Druck des GATT geschuldet war.¹⁵³ Beschränkungen in Bezug auf die Ein- und Ausfuhr von Handelsgütern sowie Vorprodukten wurden stark eingeschränkt. Zudem wurde der Export durch verschiedene Bestimmungen begünstigt. Ziel dieser Exportförderung war die Verringerung des Leistungsbilanzdefizites sowie die Schaffung neuer Optionen für den Absatz und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von großen Unternehmen.¹⁵⁴ Ausschlaggebend für die Liberalisierungsmaßnahmen waren die Interessen der Großunternehmer, weshalb die Produktbeschränkungen zeitlich versetzt aufgehoben wurden. So wurden zuerst die Importe von Investitionsgütern und anschließend die von Vorprodukt- und Ausrüstungsgütern liberalisiert. Weiters wurde die begünstigte Stelle der Großunternehmer im Export durch die Beibehaltung von Ausfuhrlizenz- oder Genehmigungspflichten für bestimmte Waren aufrecht erhalten. Begleitet wurde die Exportförderung von einer Aufwertung des Forint.¹⁵⁵

Im Bereich der Unternehmensverfassung kam es zu tiefgreifenden Reformen. So trat 1989 ein neues Gesellschaftsgesetz in Kraft, welches die Vorschriften zur Unternehmensgründung in allen Sektoren anglich und stark an das HGB angelehnt war.¹⁵⁶ Auch wenn diese Reform sehr umfassend war, wurde die Bildung von privatem Produktiveigentum benachteiligt, um die staatlichen Unternehmen vor ernstzunehmender Konkurrenz zu bewahren und den Einfluss des Staates auf den Geld- und Kapitalmarkt aufrecht zu erhalten. Hier war besonders die Beschränkung der Anzahl von Mitarbeitern in

¹⁴⁹ Vgl. Hock, Transformation, S. 198/199.

¹⁵⁰ Vgl. Hock, Transformation, S. 199.

¹⁵¹ Vgl. Hock, Transformation, S. 200.

¹⁵² Vgl. Hock, Transformation, S. 201.

¹⁵³ Vgl. Hock, Transformation, S. 201.

¹⁵⁴ Vgl. Hock, Transformation, S. 202.

¹⁵⁵ Vgl. Hock, Transformation, S. 203.

¹⁵⁶ Vgl. Hock, Transformation, S. 204-205.

Personengesellschaften entscheidend.¹⁵⁷ Aufgrund der Uneinigkeit der Regierung in Bezug auf die Option der Privatisierung von Staatsbetrieben wurde das Gesellschaftsgesetz schließlich ohne Bestimmungen für diesen Bereich erlassen.¹⁵⁸ 1989 folgte das "Gesetz über die Umgestaltung von wirtschaftenden Organisationen und Wirtschaftsgesellschaften", welches zumindest die Umwandlung in eine privatrechtliche Unternehmensform eröffnete.¹⁵⁹

Außenpolitisch war der Ausbau von Beziehungen zu Westeuropa ebenfalls Thema in Ungarn. Dem entsprechend betonte Ungarn seine Intention, ein Abkommen über Zollpräferenzen mit der EG nach dem Vorbild Jugoslawien abzuschließen zu wollen.¹⁶⁰

III. 1. b) Entwicklungen vor und nach den Wahlen 1990

Im Vorfeld der Wahlen von 1990 konnte beobachtet werden, dass der Bevölkerung nicht vordergründig an politischer Selbstbestimmung oder Privatisierung gelegen war. Die Bevölkerung verlangte vielmehr nach einer Besserung der wirtschaftlichen Situation, was viele nicht zwangsläufig mit freien Wahlen oder Privatisierung verbanden.¹⁶¹ Der Wechsel sollte demnach vor allem das Wohlstandsniveau steigern und wirtschaftliche Sicherheit gewähren. Der politische Umschwung war somit Methode und nicht Ziel der Forderungen der Bevölkerung.¹⁶² Das politische Interesse war einerseits gering, andererseits wurde von den gewählten Vertretern eine Verbesserung eingefordert. Solange dies gewährleistet wurde, war die Bevölkerung in Bezug auf die Parteien, die sich in Machtpositionen befanden, gleichgültig.¹⁶³ Somit herrschte großer Druck auf die Parteien. Sie konnten nicht auf eine loyale Wählerschaft bauen und mussten sich mit jeder Wahl neu beweisen, indem sie den Wohlstand sicherten.¹⁶⁴

Insgesamt traten 80 Parteien zu den Wahlen an.¹⁶⁵ In der Folge werde ich die bedeutendsten kurz vorstellen. Die Parteienlandschaft Ungarns kann in sozialistische, liberale und konservative Parteien untergliedert werden. Die Ungarische Sozialistische Partei (MSzP) ging aus der früheren Staatspartei hervor. Schon früh kam es zu Abspaltungen wie beispielsweise der MSzMP, deren Nachfolger die

¹⁵⁷ Vgl. Hock, Transformation, S. 206.

¹⁵⁸ Vgl. Hock, Transformation, S. 205.

¹⁵⁹ Vgl. Hock, Transformation, S. 207.

¹⁶⁰ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 328.

¹⁶¹ Vgl. Hock, Transformation, S. 223.

¹⁶² Vgl. Hock, Transformation, S. 224.

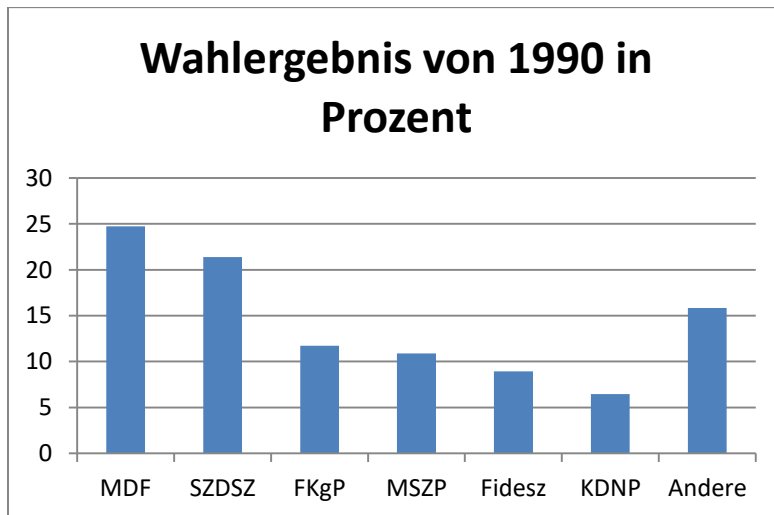
¹⁶³ Vgl. Hock, Transformation, S. 225.

¹⁶⁴ Vgl. Hock, Transformation, S. 226.

¹⁶⁵ Vgl. Balogh, Die politische Wende in Ungarn, S. 12.

heutige Munkáspárt (Arbeiterpartei) bildet.¹⁶⁶ Die ungarischen Liberalen brachten zwei Parteien ins Parlament, einerseits den Bund freier Demokraten (SzDSz), der viele prominente Vertreter hatte und für eine schnelle Umstellung der Wirtschaft mit einer guten sozialen Abfederung eintrat, und den Bund junger Demokraten (FiDeSz), der eine liberale Jugendbewegung darstellte und eine Altersgrenze von 35 Jahren für Mitglieder hatte.¹⁶⁷ Als konservative Partei positionierte sich das Ungarische Demokratische Forum (MDF). Ursprünglich war dieses von Pozsgay gegründet worden dieser wechselte aber zur MSZP und Antal übernahm die Führung und gab der Partei ein "Mitte-Rechts-Image"¹⁶⁸. Die "Unabhängige Partei der Kleinlandwirte" (FKgP) positionierte sich als bäuerliche und konservative Partei.¹⁶⁹ Als letztes sei noch die Christdemokratische Volkspartei (KDNP) genannt, die inhaltlich als katholisch-klerikale Partei definiert werden kann, wenngleich sie sich als Nachfolgerin der Demokratischen Volkspartei, die 1949 aufgelöst worden war, sah.¹⁷⁰

Folgenden Parteien gelang der Einzug ins Parlament:¹⁷¹



Dem MDF wurde nach den Wahlen 1990 der Auftrag zur Regierungsbildung erteilt und József Antal wurde Ministerpräsident.¹⁷²

III. 2. Die österreichische Außenpolitik während des Umbruchs in Ungarn

¹⁶⁶ Vgl. Hock, Transformation, S. 227.

¹⁶⁷ Vgl. Hock, Transformation, S. 228.

¹⁶⁸ Vgl. Hock, Transformation, S. 230.

¹⁶⁹ Vgl. Hock, Transformation, S. 231.

¹⁷⁰ Vgl. Hock, Transformation, S. 232.

¹⁷¹ Vgl. Balogh, Die politische Wende in Ungarn, S. 12-13.

¹⁷² Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 770.

In Österreich war man sich bereits um die Jahreswende 1988/89 bewusst, dass es in den östlichen Nachbarländern demnächst zu entscheidenden Umwälzungen kommen würde.¹⁷³ Dementsprechend fand im Februar 1989 ein Treffen zwischen dem ungarischen und österreichischen Regierungsvorsitzenden statt, bei dem sich der ungarische Regierungschef Ungarn als Vorbild in Bezug auf Neuerungen innerhalb der kommunistischen Staatenwelt zu profilieren versuchte.¹⁷⁴ Gesprächsthema bei dieser Übereinkunft waren vor allem die "Joint Ventures" in der Auto- und Eisenbahnindustrie.¹⁷⁵ Aufgrund der Tatsache, dass die österreichische Regierung in Ungarn, insbesondere nach den unter Grósz vorgenommenen Veränderungen, großes Potential für Reformen prognostizierte, trat der österreichische Außenminister Mock bereits im Mai 1989 dafür ein, Ungarn den Beobachterstatus im Europarat einzuräumen.¹⁷⁶ Österreich strebte eine EG-Mitgliedschaft an. Gleichzeitig wollte man den Nachbarstaaten, die Mitglieder im Warschauer Pakt waren, vermitteln, dass das österreichische Interesse am Fortbestand bzw. der Intensivierung der bilateralen Beziehungen ungetrübt vorhanden sei. Dies wurde bei Treffen von Abgesandten beider Staaten wiederholt betont.¹⁷⁷

Von besonderer Bedeutung in Zusammenhang mit den politischen Umwälzungen war das Treffen zwischen den Außenministern Alois Mock und Gyula Horn, in Zuge dessen die beiden den Eisernen Vorhang an der gemeinsamen Grenze durchtrennten. Dieses Bild ging um die Welt und avancierte aufgrund der medialen Aufbereitung zu einer Ikone.¹⁷⁸ Wichtiger als dieser symbolische Akt war jedoch die politische Umwälzung und Dynamisierung der Reformen in den verschiedenen Nachbarstaaten, die bereits Monate davor begonnen hatte. Man hatte bereits davor damit begonnen, den Grenzzaun zu demontieren und konnte und wollte sich die Instandhaltung des elektrischen Grenzzaunes nicht länger leisten.¹⁷⁹

Nächster Schritt hin zur vollständigen Öffnung Osteuropas war das "Paneuropa-Picknick". Der Begriff bezeichnet eine temporäre Grenzöffnung, die zur ersten Massenflucht Deutscher über die österreichische Grenze führte. Österreich hatte bei der Planung keine entscheidende Bedeutung. Die lokalen Behörden wurden informiert, um die Grenzöffnung zu koordinieren, das Außenministerium war jedoch nicht informiert. Otto von Habsburg war der Schirmherr für die von ungarischen Oppositionellen geplante und von der ungarischen Regierung gebilligten Aktion, die auch testen sollte, wie die Sowjetunion reagieren würde. Die Flüchtlinge wurden auf österreichischer Seite vom Roten Kreuz betreut und bekamen unbürokratisch österreichische Visa.¹⁸⁰ Die Großparteien versuchten schon

¹⁷³ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 326.

¹⁷⁴ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 327.

¹⁷⁵ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 328.

¹⁷⁶ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 328/329.

¹⁷⁷ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 329.

¹⁷⁸ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 330.

¹⁷⁹ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 331.

¹⁸⁰ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 334.

früh, Kontakte zu ihnen nahestehenden Parteien zu knüpfen und diese zu unterstützen. Die ÖVP unterstützte das Demokratische Forum, die Kleinlandwirtepartei und die Christdemokratische Volkspartei. Am meisten arbeitete man mit dem Demokratischen Forum zusammen, da diesem die besten Chancen für die Wahl prognostiziert wurden. Nach dem Wahlsieg des Demokratischen Forums verstärkte sich der Kontakt noch. Die SPÖ rang mit und in der Sozialistischen Internationalen mit der Entscheidung, wen sie unterstützen sollte. Die erst wiederentstandenen ungarischen Sozialdemokraten oder die aus den Reformkommunisten gegründete Ungarische Sozialistische Partei. Es wurden zuerst die Ungarischen Sozialdemokraten unterstützt und Heinz Fischer sprach sogar bei deren Maidkundgebung. Diese Partei schaffte es aber nicht ins Parlament, die Ungarische Sozialistische Partei hingegen schon. Es wurde danach diskutiert, ob mit ihnen zusammengearbeitet werden sollte oder nicht. 1992 wurden sie als Beobachter und 1996 als Vollmitglied in die Sozialistische Internationale aufgenommen.¹⁸¹

¹⁸¹ Vgl. Wohnout, Umbrüche 1989 aus der Perspektive Österreichs, S. 339.

IV. Österreichs Wirtschaft nach der Wende bis Heute

Die Wende ermöglichte eine friedliche Zusammenarbeit und Koexistenz in ganz Europa. Weiters kann dieses einschneidende Ereignis als Ausgangspunkt für den Siegeszug des Kapitalismus und der freien Marktwirtschaft gesehen werden. Die EU reagierte auf das Ereignis, indem sie den neuen Demokratien im Osten Europas Mitgliedschaften anbot und den Handel erleichterte.¹⁸² In Österreich wurde die Ostöffnung einerseits wegen der Stabilität für die politische Lage und andererseits wegen der sich neu eröffnenden Möglichkeiten im Handelsbereich durchaus positiv gewertet.¹⁸³

IV. 1. Österreich und die europäische Integration

Schon 1989 brachte Österreich den Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft ein. 1991 starteten die Beitrittsverhandlungen und 1995 trat Österreich der EU bei.¹⁸⁴ Die Mitgliedschaft in der Union sowie die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion verliefen für Österreichs Wirtschaft sehr profitabel. Die Vorteile, die die inländische Wirtschaft aufgrund der Erweiterungsschritte der Union hatte, stehen im Gegensatz zu der in Österreich vorherrschenden negativen Stimmung gegenüber dem Integrationsprozess.¹⁸⁵

Die während und im Zuge der Wende zu Ungarn entstandenen Beziehungen wurden nach der Ostöffnung weiter intensiviert. In den 1990er Jahren entwickelte sich Ungarn zum wichtigsten Exportmarkt Österreichs in Osteuropa. Ungarn war 1997 sogar Dritter der Österreichischen Exportrangliste. Außerdem erzielte Österreich gegenüber Ungarn 1998 das größte Aktivum von allen Handelspartnern. Der Exportanteil stieg von der Wende bis 1998 von zwei auf fünf Prozent.¹⁸⁶

Österreich übernimmt auch in Bezug auf die Direktinvestitionen in Ungarn eine Vorreiterrolle. Das Hauptinteresse lag hier in der Anfangsphase stark auf Ungarn und dieser Trend setzte sich während der gesamten 90er Jahre fort.¹⁸⁷ Ungarn war Ende 1998 mit 36,7% an den österreichischen Direktinvestitionen im Osten beteiligt und 5.500 österreichische Unternehmen waren 1997 in Ungarn tätig.¹⁸⁸

¹⁸² Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 115.

¹⁸³ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 115.

¹⁸⁴ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 116.

¹⁸⁵ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 120-121.

¹⁸⁶ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.12/13

¹⁸⁷ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.19.

¹⁸⁸ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.19/20.

Auch wenn man die ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn aufgeschlüsselt nach Ländern betrachtet, nimmt Österreich eine der Toppositionen ein. Im Jahr 1994 ist der Anteil an Direktinvestitionen von Seiten Österreichs mit 19,9% der zweithöchste nach Deutschland.¹⁸⁹ In den Jahren 1998 bis 2003 nahm Österreich die dritte Position unter den ausländischen Direktinvestoren ein. In diesen Jahren stieg der Anteil von neun Prozent auf 11,2%.¹⁹⁰

In der Folge werde ich kurz auf die Vorteile der einzelnen Integrationsphasen für Österreich eingehen.

IV.1. a) Österreich und die Ostöffnung

Durch die politische Wende in Osteuropa veränderten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend. Von einer Grenzlage zwischen den Blöcken rückte Österreich in die Mitte eines wirtschaftlich und politisch immer stärker vernetzten Europas.¹⁹¹

Aufgrund Österreichs günstiger Position sowie aufgrund des Engagements der österreichischen Wirtschaft in Bezug auf die Etablierung und Aufrechterhaltung von guten Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas gelang es Österreich, von der Öffnung zu profitieren. Dieser Prozess wurde durch die Liberalisierung des Handels zwischen EU und den Ländern Mittel- und Osteuropas im Rahmen verschiedener Europaabkommen noch begünstigt und verstärkt.¹⁹²

Die starke Bindung Österreichs und seiner Wirtschaft an die osteuropäischen Länder erwuchs aus der geographischen Lage und aufgrund historischer Beziehungen. Im Außenhandel nehmen die Oststaaten für Österreich eine zwei- bis dreimal so große Bedeutung ein wie in anderen westlichen Industrieländern.¹⁹³ Durch den Wegfall der europäischen Spaltung wurde Österreichs Position innerhalb Europas deutlich verändert. War es vorher ein Grenzland konfrontiert mit der ständigen Bedrohung an der langen Grenze, wurde es nunmehr attraktiver Wirtschaftsstandort im Mittelpunkt Europas.¹⁹⁴

1989 erfolgte im österreichischen Außenhandel ein entscheidender Umbruch als Folge der politischen Umwälzungen. Einerseits verdreifachten sich die Exporte in den Osten und andererseits stieg der Anteil der Oststaaten am Export von 9,9 Prozent auf 16,7%. Grund für diese Entwicklung war Österreichs rasches Handeln nach der Ostöffnung. Man beseitigte unmittelbar nach der Ostöffnung

¹⁸⁹ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 362.

¹⁹⁰ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 362.

¹⁹¹ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.7.

¹⁹² Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 121.

¹⁹³ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.7.

¹⁹⁴ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.7.

die Handelshindernisse gegenüber den ehemaligen planwirtschaftlichen Staaten und konnte so die bereits bestehenden, im Vergleich zu anderen Staaten Westeuropas intensiveren Beziehungen und Verbindungen nutzen.¹⁹⁵ Laut einer Studie des österreichischen Wirtschaftsinstitutes hatte die Ostöffnung eine ebenso einschneidenden Effekt auf die Außenhandelsbeziehungen Österreichs wie die Spaltung Westeuropas in EWG und EFTA 1956. Anders als dieses historische Ereignis wurden jedoch nicht nur Handelsströme umgeleitet, sondern zusätzliche Märkte für die österreichische Wirtschaft im Osten erschlossen.¹⁹⁶ Die Importe entwickelten sich ähnlich, wenn auch in geringerem Ausmaß. Sie stiegen nach 1989 um das 2,8 fache und der Anteil der Importe der Oststaaten stieg von 6,8 Prozent 1989 auf 11,5% 1998 an. Wenngleich die Importe einen positiven Effekt auf die Wirtschaft hatten, indem sie die Kosten für Exportwaren teilweise senkten, ist doch anzumerken, dass eine teilweise Verdrängung der einheimischen Waren durch die "Billigprodukte" nicht ausblieb.¹⁹⁷ Grundsätzlich erforderte die Ostöffnung natürlich eine Strukturanpassung der österreichischen Wirtschaft und führte zu Belastungen, da die Gewinne und Verluste, die daraus resultierten, nicht gleichmäßig auf die diversen Bereiche der Wirtschaft Österreichs verteilt waren.¹⁹⁸ Die erfolgreiche Handelsbilanz in Bezug auf den Handel mit den neuen Demokratien im Osten Europas, die einen Überschussanstieg von 7,4 Mrd. S 1989 auf 31,3 Mrd. S aufwies, hatte ebenso einen mildernden Effekt auf das Defizit der Gesamthandelsbilanz Österreichs.¹⁹⁹ Die eben beschriebene Entwicklung lässt sich mithilfe der österreichischen Handelsbilanz mit den Oststaaten von 1989 bis 1998 darstellen.²⁰⁰ Diese ist im Statistikteil zu diesem Abschnitt als Abbildung 1 abgebildet.

Die Zusammensetzung der österreichischen Ostexporte änderte sich nach 1989 ebenso grundlegend. Der Anteil von Industriewaren im Export stieg nach der Ostöffnung stark an und erreichte fast 90%. Die Lieferungen umfassten vordergründig hochwertige Konsumwaren sowie moderne Investitionsgüter.²⁰¹ In Bezug auf die Importe fand ebenso ein tiefgreifender Wandel statt. Die Einfuhr von Roh- und Brennstoffen stieg bis 1997 nur um 40% an, der von Industriewaren hingegen um 350%. Insgesamt vergrößerte sich der Anteil von Industriewaren im Import von 36% auf 65,5 Prozent.²⁰²

¹⁹⁵ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.9.

¹⁹⁶ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.9.

¹⁹⁷ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.10.

¹⁹⁸ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.10.

¹⁹⁹ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.10.

²⁰⁰ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.51.

²⁰¹ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.14.

²⁰² Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.14.

IV. 1. b) Die EU-Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft bei der EU ermöglichte den uneingeschränkten Zugang zum EG-Binnenmarkt und seinen Vorzügen in Bezug auf die europäische Integration. Darunter fallen der Abbau der Grenzkontrollen, die Vorzüge der vier Grundfreiheiten, Steigerungen in den Bereichen Effizienz und Produktivität sowie mehr Wettbewerb.²⁰³ Der EU-Beitritt Österreichs führte im Bezug auf den Handel zu einer Umlenkung der Handelsströme in Richtung östlicher Staaten.²⁰⁴

Mit dem Beitritt zur EU stiegen auch, anders als von manchen befürchtet, die Exporte nach Osteuropa. Waren sie 1989/1994 10,5% pro Jahr gestiegen, wuchsen sie 1994/1998 sogar 16,5% pro Jahr. Wenngleich nicht nur der EU-Beitritt allein für diesen Anstieg verantwortlich ist, war er doch ein wesentlicher Faktor.²⁰⁵

IV. 1. c) EU-Erweiterung

Die EU-Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007 bewirkten eine Vergrößerung der Absatzmöglichkeiten insbesondere in Mittel- und Osteuropa. Viele Nachbarstaaten Österreichs waren in der Erweiterung von 2004 inbegriffen. Auch Ungarn wurde ebenso 2004 Mitglied der EU, was den gemeinsamen Handel erleichterte.²⁰⁶ Hier ist zu bedenken, dass die neuen östlichen und südöstlichen Mitgliedstaaten der Union das größte Wachstumspotential aufweisen. Die westlichen Nachbarländer Österreichs hingegen wiesen mittelfristig geringeres Potential für Wachstum auf. Dementsprechend war aufgrund der traditionell intensiven Beziehungen Österreichs zu diesen Ländern mit weiteren Vorteilen und Wachstumschancen für die österreichische Wirtschaft und österreichische Unternehmen spekuliert worden.²⁰⁷

Die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen stiegen nach der Ostöffnung und dem EU-Beitritt an und noch viel intensiver wurde die Entwicklung nach der EU-Erweiterung.²⁰⁸ Seit 2002 kann eine Entwicklung vom Defizit hin zu einem Überschussland auch im Bereich der Direktinvestiti-

²⁰³ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 121.

²⁰⁴ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 125.

²⁰⁵ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.11.

²⁰⁶ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 122.

²⁰⁷ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 123.

²⁰⁸ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 128.

onen beobachtet werden.²⁰⁹ Die Möglichkeit der besseren Nutzung von Österreichs Potential in Bezug auf den Handel mit östlichen Nachbarstaaten führte seit der Ostöffnung und noch verstärkt nach dem Beitritt zur EU zu einer deutlichen Verbesserung der Handelsbilanz. Erst seit der Jahrtausendwende entwickelt sich die Handelsbilanz Österreichs in Richtung eines Überschusses von Exporten. Wie aus der im Statistikeil enthaltenen Abbildung 2 ersichtlich, war die Handelsbilanz 2002 deutlich positiv.²¹⁰ Noch markanter zeigt sich die Entwicklung an der Leistungsbilanz, welche neben den Warenströmen alle anderen Arten von Dienstleistungen und Transfers beinhaltet.²¹¹ Hier ist der Anstieg nach 2002 noch extremer und seit 2002 zeigt die Bilanz einen beachtlichen Überschuss.²¹²

IV. 1. d) Negative Aspekte der Entwicklung von Österreichs Wirtschaft durch die Wende

Der Beitritt zur europäischen Union und die Ostöffnung wurden in der Bevölkerung oftmals negativ bewertet, da eine Bedrohung des eigenen Arbeitsplatzes damit in Verbindung gebracht wurde. Man kann nicht leugnen, dass sich seit des Beginns dieser Globalisierungsprozesse die Einkommensverteilung vermehrt unvorteilhaft für die Lohneinkommensbezieher entwickelte.²¹³ In Bezug auf die Entwicklung der Arbeitsplatzsituation kann festgehalten werden, dass seit der Ostöffnung und durch die zunehmende Globalisierung einerseits neue Arbeitsplätze entstehen und andererseits Arbeitsplätze ins Ausland verlagert wurden.²¹⁴

²⁰⁹ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 128.

²¹⁰ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 74.

²¹¹ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 74.

²¹² Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 75.

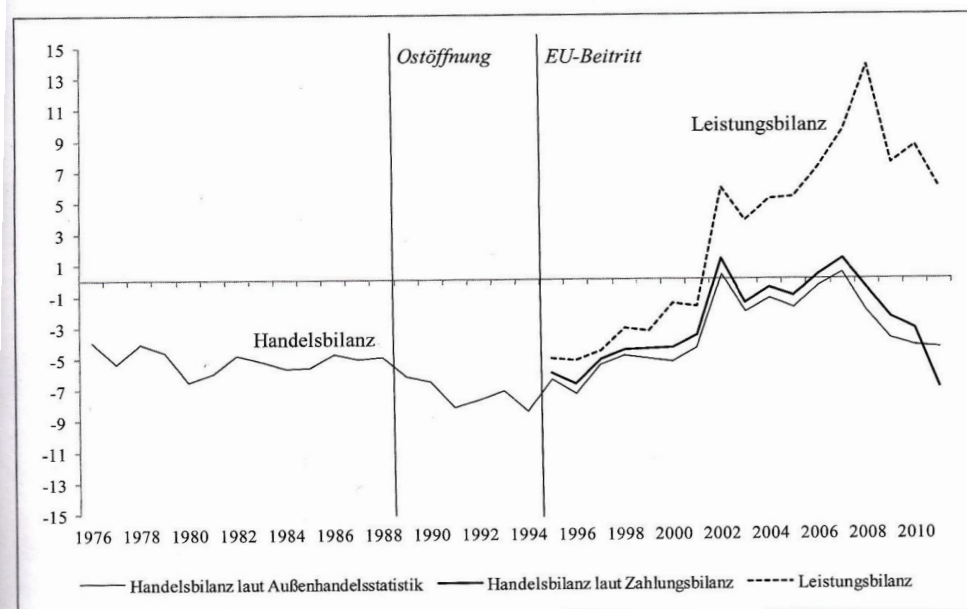
²¹³ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 133.

²¹⁴ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 137.

IV. 1. f) Abbildungen

Abbildung 1: Österreichische Handelsbilanz mit den Oststaaten zwischen 1989 und 1998²¹⁵

	1989	1994	1998	1998	1989/98
	Mrd. S			In % der Ex- porte	Veränderungen in Mrd. S
Handelsbilanz					
Ost-					
Mitteleuropa	0,0	10,6	17,3	21,1	17,3
Südosteuropa	4,4	8,5	17,4	51,4	13,0
Osteuropa	4,4	19,1	34,7	29,9	30,3
Frühere UdSSR	3,0	-2,5	-3,4	-27,1	-6,4
Oststaaten	7,4	16,5	31,3	24,3	23,9
Insgesamt	-85,4	116,4	-73,2	-9,5	12,1

Abbildung 2: Handelsbilanz Österreich in Millionen EUR²¹⁶²¹⁵ Vgl. Stankovsky; Palme, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, S.51.²¹⁶ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 75.

V. Ungarns Wirtschaft nach der Wende

V. 1. Ungarns politische Umwälzungen bis 2010

Nach den Wahlen von 1991 waren die Erwartungen an Ungarns neue politische Spitze sehr groß und die Bevölkerung erhoffte sich zumindest ein Stoppen bzw. die Verlangsamung der seit Jahrzehnten andauernden Verschlechterungen des Lebensstandards. Außenpolitisch war das neue Land ebenfalls vor viele Herausforderungen gestellt. Der Zerfall vieler Nachbarstaaten und der aufkeimende Krieg in Jugoslawien bedrohten die Stabilität in der Region und führten vermehrt zu Fluchtbewegungen nach Ungarn. Zudem lockte der von der Europäischen Union in Aussicht gestellte Beitritt im Zuge der Erweiterungen und weckte das starke Bestreben des neuen Staates, sich entsprechend zu entwickeln und den gestellten Forderungen Genüge zu tun.²¹⁷

Unter dem Ministerpräsidenten Antall bildete der mit einer relativen Mehrheit aus der Wahl 1990 hervorgegangene MDF eine Koalition mit den kleinen Landwirten (FKGP) und den Christdemokraten (KDNP).²¹⁸ Weiters wurde eine Vereinbarung mit dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ) ausgehandelt, welche eine Reduktion der qualifizierten Gesetze, also jener, für die eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit notwendig war, sowie ein konstruktives Misstrauensvotum beinhaltete.²¹⁹

Die neue Regierung setzte sich die Schaffung einer auf Unternehmerschaft beruhenden sozialen Marktwirtschaft zum Ziel. Ein Teil der Reform zielte auf die Reduktion des staatlichen Eigentums im Dienstleistungs- und Produktionsbereich ab. Vom Aufleben eines privaten Sektors erhoffte man sich den Aufbau einer ungarischen privaten Unternehmerschaft sowie das Anlocken privater Investoren aus dem Ausland. Dadurch sollte sich die aufkeimende Privatwirtschaft rasch stabilisieren und der anwachsenden Arbeitslosigkeit, deren Anstieg man aufgrund des Wandels prognostizierte, entgegengesteuert werden. Weiters sollte eine entsprechende Gesetzgebungstätigkeit den Rahmen für die Veränderungen schaffen.²²⁰

Die neue Regierung sank im Ansehen bei der Bevölkerung jedoch rasch, was sich in den ein halbes Jahr nach ihrer Bildung angesetzten Kommunalwahlen deutlich zeigte. Grund für den Beliebtheitsverlust war, dass viele Maßnahmen, die Teil des von der Regierung versprochenen Programms waren, aufgrund befürchteter Unpopularität zurückgehalten worden waren. Außerdem wurden die zwischen

²¹⁷ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 770.

²¹⁸ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 770.

²¹⁹ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 771.

²²⁰ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 771.

den Koalitionspartnern MDF und FKGP entbrannten Gegensätze insbesondere in Bezug auf die Agrarsphäre mithilfe einer öffentlichen Diskussion und Polemik ausgetragen, was das Vertrauen in die Parteien weiter erschütterte. Zusätzlich war der Beliebtheitsgrad der Hauptregierungspartei MDF schon bei Antritt der Regierung nicht besonders hoch.²²¹ Die intellektuelle Elite sowie die Medien waren den Parteien gegenüber ebenso nicht positiv gestimmt. Die wirtschaftlichen Entwicklungen bis zu den Kommunalwahlen Ende 1990 trugen zusätzlich zur schlechten Stimmung gegenüber der Regierung bei. Die Arbeitslosenzahl stieg weiter und die Inflationsrate stieg rasant an. Wenngleich es sich dabei um eine allgemeine Begleiterscheinung des Umbruchs handelte, gaben viele Bürger der Regierung die Schuld an diesen Entwicklungen.²²²

Nach den Kommunalwahlen kam es zur so genannten Taxiblockade, ausgelöst durch eine notwendige Erhöhung des Benzinpreises um 65%. In der Hauptstadt verbarrikadierten Taxifahrer wichtige Verkehrsknotenpunkte und legten so den gesamten Stadtverkehr für einige Stunden lahm. Der Protest flaute danach jedoch nicht ab, sondern weitete sich zu einem landesweiten Protest aus, an dem sich einfache Bürger sowie Transporteure beteiligten. Aus dem Protestakt der Budapester Taxilenker war eine landesweite Bewegung geworden und die Regierung war gezwungen, eine Kompromisslösung auszuverhandeln. Eine solche Massendemonstration hatte es zuletzt 1956 gegeben und die Regierung scheute sich in der Folge davor, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, welche eine ähnliche Reaktion hervorrufen könnten.²²³ Dies hatte zur Folge, dass für die Neuorientierung der Wirtschaft wichtige Maßnahmen nicht beschlossen oder wie im Fall des von Finanzminister Mihály Kupa ausgearbeiteten und 1991 auch beschlossenen Kupa-Programmes nicht wirklich umgesetzt wurden.²²⁴

Bei den Neuwahlen 1994 stürzte die bislang regierende Koalition ab und es gelang der MSZP mit 54% eine absolute Mehrheit zu erlangen. Der Vorsitzende der Partei Gyula Horn wurde mit der Regierungsbildung beauftragt und die MSZP bildete eine Koalition mit der Führung des Bundes Freier Demokraten. Wenngleich die MSZP mit 54% eine absolute Mehrheit hatte, erhoffte man sich durch die Koalition eine Absicherung dieser Mehrheit und eine Stabilisierung der Regierung und es war im Hinblick auf das Erfordernis der Zwei-Drittel-Mehrheit im Interesse der MSZP, sich zusätzliche Unterstützung zu sichern.²²⁵ Auf Seiten der SZDSZ war es vor allem die Aussicht auf eine Beteiligung an der Regierung bei einem Wahlergebnis von nur 18%, die die Parteispitze zur Koalitionsbildung mit der MSZP veranlasste, die eigentlich von Ideologie und Parteiprogramm äußerst gegensätzlich war.²²⁶

²²¹ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 772.

²²² Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 772.

²²³ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 772.

²²⁴ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 773.

²²⁵ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 773.

²²⁶ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 778.

Obwohl in dieser Koalition die Interessensgegensätze ebenso groß waren, gelang eine bessere Zusammenarbeit. Grund dafür war der hohe Druck auf die Regierung aufgrund der sich zunehmend verschärfenden Rezession und der Tatsache, dass man allein auf die einheimische Wirtschaft angewiesen war, um die Krise zu meistern, da weder ein Erlass der äußeren Schulden noch eine Teilnahme an der "ostmitteleuropäischen zweiten Marshallplanhilfe" gewährt werden würden.²²⁷ Auch die Regierung unter Horn wurde schließlich im Laufe der nächsten Wahlen abgelöst, wenngleich sie versuchte, mit einer in Hinblick auf die Wahlen beschlossenen erheblichen Lohnerhöhung, die den Staatsaushalt noch weiter belastete, ihrer Abwahl entgegenzuwirken.²²⁸ Wichtiger Schritt der Koalition war der Beschluss des Bokros-Pakets im März 1995.²²⁹

Bei den Wahlen von 1998 konnte sich die Fidesz-MPP aufgrund eines auf mathematischer Berechnung basierenden Abkommens mit den Kleinen Landwirten sowie der MDF eine parlamentarische Mehrheit von 55% sichern und bildete unter Viktor Orbán die Koalitionsregierung. Bei den Wahlen von 2002 gelang es wiederum der Sozialistischen Partei und den Liberalen genügend Stimmen zusammen zu erlangen und eine Koalition zu bilden und die Regierungsgewalt eine weitere Periode auszuüben.²³⁰

V. 2. Wirtschaftliche Entwicklung unmittelbar nach der Wende

Ebenso wie die anderen ehemals planwirtschaftlichen Staaten Osteuropas musste Ungarn nach der Wende mit Einbrüchen in der Wirtschaftstätigkeit fertig werden.²³¹ Bemerkenswert ist, dass der durch die Umstellung ausgelöste Schock für Ungarn nicht direkt mit der Wende zusammenfällt, sondern sich erst 1991 besonders stark manifestierte.²³² 1989 waren in Ungarn bereits seit fast einem Jahrzehnt Maßnahmen vorgenommen worden, die eine Teilliberalisierung der Wirtschaft und Preisentwicklung bedeuteten. Grund für den markanten Einbruch in Ungarns Wirtschaft war der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).²³³ Problematisch war zudem die Verdrängung der einheimischen Dienstleistungen und Waren durch die nun zugänglichen Importe aus westlichen Staaten.²³⁴

²²⁷ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 780.

²²⁸ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 781.

²²⁹ Vgl. Tóth, Geschichte Ungarns, S. 781.

²³⁰ Vgl. Walsch, Aufbruch nach Europa, S.35.

²³¹ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 26.

²³² Vgl. Halpern, Wyplosz, The Hidden Hungarian Miracle, S. 2.

²³³ Vgl. Halpern, Wyplosz, The Hidden Hungarian Miracle, S. 3.

²³⁴ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 214.

1990 sank das Bruttoinlandsprodukt um 3,5 Prozent und 1991 sogar um 12%.²³⁵ Das reale Bruttoinlandsprodukt sank somit um beinahe 20% zwischen 1990 und 1993.²³⁶ Ähnlich negativ entwickelte sich die Arbeitslosenrate. Sie stieg zwischen 1988 und 1992 von 0 auf 12%. Das Staatsbudget verschlechterte sich aufgrund der verminderten Einnahmen rapide. Aufgrund der sozialen Spannungen im Land sah man davon ab, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren. Die Inflation stieg ebenso stark an.²³⁷ Eine geringe Steigerung von zwei Prozent konnte erst 1994 wieder erzielt werden.²³⁸

Zwischen den einzelnen Sektoren der Wirtschaft allerdings konnten erhebliche Unterschiede betrachtet werden. Besonders in der Bauwirtschaft konnte ein Wachstum erzielt werden, das weit über jenem der Gesamtentwicklung stand. Es betrug im ersten Halbjahr 1994 22%. Dieser Erfolg wurde vor allem vom staatlich finanzierten Um- und Ausbau der Infrastruktur getragen.²³⁹ Während der 90er Jahre bildeten sich auch im Industriebereich Branchen heraus, welche mehr zum allgemeinen Wachstum beitrugen als andere. Während beispielsweise die metallverarbeitende Branche 1993 um 14% wuchs und 1994 nochmals um fast 22%, wurde in der Nahrungsmittelindustrie 1993 ein Minus von vier Prozent verzeichnet.²⁴⁰ Interessant ist die Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich. Die Erträge in der Landwirtschaft gingen zwischen 1990 und 1993 um 33% zurück.²⁴¹ Hier war auch 1993 noch ein starker Abfall der Produktion um 15% zu verzeichnen. Demgemäß ging der Anteil an Beschäftigten in diesem Sektor ebenfalls zurück.²⁴² Dieser starke Beschäftigungseinbruch ist allerdings auch dadurch zu erklären, dass die Statistiken Mitte der 90er Jahre nur mehr landwirtschaftliche Berufe im engeren Sinne einrechneten, während davor auch andere Berufe, wie handwerkliche Tätigkeiten im Agrarbereich, dazugerechnet wurden.²⁴³ Insgesamt kann in Ungarn nach der Wende ein Rückgang an Erwerbstätigen beobachtet werden. In den 80er Jahren waren über fünf Millionen Personen erwerbstätig, 1994 sank die Zahl der Erwerbstätigen auf drei Millionen.²⁴⁴ Fast die Hälfte der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft ging verloren. Der Anteil der Privatwirtschaft am BIP stieg stetig an und erreichte 1994 60% des BIP. Auch die Zahl der selbständigen Unternehmen wuchs von 160.000 1989 auf 650.000 im Jahr 1994 an.²⁴⁵

Die Armut in Ungarn stieg grundsätzlich an. 1989 betrug der Anteil der unter dem Existenzminimum lebenden Bevölkerung elf bis 12%, schnellte bis 1993 aber auf 35% hinauf. Diese statistischen Werte

²³⁵ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 27.

²³⁶ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 214.

²³⁷ Vgl. Halpern, Wyplosz, The hidden Hungarian Miracle, S. 3.

²³⁸ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 27.

²³⁹ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 27.

²⁴⁰ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 28.

²⁴¹ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 215.

²⁴² Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 28.

²⁴³ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 34.

²⁴⁴ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 34.

²⁴⁵ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 29.

können durch die Tatsache abgemildert werden, dass nicht erfasste wirtschaftliche Tätigkeiten immer bedeutender wurden und damit viele Personen versteckte Einkommen bezogen.²⁴⁶ Wenngleich es auch im sozialistischen Regime verdeckte Arbeitslosigkeit gegeben hatte, war die neue Form der offenen Arbeitslosigkeit für viele ein regelrechter Schock. Am stärksten davon betroffen waren ungelernete Arbeiter/Innen in den östlichen Landesteilen Ungarns, da dort viele große Staatsbetriebe nach der Wende geschlossen und landwirtschaftliche Kooperativen aufgelöst worden waren. Die Bevölkerungsgruppe der Roma war in diesem Gebiet übermäßig hoch repräsentiert und dadurch besonders stark betroffen.²⁴⁷

Aufgrund der Inflation nach dem Umbruch 1989 kam es kurz danach zu erheblichen Steigerungen der Verbraucherpreise um 30%. Es gelang vorerst, dem entgegen zu wirken und 1994 betrug die Preiserhöhung nur mehr 19%.²⁴⁸ 1995 allerdings stieg die Inflationsrate aufgrund des anhaltenden Haushaltsdefizits, der zur Förderung des Außenhandels vorgenommenen Abwertung des Forints und einer Erhöhung der Mehrwertsteuer wieder an und erreichte erneut die Höchstmarke von 29% im Jahresdurchschnitt.²⁴⁹ Die Preise für Industrieerzeugnisse zeigen eine andere Entwicklung. Verteuerten sie sich in den Jahren von 1992 bis 1994 relativ konstant zwischen 10 und 15%, wiesen sie im ersten Quartal 1995 eine erhebliche Steigerung auf 22% auf.²⁵⁰

Vorteil der Umstrukturierungen war, dass die ungarische Wirtschaft einem Modernisierungsprozess unterzogen wurde. Es kam zu vielen Neugründungen und Staatsbetriebe wurden in Kapitalgesellschaften umgewandelt, die dann wiederum weitergeführt werden konnten. Dazu bedurfte man oft ausländischer Investitionen.²⁵¹

Verschiedenste Maßnahmen wurden ergriffen, um der Krise, die sich ab 1991 abzeichnete, entgegen zu wirken. Man versuchte von 1991 bis Mitte 1992 ein weiteres Ansteigen der Staatsverschuldung zu verhindern. Grund dafür waren unter anderem die großzügigen Direktinvestitionen aus dem Ausland. Ende 1992 gelang es Ungarns Netto-Verschuldung bereits um 3 Milliarden zu reduzieren.²⁵² In Ungarn war der Anteil an Direktinvestitionen sowohl pro Kopf als auch in Relation zum BIP sehr viel höher als in anderen ehemals sozialistischen Staaten.²⁵³

²⁴⁶ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 215.

²⁴⁷ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 215.

²⁴⁸ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 32.

²⁴⁹ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 32.

²⁵⁰ Vgl. Haarland, Niessen, Der Transformationsprozeß, S. 33.

²⁵¹ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 215.

²⁵² Vgl. Halpern, Wyplosz, The Hidden Hungarian Miracle, S. 3.

²⁵³ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 215.

Auf Mikroebene wurden ebenso bereits 1990 und 1991 Maßnahmen zur Anpassung getroffen. Diese Maßnahmen führten zur Bildung eines marktorientierten Privatsektors in der ungarischen Wirtschaft, allerdings hatte die Entwicklung ihren Preis.²⁵⁴ Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Entstehen einer Marktwirtschaft in Ungarn wurden durch institutionelle Entwicklungen und eine entsprechende Gesetzgebung geschaffen und komplementiert. In Bezug auf die Gesetzgebung kam es einerseits zu einer Deregulierung in Bezug auf die aus dem planwirtschaftlichen System stammenden Regelungen und der Schaffung neuer für die Marktwirtschaft unerlässlicher Regulative für die Privatisierung, Konkurse, Kreditinstitute und die Bankensanierung.²⁵⁵ Diese Gesetzgebung und Entwicklung beeinflusste finanzielle Institutionen, die Börse, Buchhaltungs- und Insolvenzrichtlinien und die Zentralbank. Allerdings fanden Fortschritte zu Beginn nur langsam statt.²⁵⁶ Nach geringen Erfolgen 1992 begann das Bruttoinlandsprodukt 1993 erneut zu sinken.²⁵⁷ Die Nachfrage im Land und die Importe stiegen um 9,9 bzw. 18,6% an, während die Exporte um zehn Prozent sanken. Das daraus resultierende Defizit in der Handelsbilanz wurde zum großen Problem der ungarischen Wirtschaft. Teilweise bedingten äußere Faktoren diese Entwicklung. Aufgrund des Jugoslawienkrieges sank die ausländische Nachfrage und Unwetterkatastrophen versetzten der landwirtschaftlichen Produktion und den Exporten einen schweren Rückschlag.²⁵⁸ Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Regierungspolitik kam es vermehrt zu Spekulationen mit dem Forint und die Inflation schritt voran. Eine Abwertung der Währung wurde immer wahrscheinlicher und das Vertrauen in den Forint war stark erschüttert. Die Staatsverschuldung stieg ebenso weiter an. Letztendlich erreichten die von der Regierung gesetzten Maßnahmen ihr Ziel. Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wurde gestoppt. 1994 stieg der Konsum der Haushalte um zwei Prozent und die Investitionstätigkeit nahm um 20% zu. Bedingt war diese Entwicklung einerseits durch die verbesserte finanzielle Situation der inländischen und ausländischen Unternehmen und teilweise aufgrund der von der Regierung an einige Großunternehmen gewährten Unterstützung in Form von Staatsgarantien. Die Entwicklung der Exporte kehrte sich um, die Importe stiegen jedoch weiterhin kontinuierlich, da das inländische Angebot die steigende inländische Nachfrage nicht befriedigen konnte.²⁵⁹

Wenngleich es 1994 kurzzeitig zu einer Verbesserung der Staatsverschuldung kam und ein Eindämmen der Inflation gelang, war diese Verbesserung nur künstlich generiert. Dementsprechend verabschiedete die ungarische Regierung im März 1995 das erste umfassende Stabilisierungspaket für die

²⁵⁴ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The hidden Hungarian Miracle*, S. 3.

²⁵⁵ Vgl. Tóth, *Geschichte Ungarns*, S. 780.

²⁵⁶ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 3.

²⁵⁷ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 3.

²⁵⁸ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 4.

²⁵⁹ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 4.

Umwandlung der ungarischen Wirtschaft.²⁶⁰ Das Paket erhielt den Namen "Bokros-Paket", benannt nach dem Finanzminister Lajos Bokros.²⁶¹ Das Programm beruhte auf drei verschiedenen Arten von Maßnahmen. Man versuchte das Haushaltsbudget durch einen drastischen Einschnitt der öffentlichen Ausgaben zu entlasten. Dieser Einschnitt betrug 15%. Weiters wurde die Währung um neun Prozent abgewertet und der Forint nicht mehr einem Fixkurs, sondern einem gleitenden Wechselkurs, verbunden mit einer monatlichen Bekanntgabe der bevorstehenden Abwertung, angepasst. Ein weitere Devaluation wurde durch einen temporären Zuschlag von acht Prozent auf die Importe erreicht. Zuletzt verpflichtete sich die Regierung selbst dazu, Erhöhungen der Nominallohne einzuschränken.²⁶² Unverzichtbar war auch eine steuerliche Anpassung in Ungarn. Die Steuerbelastung war mit 55% des Bruttoinlandsproduktes sehr hoch. Dieser Umstand war noch Erbe der Planwirtschaft. Aufgrund des aufstrebenden Privatsektors musste nun aber der staatliche zurücktreten.²⁶³ Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Regulierung des Defizits, insbesondere die Einführung des gleitenden Wechselkurses verbunden mit der monatlich angekündigten Abwertung, führten dazu, dass Investoren wieder Vertrauen in Ungarn als Wirtschaftsstandort fassten. Außerdem wurde mit den Zuschlägen auf den Importtarif die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich von Handelsgütern wiederhergestellt. Weiters konnten aufgrund der Einschränkung der Staatsausgaben die Geldmittel für den öffentlichen Sektor vollkommen aus inländischen Quellen finanziert werden und war man nicht mehr länger gezwungen, auf Fremdmittel zurückzugreifen.²⁶⁴

Bei der Bevölkerung jedoch war das Paket aufgrund der schockierenden Maßnahmen nicht sehr beliebt und es bewirkte zudem einen erneuten radikalen Rückgang der Löhne und Einkommen, was insbesondere dem Image der MSZP stark schadete.²⁶⁵ Die Reaktion der Bevölkerung verwundert nicht, wenn man den Preis bedenkt, den die Maßnahmen forderten. Die Inflation stieg drastisch an. Sie lag 1995 bei 30% und 1996 sogar noch höher als vor dem "Bokros-Paket". Der Anteil an Investitionen ging ebenso zurück.²⁶⁶

Das Stabilisierungspaket wurde im Ausland jedoch sehr positiv aufgenommen. Weltbank, IWF und Europäische Union begrüßten es und somit stieg auch die Kreditfähigkeit Ungarns und verbesserte sich die internationale Beurteilung des Landes.²⁶⁷

²⁶⁰ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The hidden Hungarian Miracle*, S. 4-5.

²⁶¹ Vgl. Tóth, *Geschichte Ungarns*, S. 781.

²⁶² Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 5.

²⁶³ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 5.

²⁶⁴ Vgl. Halpern, Wyplosz, *The Hidden Hungarian Miracle*, S. 5-6.

²⁶⁵ Vgl. Tóth, *Geschichte Ungarns*, S. 781.

²⁶⁶ Vgl. Richter, *Im Würgegriff des Populismus*, S. 217.

²⁶⁷ Vgl. Tóth, *Geschichte Ungarns*, S. 781.

V. 3. Ungarns Wirtschaft im Aufschwung

Mitte der 90er Jahre gelang eine Trendwende in der Entwicklung Ungarns.²⁶⁸ Mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich vier Prozent wurde in Ungarn eine fortschreitende Annäherung in Richtung der westeuropäischen marktwirtschaftlichen Staaten Westeuropas eingeleitet. Das Pro-Kopf-Einkommen in Ungarn in Relation zum Pro-Kopf-Einkommen im EU-15 Durchschnitt stieg zwischen 1992 und 2004 von 45 auf 55 Prozentpunkte an. Verglichen mit anderen ehemaligen Oststaaten positionierte sich Ungarn damit im vorderen Bereich. Die Entwicklung ist positiver als beispielsweise in Polen (42%) oder der Slowakei (47%), die Resultate der Tschechischen Republik (63%) hingegen waren noch positiver.²⁶⁹

Weiteres Charakteristikum der ungarischen Wirtschaft der 90er Jahren war die Abhängigkeit von der Exportentwicklung. Der Mitte der 90er Jahre aufgetretene Wachstumsschub in der Wirtschaft kann dementsprechend durch einen Anstieg der Exporte erklärt werden. Weiters kann der kurze Einbruch der Exportentwicklung zwischen 2000 und 2004, ausgehend von einer Abkühlung der Exportmärkte, als Auslöser für das Stocken und den kurzweiligen Einbruch des realen Wachstums eingestuft werden. Eine stärkere Nachfrage auf dem Binnenmarkt konnte dies zwar abfedern, allerdings ist der Zusammenhang anhand folgender Statistiken immer noch erkennbar. Die im Statistikteil abgedruckten Statistiken 1 und 2 lassen die Verbindung zwischen Wachstum und Exportwachstum klar erkennen.²⁷⁰

Ausgehend von dieser besonderen Abhängigkeit von der Exportentwicklung erklärt sich die Wichtigkeit der europäischen Integration für das Wachstum und die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft. Die OECD kategorisiert Ungarn sogar als „supertrading economy“. Begünstigt wurde die Integration Ungarns indes durch umfangreiche Direktinvestitionen aus dem Ausland. Für die Entwicklung des ungarischen Exports war es sehr förderlich, dass die ungarische Wirtschaft durch die Abkommen mit der EU schon zu Beginn der 1990er Jahre Zugang zum Europäischen Binnenmarkt erhielt. Dadurch entwickelten sich die EU15 zu dem mit Abstand wichtigsten Absatzgebiet für die ungarischen Exporte.²⁷¹ Mit Abstand bedeutendster Handelspartner sowohl im Import als auch Export wurde Deutschland. Während die zurückgelegte Entfernung in Bezug auf die Exporte von 1994 bis 2004 recht konstant bei 1.500 Kilometer blieb, stieg die Entfernung der Importe bis 2004 stetig an und erreichte 2004 2.700 Kilometer.²⁷² Ungarn belieferte also eher im mittleren Entfernungsbereich.²⁷³ Die sektoralen Außenhandelsstrukturen veränderten sich seit der Wende grundlegend. In manchen Sektoren

²⁶⁸ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 357.

²⁶⁹ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 358.

²⁷⁰ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 358.

²⁷¹ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 358.

²⁷² Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 368-371.

²⁷³ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 367.

waren die Exporte rückläufig. So ging der Export von rohstoffintensiven Gütern stark zurück (1993 27% 2003 9,7 Prozent). Auch der Export der arbeitsintensiven Güter ging von 1993 26,7% auf 18,3% 2003 zurück. Des weiteren ging der Export der kapitalintensiven Güter in diesem Zeitraum von 10,4 auf 4,3 Prozent zurück.²⁷⁴ Man sieht, dass der früher maßgebende primäre Sektor in der Bedeutung stark zurückgegangen ist. Es muss aber festgehalten werden, dass mit den Bereichen Fleischerzeugung und Gemüse eine gute Spezialisierung im Lebensmittelbereich vorhanden ist. Bei den Importen in diesem Sektor zeigt sich um die Jahrtausendwende, dass Ungarn vor allem mineralische Rohstoffe aus Russland bezog. Der Industriegüterhandel stieg zwischen 1993 und 2003 um 20%, wobei die Warenbereiche sich sehr unterschiedlich entwickelten. Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge entwickelten sich viel stärker als andere Bereiche. Selbst innerhalb des am meisten wachsenden Bereiches kann allerdings eine differenzierte Entwicklung beobachtet werden.²⁷⁵ Am prominentesten war hier die Warengruppe Nachrichtentechnik. War sie Anfang der 90er Jahre noch relativ unbedeutend, machte sie 2003 schon mehr als 17% der Gesamtexporte aus.²⁷⁶

Diese Entwicklung war eng mit der Entwicklung der Direktinvestitionen verbunden. Die ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn sind ebenso sektoral ausgerichtet. Jene Bereiche, die besonders intensivem Exportwachstum unterlagen, profitierten von einem überproportional hohen Anteil an ausländischen Direktinvestitionen. Die Branchen, die aufgrund der hohen Dichte an ausländischen Direktinvestitionen maßgeblich für das emporgetriebene Wachstum waren, waren die Branchen des verarbeitenden Gewerbes, insbesondere der Maschinenbau, der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik. Aufgrund der auf die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen folgenden Privatisierung und der damit entstandenen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wurde Ungarn ab Mitte der neunziger Jahre zum attraktiven Wirtschaftsstandort und es gelang viele ausländische Firmen anzulocken. Dies wiederum begünstigte das Entstehen intraindustrieller Austauschbeziehungen.²⁷⁷

Generell kann, betrachtet man die Außenhandelsstruktur Ungarns, eine Verschiebung zugunsten technologisch anspruchsvollerer Güter innerhalb der Außenhandelspalette Ungarns beobachtet werden, die mit einem Bedeutungsverlust von rohstoffintensiven Exporten und Importen einherging.²⁷⁸ Während sich im Bereich der kapitalintensiven Güter eine wesentliche Verschlechterung abzeichnete, da sich der Exportanteil mehr als halbierte, entstand in Bezug auf die forschungsintensiven Güter

²⁷⁴ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 379.

²⁷⁵ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 375.

²⁷⁶ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 376-77.

²⁷⁷ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 377.

²⁷⁸ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 378.

sowohl auf Export-, als auch auf Importseite ein deutliches Übergewicht. Im Jahr 1993 fielen nur 36% der Exporte auf forschungsintensive Güter und im Jahr 2003 waren es schon 68%.²⁷⁹

Diese Entwicklung des ungarischen Außenhandels zeigt, dass den Unternehmen Ungarns in der technologischen Hierarchie der Weltmärkte des Europäischen Binnenmarktes ein Aufstieg gelang.²⁸⁰

V. 4. Ungarns Wirtschaft nach der Jahrtausendwende - Wachstum, Integration und Wirtschaftskrise

Die ungarische Wirtschaftsentwicklung nach der Jahrtausendwende war zuerst von Wachstum geprägt. Zwischen 2001 und 2006 betrug das Wirtschaftswachstum 4,2 Prozent. Einen Einbruch erlitt das Wachstum 2007 aufgrund der Wirtschaftskrise und schrumpfte auf ein Prozent. Die ungarische Wirtschaft erholte sich nur sehr langsam von der Wirtschaftskrise und das Wachstum stieg zwischen 2010 und 2012 nur relativ langsam von einem Prozent auf drei bis 3,5 Prozent.²⁸¹

Problematisch war im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts jedoch die Parteipolitik. Sie war geprägt von Populismus. Zwischen 1998 und 2002 waren erneut MSZP und SZDSZ an der Macht.²⁸² Da die Regierung unter anderem wegen eines Skandals rund um den Ministerpräsidenten Péter Medgyessy schon kurz nach der Wahl unter starken Druck geriet und sich das Klima vorerst nicht änderte, sah sie sich gezwungen, ihre unrealistischen Wahlversprechen tatsächlich zu erfüllen und vielmehr noch in gewissen Bereichen sogar zu übertreffen.²⁸³ So stiegen die Staatsausgaben aufgrund einer Lohn- und Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst um 50% und der Einführung eines 13. Monatsgehaltes enorm an. Obwohl die oppositionelle Fidesz das Vorgehen stark kritisierte, stimmte sie den Mehrausgaben im Parlament zu. Folge war eine Erhöhung des Lebensstandards auf Kosten einer katastrophalen Staatsverschuldung.²⁸⁴ Die Folgen der enormen Staatsverschuldung waren vorerst aufgrund der günstigen Lage auf den Kapitalmärkten, die äußerst günstige Kreditaufnahmen ermöglichten, nicht spürbar. Da 2006 jedoch erneut Wahlen anstanden, wurden die dringend notwendigen Reformen des Sozialsystems von der MSZP nicht durchgeführt, sondern im Gegenteil der Wahlkampf von 2006 mit noch großartigeren Versprechungen geführt. Die Fidesz versuchte im Wahlkampf die Regierung zu diskreditieren und versprach den Wählern eine weitere Verbesserung des Lebensstandards,

²⁷⁹ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 378-79.

²⁸⁰ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 380.

²⁸¹ Csaba, The Challenge of Growth, S. 32.

²⁸² Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 217.

²⁸³ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 218.

²⁸⁴ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 218.

obwohl dies aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes in Kombination mit der hohen Staatsverschuldung nicht realisierbar war.²⁸⁵

Die MSZP konnte sich 2006 erneut durchsetzen. Allerdings wurde bald klar, dass das Haushaltsdefizit erheblich größer war und die Wirtschaftslage weit schlechter als von Seiten der Regierung eingeräumt. Man kam nicht mehr daran herum, Reformen zu ergreifen, um die Verschuldung unter Kontrolle zu bringen, und Sparmaßnahmen wurden eingeleitet. Allerdings stießen diese auf wenig Zustimmung und die Tatsache, dass, wie von Ministerpräsident Gyurcsány in einer Rede eingeräumt, die Partei das Ausmaß der Verschuldung nicht offengelegt hatte, wurde von der Opposition als Grund dafür genommen, die Regierung und deren Korrekturmaßnahmen als illegitim einzustufen.²⁸⁶ Die Regierung hielt dennoch an den Sparmaßnahmen fest und behielt den Sparkurs bei.²⁸⁷ Staatsausgaben, die vorher verschleiert worden waren, wurden nun auch gegenüber der Europäischen Kommission offen gelegt und die Verluste von staatlichen Betrieben, wie beispielsweise der landesweiten Eisenbahngesellschaft MÁV, nicht länger verschleiert.²⁸⁸

Das Konsolidierungspaket der Regierung beinhaltete eine Kürzung von Ministerstellen sowie verschiedenste steuerrechtliche Änderungen, darunter die Einführung einer Solidarsteuer für Unternehmensgewinne in der Höhe von vier Prozent, eine Erhöhung der Körperschaftssteuer und eine Steuererhöhung bei Privateinkommen über 2.000 Euro monatlich. Hauptsächlich belastete man jedoch die breite Öffentlichkeit, da die Mehrwertsteuer von 15% auf 20% erhöht wurde. Weiters wurden staatliche Subventionen reduziert und nur mehr wenigen extrem bedürftigen Haushalten zugestanden. Mit diesem Sparkurs gelang eine Senkung des Haushaltsdefizites von über zehn Prozent des BIP im Sommer 2006 auf unter vier Prozent im Jahr 2008. Mit diesem Erfolg war man jedoch noch nicht zufrieden. Die Regierung plante weitere Reformen im Bereich der Gesundheits-, Bildungs- und Rentensysteme, um langfristig eine Neuverschuldung gering zu halten. Diese Reformen konnten jedoch nicht durchgeführt werden. Einerseits gelang es nicht, der Bevölkerung zu vermitteln, dass sie notwendig und wichtig waren, und andererseits herrschte innerhalb der Koalition teilweise Uneinigkeit, wenn es um Details der Reform ging. Größter Störfaktor war jedoch die oppositionelle Fidesz, die die Konsolidierung der Staatsfinanzen sowie die Reformen als unnötig und inakzeptabel einstufte und dies mittels aggressiver Demagogie der Bevölkerung zu vermitteln versuchte. Als Folge des Scheiterns der Regierung bei der Durchsetzung der Reformen im Rahmen eines Referendums im März 2008, zerbrach schließlich die Regierungskoalition.²⁸⁹

²⁸⁵ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 218.

²⁸⁶ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 218.

²⁸⁷ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 219.

²⁸⁸ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 219.

²⁸⁹ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 219.

Eine Verlangsamung des Wachstums auf weniger als ein Prozent brachte das Jahr 2007. Grund war weniger das Scheitern der Konsolidierung, sondern vielmehr das Sinken der Inlandsnachfrage. Die bereits durchgeführten Maßnahmen schienen zu greifen, da sich bereits in den ersten beiden Quartalen 2008 ein Aufschwung der ungarischen Wirtschaft abzeichnete. Dieser wurde allerdings Mitte 2008 durch die internationale Finanzkrise rasch beendet.²⁹⁰

Die Krise traf Ungarn trotz der kurzfristig positiven Entwicklung 2007 und 2008 hart. Aufgrund heftiger Wechselkursschwankungen in Bezug auf den Ungarischen Forint, brach der Markt für ungarische Staatsanleihen vollständig zusammen und die Prämien für eine Kreditausfallversicherung für die Anleihen schossen in die Höhe. Da man zur Refinanzierung der hohen privaten und öffentlichen Auslandsverschuldung von 114% des BIP auf neue Anleihen angewiesen war, drohte der Staatsbankrott.²⁹¹ Die Zahlungsunfähigkeit konnten nur durch ein Hilfspaket im Ausmaß von 20 Millionen Euro abgewendet werden. Dieses beinhaltete eine Bereitschaftskreditvereinbarung des Internationalen Währungsfonds über 12,5 Milliarden Euro, 6,5 Milliarden Euro von der EU und eine Milliarde Euro von der Weltbank.²⁹²

Eine Bedingung für den Stand-by-Vertrag mit dem IWF war die Senkung des Haushaltsdefizits auf 2,6 Prozent des BIP bis 2009. Da jedoch sowohl die Wirtschaft der wichtigsten Handelspartner unter der Krise litt, als auch die Inlandsnachfrage schwach ausgeprägt war, wurde bald klar, dass das BIP stärker als wie angenommen (um 0,9 Prozent) schrumpfen würde und durch die damit verbundenen geringeren Staatseinnahmen auch das Defizit nicht realisierbar sein würde.²⁹³

Diesem Umstand war es geschuldet, dass 2009 weitere Sparmaßnahmen von der Übergangsregierung ergriffen werden mussten. Dies beinhaltete eine Abschaffung des 13. Monatsgehaltes, eine Renteneinsparung sowie eine Anhebung des Rentenalters von 62 auf 65 Jahre und eine Senkung des Krankengeldes. Weiters wurde die Mehrwertsteuer um weitere fünf Prozent erhöht. Diese Maßnahmen bewirkten eine im Vergleich zu anderen EU-Staaten sehr geringe Neuverschuldung von 4,5 Prozent. In Bezug auf das Haushaltsdefizit folgte die Verbesserung erst 2009, führte aber dazu, dass sich die Regierung bereits 2009 wieder an den internationalen Kapitalmärkten refinanzieren konnte. Aufgrund einer positiven Entwicklung der Zinsen für die Staatsanleihen, musste Ungarn keine weiteren Mittel vom IWF, der EU oder der Weltbank mehr beanspruchen.²⁹⁴

²⁹⁰ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 220.

²⁹¹ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 220.

²⁹² Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 220.

²⁹³ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 220.

²⁹⁴ Vgl. Richter, Im Würgegriff des Populismus, S. 220.

V. 5. Neueste Entwicklungen seit 2010

V. 5. a) Machtübernahme durch die FIDESZ

In Bezug auf die seit 2010 regierende Partei und deren Maßnahmen ist eine einheitliche Bewertung aufgrund der Aktualität und der verschiedenen, in der Literatur vertretenen Ansichten schwierig.

Der ungarische Autor Péter Àkos Bód geht in seinem Artikel "The Unloved Hungarian Capitalism" auf den Grund für den Richtungswechsel in Ungarn seit 2010 unter Viktor Orbán ein. Aufgrund der positiven Aufnahme von Orbáns Politik in der Bevölkerung, insbesondere des Versprechens einer neuen Revolution und einer Abgrenzung von der Politik der zwei Jahrzehnte davor, argumentiert Bód, dass die Wähler sich allgemein nicht mit dem Regime identifizierten, welches Orbán so konsequent ablehnte.²⁹⁵ Bód räumt ein, dass die kritische Stimmung gegenüber der Marktwirtschaft seit der Wirtschaftskrise von 2008 in ganz Europa vorherrschte, argumentiert aber, dass in Ungarn diese Ablehnung und Kritik gegenüber dem Kapitalismus besonders ausgeprägt war.²⁹⁶ Den Grund dafür sieht er in der ungarischen Geschichte, insbesondere im Ablauf und dem Ergebnis des Transformationsprozesses nach der Wende 1989/1990. Er argumentiert, dass insbesondere die Ansicht, Ungarn sei aufgrund der dort zuvor durchgeführten marktliberalisierenden Maßnahmen in einer besseren Ausgangsposition gewesen als andere Staaten, sich nicht vollends bewahrheitet habe.²⁹⁷ Vorteil des schon zuvor reformierten Sozialismus waren beispielsweise der Kontakt mit ausländischen Einflüssen und die Erfahrung im Umgang mit den Preisbildungsmechanismen des Marktes sowie mit Geld, Steuern, Buchhaltung und anderen Marktinstitutionen. Die Reformen der 1980er Jahre führten weiters zu weniger Knappheiten in Bezug auf Waren, insbesondere Lebensmitteln. Ein wesentlicher Nachteil war das Unvermögen der ungarischen Wirtschaft, ihre Waren in einem auf Konkurrenz aufgebauten Markt Westeuropas zu verkaufen und somit das unverhältnismäßige Ansteigen von Importen aus dem Westen. Folge davon war ein erhebliches Außenhandelsdefizit.²⁹⁸ Die wirtschaftlichen Entwicklungen und Maßnahmen nach der Wende wurden im Rahmen der Arbeit bereits diskutiert. Im Wesentlichen sieht Bód das Problem und den Grund für die negative Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Politik in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Wende in dem vermehrten Zurückgreifen der Regierung auf ausländische Kapitalgeber zur Behebung der Defizite im Budget.²⁹⁹ Die Regierungszeit von Orbán zwischen 1998 und 2002 bewertet Bód durchaus positiv und erwähnt Maßnah-

²⁹⁵ Bód, Unloved Hungarian Capitalism.

²⁹⁶ Bód, Unloved Hungarian Capitalism

²⁹⁷ Bód, Unloved Hungarian Capitalism

²⁹⁸ Bód, Unloved Hungarian Capitalism

²⁹⁹ Bód, Unloved Hungarian Capitalism

men wie die Verhinderung weiterer Privatisierungen und die Unterstützung lokaler Unternehmen und sieht darin den Versuch einer "patriotic economic policy".³⁰⁰ In Bezug auf die Situation vor den Wahlen 2010 führt Bód aus, dass die Bevölkerung in Ungarn mit dem Resultat der Wende unzufrieden war, was er mit einer Studie aus 2009 belegt. Weiters argumentiert er, dass die Regierung in den Jahren vor den Wahlen viel an Popularität verlor. Grund für diesen Verlust von Popularität der Regierung waren Skandale in Bezug auf Machtmissbrauch von Polizisten gegen Demonstranten und vermehrte Beweise für systematische Korruption. Zudem traf die Finanzkrise Europa besonders hart.³⁰¹

Bód geht auch auf die Maßnahmen ein, die die Regierung unter Orbán unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt 2010 durchführte. Sie nutzte die absolute Mehrheit für unkonventionelle wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen, die insbesondere vom Ausland kritisiert und als populistisch verurteilt wurden. Dazu gehörte der Einkauf der Regierung in die vormals privatisierte MOL sowie die Besteuerung von ausländisch dominierten Sektoren (Finanzen und Telefon). Bód sieht diese Maßnahmen durchaus positiv und bezeichnet manche als Korrektur einer katastrophalen Misswirtschaft der vorherigen Regierungen und als Reaktion auf die Erwartung der Wähler.³⁰² Insgesamt geht Bód sehr kritisch mit der sozialistisch-liberalen Regierung um, die einen Großteil der ersten 20 Jahre nach der Wende das Land regierte. Er schreibt beispielsweise, die ungarische Öffentlichkeit habe genug von der "leave it to the market" Einstellung der nur nominell sozialistischen und im Grunde in die eigene Tasche wirtschaftenden Politiker, die das Land insgesamt zwölf Jahre lang regierten.³⁰³

Die Machtübernahme Orbáns wird von einem anderen ungarischen Ökonomen, nämlich János Kornai, anders und eher negativ bewertet. In seinem "Hungary's U-Turn" argumentiert er, dass in Ungarn mit der Machtübernahme der Fidesz und Orbáns eine verglichen zu anderen ehemals sozialistischen Staaten einzigartige Entwicklung stattgefunden habe.³⁰⁴ Während andere Staaten sich stark in Richtung Marktwirtschaft sowie Rechtsstaatlichkeit und Privateigentum entwickeln, sieht er in Ungarn eine entgegengesetzte Entwicklung. Kornai geht sogar soweit, dass er meint, die bis 2010 in Ungarn etablierte Demokratie werde unter der Regierung Orbán systematisch zerstört.³⁰⁵ Kornai weist zur Untermauerung daraufhin, dass die Gewaltenteilung durch die Maßnahmen der Regierung teilweise aufgehoben wurde. Zudem bewertet er die enorm hohe Anzahl an neuen Gesetzen, die zwischen 2010 und 2014 beschlossen wurden, als problematisch und argumentiert, dass die von der Regierung beschlossene neue Verfassung, die offiziell "Fundamental Law" genannt wurde, dazu die-

³⁰⁰ Bód, *Unloved Hungarian Capitalism*

³⁰¹ Bód, *Unloved Hungarian Capitalism*

³⁰² Bód, *Unloved Hungarian Capitalism*

³⁰³ Bód, *Unloved Hungarian Capitalism*

³⁰⁴ Vgl. Kornai, *Hungary's U-Turn*, S. 3.

³⁰⁵ Vgl. Kornai, *Hungary's U-Turn*, S. 3.

nen würde, die Institution des Rechtsstaates zu schwächen bzw. auszuhebeln, und allein den Zwecken der Machthaber zuarbeiten.³⁰⁶

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung sieht Kornai den Richtungswechsel weniger schwerwiegend. Im Wesentlichen zeichnet sich Orbáns Politik in diesem Bereich durch ein verstärktes Eingreifen des Staates in Marktmechanismen und den Versuch, diese gänzlich zu steuern, aus. Damit meint Kornai, dass der Markt nicht vollständig außer Kraft gesetzt wird, sondern vielmehr von der Partei bestimmt wird, wer eine günstige Position auf dem Markt erhält bzw. behält. In diesem Zusammenhang habe sich laut Kornai der Begriff der "near-to-Fidesz company" in der ungarischen Sprache etabliert. Diese Firmen sind nicht in Staatseigentum, sondern werden von Günstlingen, Freunden oder Verwandten des Regimes kontrolliert oder geführt.³⁰⁷ Wenngleich Kornai einräumt, dass diese Art von Korruption durchaus häufig und in vielen Staaten zu finden sei, argumentiert er, dass das Problem in Ungarn deshalb so gravierend sei, weil der Staat nicht versuche, dem entgegenzuwirken, sondern vielmehr diesen Mechanismus aktiv fördere und unterstütze.³⁰⁸ Weiteres Markenzeichen der Wirtschaftspolitik ist nach Kornai die hohe Besteuerung der Firmenprofite, während die Besteuerung auf individuelle Gewinne und Einkommen herabgesetzt wurde. Allerdings wurde die Reduktion so gestaltet, dass vor allem die Großverdiener profitieren und die Besteuerung der Firmen wirke sich indirekt auf die Haushalte aus, dass die Firmen die Steuerbelastung teilweise über die Preisgestaltung beim Konsumenten abwälzen würden.³⁰⁹ Weiteres wichtiges Instrument für die Politik Orbán ist Kornai zufolge das massive Eingreifen des Staates in die Mechanismen des Marktes, insbesondere die Preisgestaltung. Diese, wenngleich immer notwendigen Eingriffe werden anders als sonst jedoch nicht im öffentlichen Interesse, sondern allein im Interesse der herrschenden politischen Elite durchgeführt, was Kornai zufolge extrem negative Auswirkungen auf die Wirtschaft habe.³¹⁰ Dementsprechend stuft er die marktwirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung nicht als Versuch der Rückkehr zum sozialistischen System ein, vielmehr sieht er die Wirtschaftspolitik Orbáns als Instrumentalisierung des Kapitalismus für die Interessen der herrschenden Elite und zur Bewahrung existierender Machtstrukturen.³¹¹

Abschließend kann man sagen, dass es sich bei den beiden dargestellten Positionen um die zwei in der ungarischen Literatur und Wirtschaftstheorie vorherrschenden Extrempole handelt. Beide Autoren argumentieren ihren Standpunkt teilweise gut. Während Bód seine Argumentation historisch zu untermauern versucht und insbesondere die vor Orbán acht Jahre lang an der Macht gewesene so-

³⁰⁶ Vgl. Kornai, Hungary's U-Turn, S. 3-4.

³⁰⁷ Vgl. Kornai, Hungary's U-Turn, S. 7.

³⁰⁸ Vgl. Kornai, Hungary's U-Turn, S. 7.

³⁰⁹ Vgl. Kornai, Hungary's U-Turn, S. 8.

³¹⁰ Vgl. Kornai, Hungary's U-Turn, S. 8.

³¹¹ Vgl. Kornai, Hungary's U-Turn, S. 9.

zialistische Partei in ein schlechtes Licht zu rücken versucht, argumentiert Kornai abstrakter und unabhängig von der Politik der vorherigen politischen Kräfte. Während Bód meiner Ansicht nach der Regierung und den Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu wenig Misstrauen entgegenbringt, fokussiert sich Kornai stark auf die Ansicht, dass die neue Regierung nur ihrem eigenen Interesse diene. Diesen Vorwurf findet man bei Bód wiederum in Bezug auf die Vorgängerregierung. Zweifelsohne sind einige von der Regierung Orbán gesetzte Maßnahmen demokratiepolitisch bedenklich.

V. 5. b) Wirtschaftslage

Wie im OECD-Bericht zu Ungarn aus dem Jahr 2016 aufgezeigt, befindet sich die ungarische Wirtschaft wieder im Aufschwung. Grund dafür ist, dass das Defizit im Staatshaushalt in einen Überschuss umgewandelt werden konnte und die Kredite in ausländischer Währung entscheidend reduziert wurden. Dennoch konnte das Level des realen GDB erst 2015 das Niveau von vor der Krise übertreffen und Ungarn ist, betrachtet man das Pro-Kopf-Einkommen, unter den niedrigsten Ländern in der OECD.³¹² Die im Statistikteil enthaltene Abbildung "Income levels are still low" illustriert das geringe Niveau des Pro-Kopf-Einkommens in Ungarn im Vergleich zu anderen Staaten.³¹³

Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft seit 2012 durchaus positiv. Die Wirtschaft wuchs signifikant gestützt durch einen Anstieg der Exporte und die Wirtschaftspolitik. Die damit verbundenen neuen Arbeitsplätze haben dazu geführt, dass die Beschäftigung sich auf dem Höhepunkt der letzten zwei Jahrzehnte befindet und die Arbeitslosenrate um mehr als ein Drittel reduziert werden konnte.³¹⁴ Dies ist teilweise der Erweiterung von öffentlichen Beschäftigungsprogrammen geschuldet. Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt konnte ebenfalls seit 2011 gesenkt werden, wie in der Abbildung "Macroeconomic imbalances are failing" (enthalten im Statistikteil zu diesem Abschnitt) dargestellt. Ein neues Gesetz, durch welches die Banken gezwungen wurden, die in ausländischer Währung aufgenommenen Kredite privater Haushalte, vor allem Hypotheken, in die inländische Währung zu konvertieren, bewirkte eine Reduzierung des finanziellen Risikos. Der Anteil an Fremdwährungskrediten an der Staatsverschuldung wurde ebenso um ein Drittel reduziert.³¹⁵

Wenngleich auch die Verteilung der Einkommen, insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung von Armut durch das Steuersystem in Ungarn sehr gut entwickelt ist, gibt es Bereiche, in denen Ungarn schlechter dasteht. Dies hängt mit den niedrigen Einkommen und einem Fehlen an leistbarem Wohn-

³¹² Vgl. OECD-Bericht, S. 14.

³¹³ Vgl. OECD-Bericht, S. 15.

³¹⁴ Vgl. OECD-Bericht, S. 14.

³¹⁵ Vgl. OECD-Bericht, S. 14.

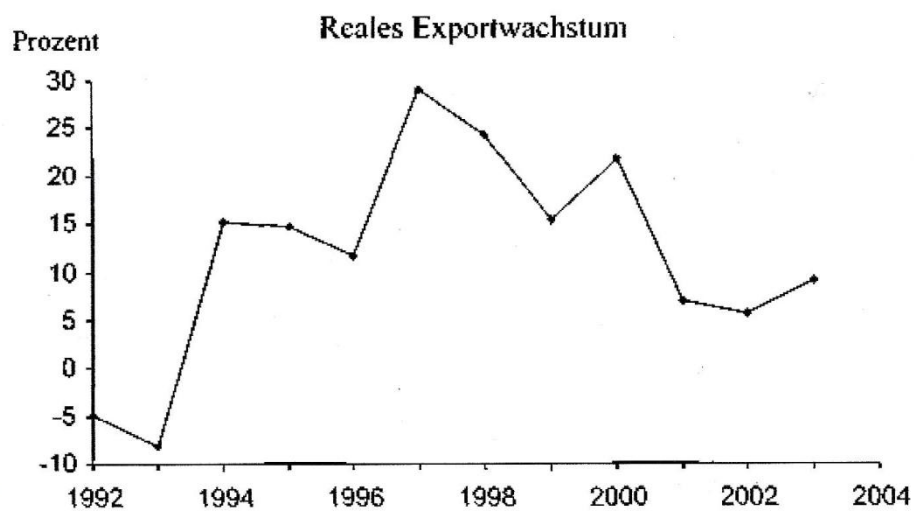
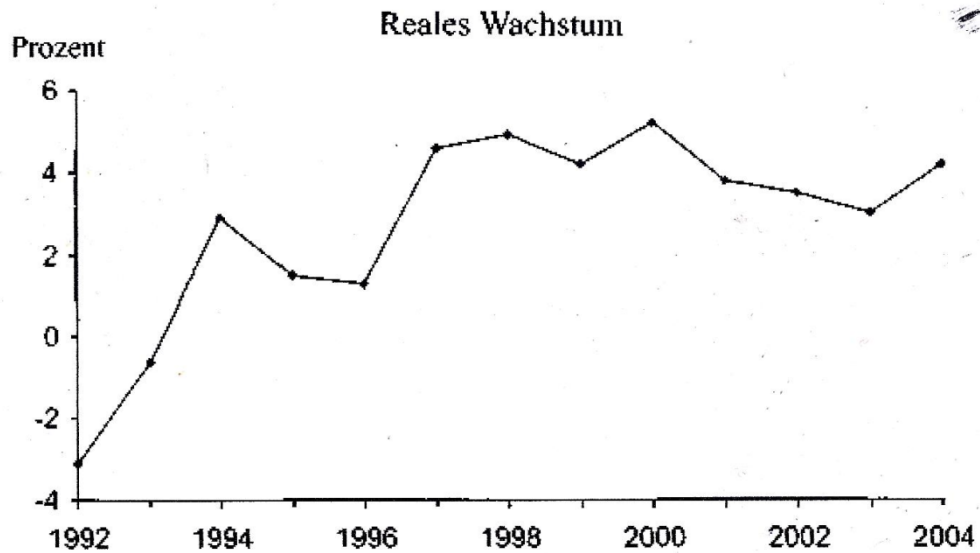
raum zusammen.³¹⁶ Dieses Bild ist in Übereinstimmung mit den UN Sustainable Development Goals für Ungarn.³¹⁷

³¹⁶ Vgl. OECD-Bericht, S. 15.

³¹⁷ Vgl. OECD-Bericht, S. 15.

V. 6.Statistiken

Abbildungen 1 und 2: Reales Wachstum und reales Exportwachstum in Ungarn zwischen 1992 und 2004³¹⁸



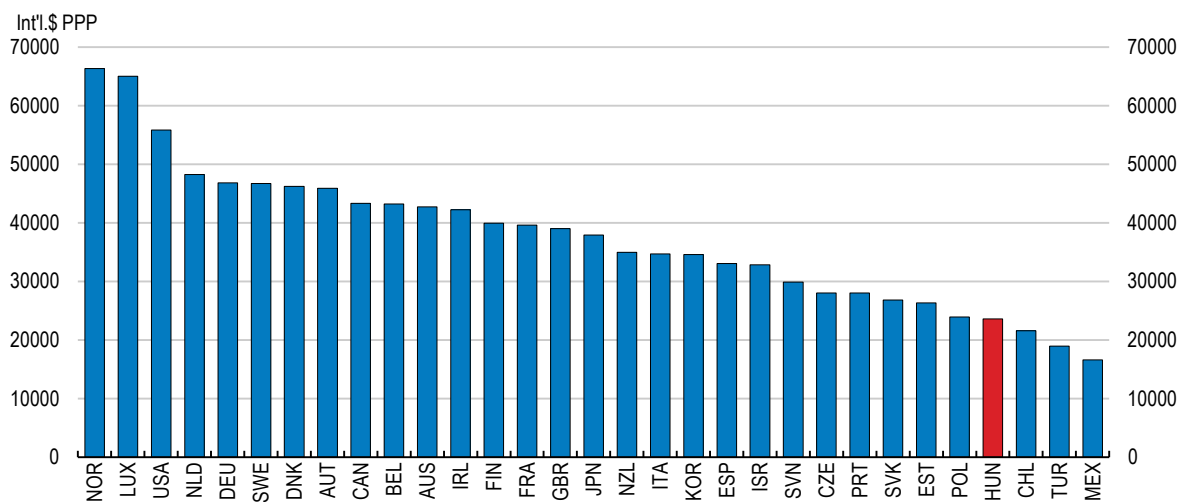
Quelle: Eurostat (2004a, 2005); Központi Statisztikai Hivatal (1998, 2005a); OECD (2005); eigene Darstellung.

³¹⁸ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 359.

Abbildung 3: Einkommensniveau in Ungarn³¹⁹

Figure 2. Income levels are still low

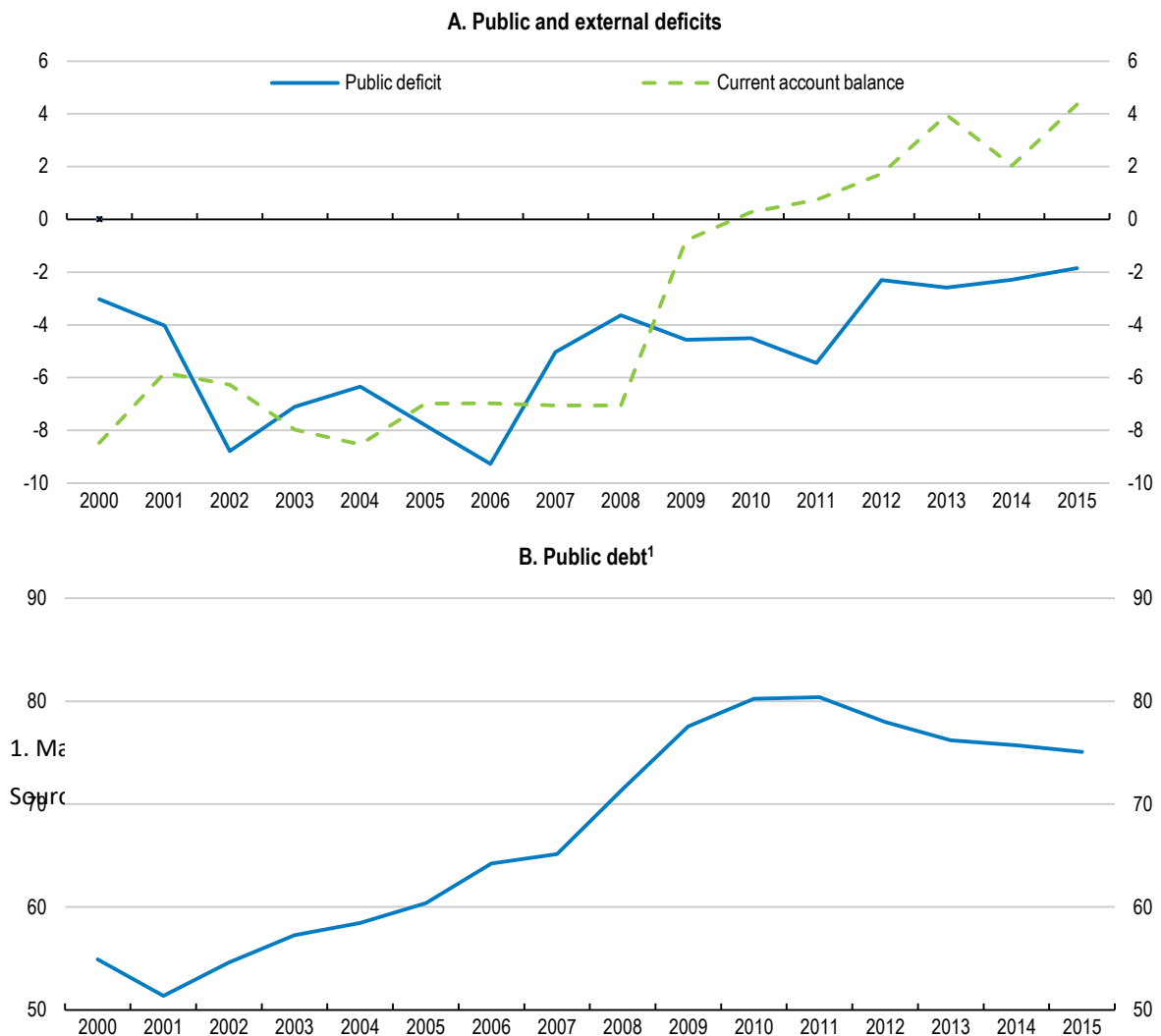
GNI per capita, 2014



³¹⁹ Vgl. Laaser; Schrader, Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, S. 359.

Abbildung 4: Außenhandelsdefizit und Staatsverschuldung³²⁰

As a percentage of GDP



³²⁰ Vgl. OECD-Bericht, S. 17.

VII. Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn auf dem Energiesektor anhand des Fallbeispiels MOL/OMV

VII. 1. Kurzer Abriss der Entwicklung der beiden Mineralölkonzerne OMV und MOL

Im Folgenden soll ein kurzer Abriss der Entwicklung jener beiden Unternehmen, die im Fallbeispiel die zentrale Rolle spielen, gegeben werden. Betrachtet man die Bedeutung und Entwicklung der beiden Unternehmen, ist klar, warum der Übernahmeversuch nicht nur für die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn, sondern für den gesamten zentralosteuropäischen Bereich von Bedeutung ist. Weiters ergibt sich daraus einer der Gründe für das sehr intensive Engagement und Einschreiten der Kommission in Bezug auf die versuchte Übernahme der MOL durch die OMV. Letztlich zeigt das Fallbeispiel sehr gut, wie stark die europäische Dimension seit dem EU-Beitritt für die österreich-ungarischen Beziehungen geworden ist und wie stark sich die europäische Politik und Integration auf die Mitgliedsstaaten und ihre Wirtschaft auswirkten.

VII. 1. a) Historischer Abriss der OMV-Konzerngeschichte

Die OMV ist Europas zweitgrößtes Unternehmen auf dem Energiesektor und Österreichs gewinnbringendstes Unternehmen. Sie ist in der ganzen Welt tätig und vereint verschiedenste Bereiche des Energiesektors. Neben Upstream und Downstream-Unternehmungen im Bereich der Förderung, dem Transport und dem Raffineriewesen sind Marketing, Verteilung und Verkauf an die Endabnehmer Teil des operativen Geschäftes des Konzerns. Seit 2007 ist die OMV im Bereich der Elektrizität ebenfalls tätig. Die OMV ist das führende Energieunternehmen in Zentralosteuropa und als solches wichtiger Faktor im Bezug auf die europäische Energiesicherheit.³²¹

Das Unternehmen wurde am 3. Juli 1956 unter dem Namen Österreichische Mineralverwaltung Aktiengesellschaft (ÖMV AG) als Nachfolger der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) gegründet. Dies ist Grund dafür, dass das junge Unternehmen einen recht schwierigen Start hatte. Einerseits war die SMV bei Übernahme verschuldet und andererseits mussten teilweise sehr hohe Ablöseleistungen für den Bezug von Öl aus dem Matzener Feld an die UdSSR geleistet werden. Weiters waren die Or-

³²¹ Smith, OMV: A Case Study of an Austrian Global Player, S. 161.

ganisationsstruktur unwirtschaftlich aufgebaut, die Technologie teilweise veraltet und Umweltschutzmaßnahmen nicht eingehalten worden. 1965 entschied das österreichische Parlament sich dafür, die ÖROP (Österreich-Russische-Mineralöl-Verwaltung, später ELAN) und MARTHA in die OMV zu integrieren, womit die OMV aktiv in den Mineralöl-Produktenvertrieb einsteigt. Dies war ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der OMV zum wettbewerbsfähigen Mitspieler auf dem europäischen Energiemarkt.³²² Aufgrund der steigenden Nachfrage reichte das nationale Ölvorkommen allerdings bald nicht mehr aus, und die OMV begann zu expandieren. In diesem Zusammenhang steht die Fertigstellung der Raffinerie in Schwechat, die die nötigen Kapazitäten brachte. In den 1960er Jahren stillte man die steigende Nachfrage vor allem durch Ölimporte aus der Sowjetunion, Jugoslawien und Bulgarien. 1967 beteiligte sich die OMV am Bau der Adria-Wien Pipeline (AWP), um die Raffinerie in Schwechat zu versorgen. Die Schaffung dieser Pipeline und die damit verbundenen Verträge werden als Wendepunkt in der Unternehmensentwicklung betrachtet und als Startpunkt für die Bedeutung der OMV auf dem österreichischen und zentraleuropäischen Energiemarkt von heute. In den späten 1960er Jahren beteiligte man sich an einem Konsortium europäischer Ölonternehmen zur Förderung von Öl im Iran.³²³

1968 wurde erstmals ein Erdgasliefervertrag mit der UDSSR abgeschlossen. Mit diesem Deal wendete sich die OMV dem Erdgasmarkt zu. Die Vereinbarung wurde durchaus zwiespältig gesehen. Eine Kooperation mit dem "kommunistischen Feind" während des Kalten Krieges war durchaus umstritten. Die OMV setzte damit einen Präzedenzfall, der anderen westeuropäischen Firmen ein Fenster hin zum russischen Erdgas eröffnete. So schloss beispielsweise die wichtigste deutsche Gasfirma, die Ruhrgas, nur zwei Jahre später einen ähnlichen Deal mit Moskau ab, der in den Räumlichkeiten der OMV in Wien ausverhandelt wurde.³²⁴ 1985 stieg die OMV in das Internationale E & P- Geschäft mit einer Beteiligung in Libyen und der Gründung der OMV Libya ein. Ein Jahr später wurde die Deutsche Marathon Petroleum GmbH erworben und 1987 die Raffinerie Burghausen.³²⁵

1987 wurde erstmals der Weg in Richtung Privatisierung durch das Anbieten von 15% des Grundkapitals an der Börse unternommen. 1989 folgt die Platzierung weiterer zehn Prozent des Grundkapitals an der Börse und die Polymere GmbH wird übernommen. Diese sollte dann später Teil der Borealis Gruppe werden.³²⁶ 1990 wurde die erste ÖMV Tankstelle in Österreichs in Betrieb genommen. 1991 folgt der Einstieg in das internationale Tankstellengeschäft im Zuge der Eröffnung von OMV-Tankstellen zuerst in Ungarn und später dann auch in Tschechien, der Slowakei, Deutschland und

³²² Smith, OMV: A Case Study of an Austrian Global Player, S. 161.

³²³ Smith, OMV: A Case Study of an Austrian Global Player, S. 162.

³²⁴ Smith, OMV: A Case Study of an Austrian Global Player, S. 163.

³²⁵ Spilka, Markteintritt in Rumänien, S. 58.

³²⁶ Spilka, Markteintritt in Rumänien, S. 58.

Italien. 1994 kauft die IPIC (Abu Dhabi) 19,6% des ÖMV Grundkapitals. 1996 erfolgt die Platzierung weiterer 15% des Grundkapitals an der Börse.³²⁷

2000 kauft die OMV zehn Prozent des ungarischen Mineralölkonzern MOL.³²⁸ Im Jahr 2001 fand einerseits eine Expansion der Explorationsgebiete in Jemen, Iran und Irland statt und die OMV Erdgas wurde eigenständig. 2002 akquirierte die OMV 25,1% der Rompetrol Group. 2003 wurden weitere Anteile von 45% am Bayernöl-Raffinerieverbund und 18% an der Trans-Alpine-Pipeline erworben, sowie das internationale Geschäft der Preussag Energie übernommen. Das Tankstellennetz der OMV wurde ebenso weiter ausgebaut beziehungsweise ausgeweitet. 2004 wurde die rumänische PETROM übernommen.³²⁹ 2006 kam es zu einer Erweiterung des Tankstellengeschäfts bis in die Türkei durch den Kauf von Petrol Ofisi. 2010 konnte mit einer Produktion von 15,4 Millionen barrel jährlich das höchste Produktionsniveau seit 1980 erreicht werden. 2013 beteiligte sich die OMV an der norwegischen Stratoil.³³⁰

VII. 1. b) Historischer Abriss der MOL-Konzerngeschichte

Die MOL plc. wurde 1991 von der ungarischen Regierung als Nachfolgeorganisation der OKGT (National Crude Oil and Gas Trust) gegründet.³³¹ Bis 1993 befand sich die MOL komplett im Staatseigentum. 1993 wurden acht Prozent der Anteile verkauft und Investoren aus dem In- und Ausland erwarben Anteile an dem Konzern. Grundsätzlich waren die ersten Jahre nach der Wende durch Vorbereitungen zur Privatisierung der MOL geprägt. Die Privatisierung war ein wichtiges Anliegen der neuen Regierung. Die Erdölindustrie nahm eine Sonderposition ein, da sie einerseits gesamt betrachtet defizitär war, andererseits aber einige sehr wertvolle und gewinnbringende Vermögenswerte beinhaltete³³². Dementsprechend groß war das Interesse internationaler Investoren an den gewinnbringenden Sektoren des Konzerns. Man entschied sich aber gegen einen Verkauf einzelner Vermögenswerte und schuf ein unabhängiges Öl- und Gasunternehmen. Die MOL wurde zum Aushängeschild der neuen ungarischen Marktwirtschaft. Der Einzelhandelssektor wurde etwas anders gehandhabt. Hier wurden sowohl der Markt als auch die Preissetzung liberalisiert und ausländische Investoren fassten früh Fuß. Diese Joint-Ventures basierten auf einem Austausch von dem durch die ausländische Fir-

³²⁷https://www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Privatkunden/ueber_OMV/Konzerninformation/Geschichte (8.1.2017)

³²⁸ Spilka, Markteintritt in Rumänien, S. 58.

³²⁹ Spilka, Markteintritt in Rumänien, S. 58.

³³⁰https://www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Privatkunden/ueber_OMV/Konzerninformation/Geschichte (8.1.2017)

³³¹ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 60.

³³² Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 61.

men zur Verfügung gestellten Wissen und dem Handling der Behördenwege gegen die notwendigen Liegenschaften, die im Besitz der ungarischen Partner waren. Wichtiger Vorbereitungsschritt für die Privatisierung war weiters die Optimierung der Unternehmensführung und der Organisationsstrukturen innerhalb des Unternehmens.³³³

Zentraler weiterer Schritt in der Entwicklung war die 1995 erfolgte Umgründung der MOL in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Platzierung von 76% der Aktien an der Budapester Börse. Dieser Entwicklung war ein neues Privatisierungsgesetz der ungarischen Regierung, vorangegangen. Die restlichen 33% der Aktien blieben in Regierungseigentum. Die Versuche der Regierung insbesondere im Bereich der Personalplanung und auf die Steuerpolitik Einfluss zu nehmen, führten vermehrt zu Spannungen und Veränderungen im Bereich des Unternehmensmanagements.³³⁴ Mitte der 90er Jahre begann das Unternehmen, bedingt durch inländische Konkurrenz und überregionale Rivalitäten, ins Ausland zu exportieren. Die Expansion nach Rumänien verlief erfolgreich, während in Kroatien und der Ukraine die gesetzlichen Bedingungen die Erweiterung eher schwierig gestalteten. Weiteres Element der neuen Unternehmenspolitik war die Erweiterung der Rohstoffquellen durch den Erwerb von Bohrlizenzen in Ländern wie Tunesien, Albanien, Syrien oder Pakistan.³³⁵

Die Unternehmenspolitik der MOL nach der Jahrtausendwende war weiterhin vom Bestreben nach Wachstum geprägt. Dies erforderte aber einen Ankauf von Anteilen an anderen Unternehmen im Energiebereich. Man war gezwungen hier rasch zu handeln, da einerseits die MOL durch ihren Erfolg das Interesse ausländischer und internationaler Energiekonzerne erweckte, die sich einkaufen wollten und andererseits die Unternehmen in den Nachbarregionen Ungarns, in die sich die MOL eventuell einkaufen wollte, immer mehr selbst Ziel von Expansionsvorhaben eben dieser ausländischen Firmen wurden. Die OMV beispielsweise kaufte gemeinsam mit Shell beinahe alle in der Region von großen Firmen abgestoßenen Tankstellen auf.³³⁶ Die MOL entschied sich für einen Merger mit der slowakischen Slovnaft. Die MOL hatte nach einem Austausch von Aktien 2002 68% der Slovnaft erworben während die Slovnaft im Gegenzug zehn Prozent der MOL Aktien innehatte.³³⁷ In Kroatien engagierte sich die MOL ebenso. Anders als in der Slowakei handelte es sich bei der dort tätigen INA allerdings um ein Unternehmen mit großer Tradition. Die MOL erwarb hier im Zuge der Privatisierung 25% der INA Anteile und 2008 wurde die MOL Hauptaktionär der INA.³³⁸ Weiters konnte die MOL 2010 100% der Anteile der kroatischen Tifon erwerben.³³⁹ In Serbien waren die Expansionsversuche des ungarischen Unternehmens weniger erfolgreich. Obwohl man 2003 ein Angebot für 80% der

³³³ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 62.

³³⁴ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 63.

³³⁵ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 63.

³³⁶ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 65.

³³⁷ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 69.

³³⁸ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 72.

³³⁹ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 73.

Anteile der führenden serbischen Ölfirma der Beopetrol machte, entschied sich die serbische Regierung für den Verkauf an das russische Konkurrenzunternehmen LUKOIL. In der Folge gelang es nicht, weitere Anteile an Firmen zu erwerben, die MOL eröffnete aber in Serbien vereinzelt Tankstellen.³⁴⁰

In Bosnien-Herzegowina kam es 2006 zur Privatisierung des führenden staatlichen Unternehmens Energopetrol. Interessant ist hier, dass die MOL gemeinsam mit der INA auftrat und die beiden Unternehmen somit als INA-MOL Konsortium 67% der Anteile sichern konnten.³⁴¹ 2007 erwarb die MOL 100% des kroatischen Unternehmens Tifon und 100% der IES, einem italienischen Ölraffinerie- und vermarktungsunternehmen.³⁴² 2008 erwarb die MOL weitere 22,15% Anteile an der kroatischen INA.³⁴³

VII. 2. Konkurrenten auf dem Energiesektor: die MOL und die OMV

Die Übernahmebestrebungen der OMV an der MOL begannen im Jahr 2007 und das Ende des Machtkampfes dieser beiden Unternehmen kann mit 2009 datiert werden. In diesem Jahr verkaufte die OMV ihre Anteile an der MOL an die russische Surgutneftegaz.³⁴⁴ Die Tragweite des Übernahmeversuches nicht nur für die beiden betroffenen Unternehmen und Staaten ist ersichtlich, wenn man bedenkt, dass es sich bei OMV und MOL um die beiden größten Energieunternehmen im zentraleuropäischen Energiesektor handelt.³⁴⁵ Im folgenden Abschnitt der Arbeit werde ich versuchen, den Übernahmeprozess in seinen verschiedenen Stadien zu beschreiben und auf die internationale bzw. österreichische Berichterstattung dazu eingehen. Im Zuge der Analyse will ich versuchen, ebenso die europäische Perspektive in Bezug auf den zentraleuropäischen Energiemarkt näher zu beleuchten.

VII. 2. a) Übernahmeversuch der OMV und Gegenmaßnahmen der MOL

Im September 2007 verkündete die Unternehmensführung der OMV in einer öffentlichen Erklärung die Absicht zum Zusammenschluss von OMV und MOL. Diese Absichtserklärung entsprach keinem legalen Offert für die MOL.³⁴⁶ Dennoch wurden in dieser Erklärung Angebote zum Kauf von MOL-

³⁴⁰ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 73/74.

³⁴¹ Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational, S. 74.

³⁴² Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 639.

³⁴³ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 640.

³⁴⁴ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 4.

³⁴⁵ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 633.

³⁴⁶ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5.

Aktien gemacht und eine Prämie von 44% über dem geltenden Aktienkurs versprochen.³⁴⁷ Bedingung für den Bezug der Prämie von Seiten der OMV war allerdings die Bereitschaft der MOL, der OMV die Kontrolle über das Unternehmen zuzugestehen. Insbesondere sollte die im Gründungsvertrag des Unternehmens verankerte spezielle Bestimmung, die vorschrieb, dass Aktionäre nicht mehr als zehn Prozent Stimmrecht ausüben dürften, selbst wenn der Wert der von ihnen gehaltene Anteile zehn Prozent überstiege, geändert werden.³⁴⁸

Schon im Vorfeld war das Verhältnis zwischen den beiden Unternehmen angespannt und von gegenseitiger Konkurrenz geprägt. Wenngleich die Firmen im Bezug auf das Nabucco Pipeline-Projekt zusammenarbeiteten, waren sie aufgrund konkurrierender starker Interessen in Bezug auf strategisch bedeutende Marktpositionen innerhalb Europas Konkurrenten. Beide Unternehmen versuchten beispielsweise, im jeweiligen Hauptland das Zentrum für russische Gasimporte nach Europa zu etablieren. Um dies zu verwirklichen, strebten beide eine Kooperation mit der Gazprom an.³⁴⁹

Die Absichtserklärung der OMV war außerdem nicht der erste Versuch der OMV, Kontrolle über die MOL auszuüben. Dies lässt sich nicht nur durch das bereits angesprochene Konkurrenzverhältnis erklären, sondern auch durch die Tatsache, dass die MOL ein attraktives Ziel für die Expansionsbestrebungen der OMV darstellte. Es handelte sich bei der MOL um ein sehr dynamisches Unternehmen mit modernen und effizienten Raffinerien in der Nähe von Budapest und Bratislava³⁵⁰. Um den Bestand an eigenen Aktien auf über 25% zu erhöhen und sich vor einem Verlust der Kontrolle über das Unternehmen und einer Änderung des Gründungsvertrages abzusichern begann die MOL zumindest zwei Monate vor der Erklärung damit eigene Aktien zurückzukaufen. Darauf reagierte die OMV ihrerseits mit einer Erhöhung der Anteile an der MOL von 10 auf über 20%.³⁵¹ Als die OMV im September 2007 ihre Absichtserklärung veröffentlichte, hielt sie 20,2% der MOL-Anteile. Vorteile des Mergers sah die OMV laut ihrer Erklärung in der Erwirtschaftung substantieller Synergien. Es war die Rede von 400 Millionen Euro an Synergien pro Jahr.³⁵²

Die MOL kritisierte die OMV stark für die Erklärung und das darin enthaltene Offert und klassifizierte den in der Absichtserklärung angesprochenen Verschmelzungsvorschlag als Versuch einer feindlichen Übernahme. Man warf der OMV vor, sich nicht an die relevanten kapitalmarktrechtlichen Regulative zu halten, welche ein formales Angebot an die Aktieninhaber verlangten.³⁵³ Außerdem wurde argumentiert, dass die OMV die MOL substantiell unterbewerte und es zu Wertverlusten kommen könne.

³⁴⁷ Godor, Ursachen für fehlgeschlagene internationale Mergers, S. 66.

³⁴⁸ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5.

³⁴⁹ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 634.

³⁵⁰ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5.

³⁵¹ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5.

³⁵² Godor, Ursachen für fehlgeschlagene internationale Mergers, S. 66.

³⁵³ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5.

Die MOL sah im Angebot der OMV und dem im Falle des Zustandekommens des Mergers erforderlichen Verkaufsprogramm potentielle Wertverluste auf zwei Gebieten. Einerseits im Bereich der Raffinerien aufgrund des Verlustes der Raffinerien in Ungarn und der Slowakei und andererseits in Bezug auf Tankstellen in Österreich und Rumänien.³⁵⁴ Weiters wurde generell von der MOL argumentiert, dass es sich bei dem MOL-Unternehmen um ein aufstrebendes, dynamisches Privatunternehmen handle und die feindliche Übernahme durch ein partiell in Staatseigentum stehendes und starkem staatlichen Einflüssen unterliegendes Unternehmen wie der OMV einen markanten Rückschritt in der Entwicklung darstelle.³⁵⁵ In diesem Zusammenhang kann der Vorschlag des österreichischen Wirtschaftsministers gesehen werden, dass der ungarische Staat im Vorfeld des Mergers doch 25% der MOL erwerben solle. Dieser Vorschlag wurde von der ungarischen Regierung allerdings entschieden abgelehnt. Man sah insbesondere keinen Grund dafür, wieder auf Staatseigentum umzustellen, da die MOL als Privatunternehmen äußerst erfolgreich agierte.³⁵⁶

Von Seiten der OMV wurde der Zusammenschluss natürlich anders bewertet. Das durch den Verschmelzungsvorgang hervorgehende Unternehmen würde eines von Europas führenden integrierten Gas- und Ölunternehmen werden und man dürfe sich die einzigartige Gelegenheit, ein solches Unternehmen zu kreieren, nicht entgehen lassen. Weiters würden dadurch die Zukunftsaussichten beider Unternehmen deutlich verbessert und gesichert und zudem ein Unternehmen geschaffen, dass weltweit im Bereich von Abbau und Produktion von Öl und Gas konkurrieren könne.³⁵⁷ Dies trage langfristig zur Sicherung von Gas und Öl in Zentraleuropa bei. Drei durch die Zusammenarbeit zu erreichende Kernziele wurden von der OMV näher spezifiziert. Erhöhte Wachstumsmöglichkeiten, die Optimierung der Wertebasis der Unternehmen und die Sicherstellung der Energieversorgung der Region.³⁵⁸

Eine der von der MOL gesetzten Gegenmaßnahmen in Bezug auf die Übernahme war der erfolgreiche Versuch, sich bei der ungarischen Regierung Rückendeckung zu holen. Zu diesem Zweck betrieb die MOL intensives Lobbying. Obwohl die ungarische Regierung ihre Anteile an der MOL bereits abgegeben und 2004 sogar ihren "golden share" aufgegeben hatte, reagierte sie heftig auf den Verschmelzungsvorschlag.³⁵⁹ Der ungarische Premierminister Gyurscány verkündete, dass die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreifen würde um eine Übernahme zu verhindern, denn trotz der Privatisierung sei die MOL immer noch von strategischer nationaler wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung für Ungarn und ein Abzug der Anteile ins Ausland würde erhebliche

³⁵⁴ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 635.

³⁵⁵ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5.

³⁵⁶ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 5/6.

³⁵⁷ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 634.

³⁵⁸ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 635.

³⁵⁹ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 635.

wirtschaftliche Konsequenzen für Ungarn nach sich ziehen. Die Medien wurden ebenso mobilisiert.³⁶⁰ Die Bemühungen der MOL waren erfolgreich, denn das ungarische Parlament setzte eine umstrittene Gegenmaßnahme um dem Übernahmebestrebungen der OMV ein Ende zu setzen. Ein neues Gesetz "zur Änderung einzelner Gesetze im Bezug auf den für die Versorgungssicherheit bedeutenden Unternehmen" wurde beschlossen. Das Gesetz erhielt in Presse und Literatur aufgrund des Zusammenhanges mit dem bereits beschriebenen Übernahmeversuch den Kurztitel Lex MOL, den ich in der Folge verwenden werde.³⁶¹

Die im Oktober 2007 beschlossene Lex MOL zielte auf den Schutz inländischer Energieversorgungsunternehmen vor unerwünschten Investoren ab. Dieses Gesetz wurde trotz der zu dieser Zeit zwischen Regierung und Opposition herrschenden Spannungen in höchst seltener Einigkeit beschlossen. Das Gesetz wurde oft als Rückschritt bewertet, da erst im April 2007 ein Privatisierungsgesetz aufgrund von Druck durch die EU beschlossen worden war, welches den europäischen Investoren den Zugang zum ungarischen Kapitalmarkt erheblich erleichterte und diesen liberalisierte. Daher ist es wenig überraschend, dass die EU-Kommission bereits im November 2007 die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn beschloss.³⁶² Das Gesetz sah in Bezug auf die Übertragung strategischer Aktiva Beschränkungen vor. Diese können auch nach EUGH-Rechtsprechung durchaus zulässig sein, wenn sie geeignet und erforderlich sind um die zur Verfolgung des Gemeinwohl notwendigen Aktiva dauerhaft zu erhalten.³⁶³ In Bezug auf die Lex MOL fällt allerdings auf, dass der vom Gesetzgeber stipulierte Zweck der Regelung, nämlich die Erhaltung der Grundversorgung mit Primärenergie durch das Gesetz systematisch verfehlt wird. Das Gesetz ermöglicht keine staatliche einzelfallbezogene Einflussnahme auf unternehmerische Entscheidungen, sondern stellt eine Begünstigung der bisherigen Aktionäre dar. Eigentliches Motiv der Regelung ist damit scheinbar die Erschwerung der Übernahme der Kapitalmehrheit an inländischen Unternehmen. Die Günstlinge der Regelung sind die "privaten" Investoren und bisherigen Eigentümer. Diese wiederum sind nicht unbedingt an der Erhaltung der Grundversorgung interessiert und dieser anders als staatliche Organe nicht verpflichtet.³⁶⁴

Inhaltlich sah das Gesetz eine Verpflichtung potentieller Käufer eines betroffenen Unternehmens vor, sich die Zustimmung zum Übernahmeangebot durch die eigene Generalversammlung einzuholen. Zur weiteren Absicherung wurde die Absetzung von Mitgliedern des Aufsichtsrates sowie des Vorstandes vor Ablauf ihrer regulären Amtszeit durch das Erfordernis einer 75%-Mehrheit der Aktionäre deutlich erschwert. Zuletzt wurden den Vorstandsmitglieder umfassende Befugnisse zur Verhinde-

³⁶⁰ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 635.

³⁶¹ Kalotay, *The political aspect of FDI*, S. 6.

³⁶² Pießkalla, "Lex Mol", S.48.

³⁶³ Pießkalla, "Lex Mol", S.51.

³⁶⁴ Pießkalla, "Lex Mol", S.53.

rung von Übernahmen eingeräumt³⁶⁵. Betrachtet man das Gesetz im Lichte der Beziehungen zwischen EU-Mitgliedsstaaten, wurde angemerkt, dass es eventuell die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes bremse sowie den Wettbewerb und grenzüberschreitende Investitionen innerhalb der EU einschränke.³⁶⁶ Diese Bedenken, die der Regierung von der Kommission im Vorfeld des Vertragsverletzungsverfahrens mitgeteilt worden waren, wurden von der ungarischen Regierung verworfen. Man war sich sicher, die Maßnahmen des Gesetzes durch das Berufen auf die "nationale Sicherheit" in Bezug auf Grundversorgung und politische Einflussnahme rechtfertigen zu können.³⁶⁷ Innerhalb der Rechtsprechung des EUGH habe es bereits Fälle gegeben, in denen der Gerichtshof gegen Gesetze urteilte, die den freien Kapitalmarktverkehr einschränkten. Beispiele sind das deutsche Volkswagen Gesetz oder die Urteile gegen Frankreich und die Ölraffinerien Elf Aquitaine in 2002 und gegen Spanien im E.ON/Endesa Fall. Andererseits wurde Belgien beispielsweise die Erhaltung des "golden share" im Fall eines Gasproduzenten durch staatliche Einflussnahme gewährt.³⁶⁸ Letztendlich wurde das Vertragsverletzungsverfahren nach Anpassung des Gesetzes eingestellt.³⁶⁹

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Verabschiedung der Lex MOL zwei entscheidende Folgen nach sich zog. Einerseits wurde die Sicherung von Energie verstärkt, da das Gesetz spezifische Rahmenbedingungen für Energie und den Erwerb von Unternehmen im Energiebereich in Bezug auf nationale Sicherheit versus der Einflussnahme anderer Staaten festschrieb. Zudem griff das Gesetz das Eigeninteresse Ungarns auf und verstärkte das Aufkeimen von wirtschaftlichem Nationalismus, welcher als Hindernis für die solidarischen und gemeinsamen Interessen der EU in Bezug auf einen liberalisierten Energiemarkt gesehen werden kann.³⁷⁰ Der aufstrebende wirtschaftliche Nationalismus stellte die europäische Kommission generell vor immer größere Herausforderungen, da er den freien Kapitalverkehr innerhalb der EU deutlich behinderte.³⁷¹

Gesondert vom Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH in Bezug auf die Lex MOL, schenkte die Kommission dem OMV/MOL Merger auch aufgrund dessen Bedeutung für den Wettbewerb innerhalb Zentraleuropas Beachtung.³⁷² 2008 wurde eine genau Untersuchung dieser versuchten Übernahme von Seiten der Kommission eingeleitet (IP/08/397). Eine erste Entscheidung von Seiten der Kommission wurde im Juni 2008 in Form einer Mitteilung von Beschwerdepunkten getroffen. Die Kommission stimmte in vielen Punkten mit der MOL überein. Außerdem sah sie den Merger problematisch, weil somit die MOL als das wichtigste regionale Gegengewicht in Bezug auf den Wettbewerb

³⁶⁵ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 637.

³⁶⁶ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 637.

³⁶⁷ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 638.

³⁶⁸ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 638.

³⁶⁹ Heinemann, "Ökonomischer Patriotismus", S. 25.

³⁷⁰ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 638.

³⁷¹ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 638.

³⁷² Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 641.

für die OMV wegfallen würde und die OMV weiters nicht mehr als Gegengewicht zur MOL agieren würde.³⁷³ Insbesondere äußerte die Kommission Bedenken in den Bereichen der Ölraffinerien, dem Großhandel und dem Verkauf an die Endabnehmer. So würde beispielsweise Wettbewerb im Bereich des Angebotes von Treibstoff für Flugzeuge komplett entfallen, weil im Zuge des Mergers die drei Raffinerien in Schwechat, Budapest und Bratislava einem einzigen Eigentümer gehören würden. Auch andere Mineralölprodukte wären laut Ansicht der Kommission davon betroffen gewesen und sie befürchtete, dass Preiserhöhungen unweigerlich die Folge wären. Für die OMV war das Ergebnis also sehr negativ und obgleich es sich bei diesem Statement um keine endgültige Entscheidung handelte, zog sich die OMV im August 2008 von dem Deal zurück und widerrief auch ihr Übernahmeangebot.³⁷⁴ Aufgrund des zeitlichen Naheverhältnisses scheint klar, dass die Entscheidung der Kommission Anlass für die OMV war, sich von dem Geschäft zurückzuziehen. Es zeigt auch die Tragweite der europäischen Dimension in Bezug auf solche Entscheidungen. Weiters ist bemerkenswert, dass hier sowohl ein Verfahren vor dem EuGH aufgrund einer konkreten gesetzlichen Regelung, als auch eine separate Überprüfung der Kommission stattgefunden hat. Das zeigt einerseits, dass die Kommission dem Wettbewerb und dem Energiesektor große Beachtung schenkt und andererseits, dass die europäische Dimension ein entscheidender Faktor in den Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Union ist,

Die MOL ergriff allerdings auch andere Gegenmaßnahmen. Man schlug die Schaffung des NETS (New European Transmission System) vor. Dies beinhaltete die Schaffung eines gemeinsamen Unternehmens und eines integrierten Gasnetzwerkes für Zentral- und Südosteuropa. Da dieser Vorschlag auch eine Mitgliedschaft Österreich beinhaltete, wäre eine Zusammenarbeit in Form einer Unternehmensübernahme damit nicht mehr erforderlich. Dieses Netzwerk stellte ein mindestens genauso gutes Gegengewicht in Bezug auf russische Interessen dar, wie das von der OMV in Aussicht gestellte neue fusionierte Unternehmen.³⁷⁵ Von den ursprünglich acht zur Teilnahme eingeladenen Ländern zeigte nur Österreich kein Interesse, sich in irgendeiner Form an diesem Unternehmen zu beteiligen. Von der europäischen Kommission wurde NETS sehr positiv bewertet. Aufgrund des zeitlichen Naheverhältnisses zur Untersuchung des OMV/MOL-Mergers durch die Kommission, kann man den Vorschlag als Abwehrmaßnahme klassifizieren.³⁷⁶

Die MOL war weiters 2007 intensiv um Expansion bemüht. Man versuchte nicht nur durch das NETS Projekt einer Übernahme entgegenzuwirken. Vielmehr war die MOL bemüht, sich so zu vergrößern, dass eine Übernahme für die OMV keine Option mehr darstelle. Spezifische in diesem Zeitraum er-

³⁷³ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 642.

³⁷⁴ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 642.

³⁷⁵ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 639.

³⁷⁶ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 639.

folgte Erweiterungsdeals sind der Kauf der kroatischen Tifon, der italienischen IES und die Investition in den Bau von Offshore-Bohrinseln in Cameroon.³⁷⁷ Die bereits erwähnte Kooperation mit der kroatischen INA kann ebenso in diesem Zusammenhang gesehen werden. Sie wurde 2008 intensiviert und der Anteil der MOL an der INA 2008 von 25% auf 47,15% erheblich vergrößert.³⁷⁸ Weiters vereinbarte die MOL unmittelbar nach der Bekanntgabe der Übernahmepläne eine Partnerschaft mit dem tschechischen Energieunternehmen CEZ. Dieser Deal beinhaltete den Austausch von Anteilen. Beide Partnerschaften wurden von vielen als Versuch der MOL gewertet, sich gegen eine Übernahme zu verteidigen und teilweise wurde die MOL deswegen stark kritisiert. Die OMV reagierte hierauf, indem man bekundete, ebenso Interesse an INA-Anteilen zu haben.³⁷⁹ Problematisch war diese Strategie allerdings für die MOL selbst, da der Kauf von Anteilen an anderen Unternehmen den Cash-Flow des Unternehmens erheblich reduzierte und das Kapital des Unternehmens extrem zerstreute. Dadurch wurde die MOL angreifbar für Übernahmen von Firmen, die größer waren als die OMV. Das beinhaltete natürlich russische Konkurrenten.³⁸⁰

In Bezug auf die beinahe Verschmelzung ist ebenso relevant, dass sowohl die MOL als auch die OMV das jeweils andere Unternehmen beschuldigte, als Mittelsmann für die russischen Ölfirmen zu agieren. Beide Parteien stritten dies allerdings vehement ab. Dennoch verkaufte die OMV ihre Anteile an der MOL 2009 an eine russische Firma. Wenngleich dies augenscheinlich als Bestätigung für die der OMV gemachten Vorwürfe gelten kann, muss man bedenken, dass es nach der Entscheidung der OMV, einen Merger nicht weiter zu verfolgen, durchaus logisch war, die Anteile an der MOL loszuwerden.³⁸¹

VII. 2. b) Russlands Bedeutung in Bezug auf die Beziehungen zwischen MOL und OMV

Im März 2009 gab die russische Surgutnetftegaz bekannt, dass sie sich für die 21% OMV-Anteile an der Mol interessieren würde. Für die Anteile wurde ein stattlicher Preis geboten. Mit 63,10 Euro pro Aktie war der Preis, beinahe doppelt so hoch wie der Preis zu dem die MOL-Anteile zu diesem Zeitpunkt an der Börse gehandelt wurden. Die überraschende Durchführung der Transaktion und des

³⁷⁷ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 639.

³⁷⁸ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 640.

³⁷⁹ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 640.

³⁸⁰ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 641.

³⁸¹ Kalotay, *The political aspect of FDI*, S. 6.

Verkaufes insgesamt sowie der günstige Preis gaben Anlass zu Spekulationen über die Motive der beteiligten Unternehmen.³⁸²

Bemerkenswert ist, dass es sich bei dem Käufer der Anteil der MOL um die Surgutneftgaz (Surgut) handelte. Diese Firma war ansonsten außerhalb von Russland nur recht wenig aktiv geworden und man hatte eher erwartet, dass eine der anderen Firmen im Energiebereich wie die Gazprom, Rosneft oder LUKoil, die bereits davor ihr Interesse an der Region Zentraleuropa bekundet hatten, die Anteile erwerben würde. Dennoch handelte es sich um das fünftgrößte russische Unternehmen, das auch enge Verbindungen zur russischen Regierung pflegte und um das zweitgrößte im Bereich der Ölwirtschaft. Offiziell wurde von der Surgutneftgaz als Grund für den Kauf, die Absicht zu expandieren und eine gute Position auf dem zentraleuropäischen Energiemarkt zu sichern, genannt.³⁸³ Allerdings gab es Spekulationen und Gerüchte in Bezug auf den Kauf, die davon ausgingen, dass die Surgutneftgaz von der Moskauer Regierung angewiesen worden war, die Anteile zu kaufen, da sie über die notwendigen Mittel verfügte, um den Betrag zu bezahlen. Da der Preis beinahe das Doppelte des damaligen Aktienpreises der Anteile betrug, war es eine enorme Summe.³⁸⁴

Wenngleich es sich sowohl bei der ungarischen MOL als auch bei der russischen Surgutneftgaz um private Gesellschaften handelte, löste der Kauf heftige Reaktionen aus. Die ungarische Regierung vermutete dahinter den "russischen Staat" und in Russland feierte man den Kauf als Erfolg für die russische Wirtschaft.³⁸⁵ Die Gründe dafür, dass der Kauf bei der ungarischen Regierung heftige Reaktionen hervorrief, lassen sich mit der Geschichte Ungarns in Bezug auf den russischen Staat erklären. Einerseits hatte man während der Zeiten des kommunistischen Regimes mit der Sowjetunion und deren Einmischung negative Erfahrungen gemacht und andererseits waren bereits, als Russland noch von den Zaren regiert wurde, negative Erfahrungen in Bezug auf die Politik des russischen Staates gemacht worden. Daher nahm Ungarn wie viele andere Staaten der Region nach Ende des kalten Krieges ein beinahe paranoides Verhalten in Bezug auf Russland an. Man war auf der eine Seite gezwungen, Beziehungen mit Russland aufrecht zu erhalten, speziell im Bereich der Energieversorgung, und andererseits versuchte man, die Einflussnahme Russlands durch ausländische Direktinvestitionen zu unterbinden.³⁸⁶

Die Übernahme erfolgte weiters zu einem für Ungarn sehr ungünstigen Zeitpunkt. Damals befand sich das Land in einer tiefen politischen Krise, die mit dem Rücktritt des damaligen Ministerpräsidenten endete. Die Tatsache, dass die MOL und die ungarische Regierung in Bezug auf die Übernahme voll-

³⁸² Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 6.

³⁸³ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 642.

³⁸⁴ Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 643.

³⁸⁵ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 6.

³⁸⁶ Kalotay, The political aspekt of FDI, S. 7.

kommen ahnungslos waren, war ebenso wenig förderlich. Dementsprechend verkündete der ungarische Präsident seine Besorgnis in Bezug auf die Übernahme und der Außenminister Ungarns berief ein Zusammentreffen mit dem russischen Botschafter ein, indem er diesen aufforderte, zu erklären, warum die ungarische Regierung nicht vor der Öffentlichkeit von dem Deal unterrichtet worden war.

³⁸⁷ Die ungarische Regierung gab weiters in Bezug auf die Transaktion ein ähnliches Statement ab wie in Bezug auf den Übernahmeversuch durch die OMV 2007 und verkündete, dass sie alles in ihrer Macht stehende tun würde, um die Unabhängigkeit der MOL sicher zu stellen.³⁸⁸

Bedenken hatte man in Ungarn wegen des Kaufes der MOL-Anteile durch die Surgutneftgaz, weil die Surgutneftgaz damit über die Option verfügte, potentiell Einfluss auf strategische Entscheidungen auszuüben, die die MOL und in der Folge den gesamten ungarischen Energiesektor beeinträchtigen könnten. Dementsprechend gab es große Bedenken, inwieweit die ungarisch-russischen politischen Beziehungen durch die Transaktion beeinflusst werden könnten. Die Zusammenarbeit mit Russland war für die Energieversorgung Ungarns unerlässlich, da die ungarische Wirtschaft stark von russischem Öl und Gas abhing. Speziell Gas war ein wichtiger Faktor in der ungarischen Elektrizitätsproduktion. Ohne die Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Russland wäre die ungarische Energiepolitik nicht funktionsfähig.³⁸⁹ Dementsprechend wäre Ungarn angehalten, sich im Falle des Versuches einer vollkommenen feindlichen Übernahme der MOL durch eine russische Firma sehr bedeckt zu halten, da Russland mitunter die Abhängigkeit von den Energieressourcen als Druckmittel einsetzen könnte. Aufgrund der engen Beziehung zwischen dem Unternehmen und der russischen Regierung reichten die Spekulationen im Bezug auf die Übernahme sehr weit. Der Verkauf wirkt sich zudem generell auf den zentraleuropäischen Energiemarkt und die europäische Union aus.³⁹⁰

Die Maßnahmen die während der MOL-Übernahme durch die OMV ergriffen wurden, wirken sich auf diese Transaktion ebenso aus. Die "Lex MOL" war hier ebenso von Bedeutung, da sie die Einflussnahme der Surgutneftgaz einschränkte und durch die Bestimmung die Teilnahme der Surgutneftgaz an den MOL-Aktionärsmeetings verhindert werden sollte. Dadurch wurde wiederum der Zugang der Surgutneftgaz zu sensiblen Dokumenten der MOL verhindert. Dies war von einer gesamteuropäischen Perspektive aus betrachtet insbesondere relevant, da die MOL Teilhaber an dem Nabucco-Projekt war, welches die Hauptkonkurrenz für die russischen Pläne einer eigenen europäischen Pipeline darstellte.³⁹¹

³⁸⁷ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 643.

³⁸⁸ Kalotay, *The political aspect of FDI*, S. 7.

³⁸⁹ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 644.

³⁹⁰ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 644.

³⁹¹ Butler, *The Geopolitics of Merger and Acquisition*, S. 644/645.

In Bezug auf die durch die Übernahme für die Surgutneftegaz und damit eventuell Russland zugänglichen Informationen, muss auch das NETS Projekt erwähnt werden, das von der MOL stark gefördert und betrieben wurde, um sich vor der OMV-Übernahme zu schützen. Dieses Projekt würde potentiell die Abhängigkeit Zentraleuropas von direkten Gasimporten aus Russland erheblich reduzieren. Mit der Übernahme der MOL, die Hauptakteur in Bezug auf dieses Projekt war, könnte Russland versuchen, die Entwicklung des NETS Projekts in einer für Russland günstige Richtung zu lenken.³⁹²

Eine weitere Vermutung in Bezug auf die Transaktion war, dass die Surgutneftegaz für ihre Anteile an der MOL einen Tausch vorschlagen würde. Es gab Vermutungen, dass man interessiert daran wäre, Aktien der INA im Gegenzug für die Anteile der OMV zu tauschen. Die Surgutneftegaz bestritt jedoch sofort jegliche Absichten in diese Richtung.³⁹³

Letztendlich verkaufte die Surgutneftegaz ihre Anteile an der MOL an Ungarn. Der ungarische Staat erwarb die Anteile 2011 von der Surgutneftegaz zurück. Nach Aussage des ungarischen Premierministers Orban handelte es sich dabei um eine Maßnahme zur Absicherung des ungarischen Staates in Bezug auf seine Abhängigkeit im Energiebereich und einen wichtigen Schritt zur Stärkung Ungarns.³⁹⁴

³⁹² Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition, S. 645.

³⁹³ Kalotay, The political aspect of FDI, S. 7.

³⁹⁴ <http://derstandard.at/1304552728715/Von-Surgutneftegas-Ungarn-kauft-Ex-OMV-Anteil-an-MOL-zurueck> (9.2.2017).

VII. Die ungarischen und österreichischen Banken mit Fokus auf die Expansionspolitik der österreichischen Großbanken in Ungarn nach der Wende

VII. 1) Die österreichischen Banken und deren Tätigkeit in Osteuropa nach der Wende

Die Ende des 20. Jahrhunderts immer weiter fortschreitende Globalisierung und die für Österreich besonders relevante Ostöffnung und anschließende EU-Osterweiterung bedeuteten für die österreichischen Banken und Börse neue Chancen, stellten aber gleichzeitig eine große Herausforderung dar. Die Veränderungen der 1990er Jahre erforderten von Österreichs Banken und Finanzmarkt eine Umstellung und Angleichung an die neuen Gegebenheiten in Europa.³⁹⁵

Ein erster Schritt in Richtung Liberalisierung des Finanzmarktes erfolgte 1991. Der Kapitalverkehr wurde vollständig freigegeben. Und 1994 bzw. 1995 erforderte der Beitritt Österreichs zuerst zur EU und anschließend zum EWR eine weitere Anpassung an die Normen der jeweiligen Gemeinschaft. Wichtigstes Regelwerk in dieser Beziehung war das 1993 erlassene und aus 17 Einzelgesetzen bestehende Finanzmarktanpassungsgesetz.³⁹⁶ In Bezug auf das Bankwesen direkt war 1993 ebenso eine Anpassung an die EU-Richtlinien erforderlich. Gemeinsam mit dem Finanzmarktanpassungsgesetz wurde 1993 ein Bankwesengesetz erlassen, welches bereits eine Anpassung an die relevanten EG-Rahmenbedingungen darstellte, die den österreichischen Bankensektor heute noch bestimmen.³⁹⁷ Generell kann festgehalten werden, dass sich die Bankenlandschaft in Österreich während der 1990er Jahre erheblich veränderte. In den 1990er Jahren erfolge eine Welle an Fusionen auf dem Bankensektor. Die im Anhang zu diesem Kapitel enthaltene Abbildung illustriert diese Tendenz.³⁹⁸

Weiters kann eine zunehmende Internationalisierung dieses Sektors beobachtet werden. Eine Zäsur stellt hier das Privatisierungsgesetz von 1991 dar, da es den entsprechenden rechtlichen Rahmen eröffnete. So schlossen sich 1991 die Wiener Zentralsparkasse und die Länderbank zur Bank Austria AG zusammen, diese war damit das größte österreichische Kreditinstitut. Die Bank Austria übernahm 1994 dann die zuvor aus der Girozentrale und dem Österreichischen Credit-Institut hervorgegangene GiroCredit.³⁹⁹ Ausländische Investoren zeigten ebenfalls zunehmend Interesse an der österreichi-

³⁹⁵ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 493/494.

³⁹⁶ Vgl. Mooslechner, Banken und Bankenpolitik in Österreich seit den 1970er Jahren, S. 407.

³⁹⁷ Vgl. Mooslechner, Banken und Bankenpolitik in Österreich seit den 1970er Jahren, S. 410.

³⁹⁸ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 495.

³⁹⁹ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 495.

schen Bankenlandschaft. So geriet die BAWAG 1995 unter den Einfluss der Bayrischen Landesbank und erwarb die DG-Bank 1996 eine Sperrminorität an der Österreichische Volksbanken AG. Aus einer weiteren Fusion ging die Raiffeisenbank Wien hervor.⁴⁰⁰ Eine weitere große Fusion erfolgte nach dem Erwerb der Creditanstalt durch die Sparkasse Bank Austria im Jahr 1997 und die daraus folgende völlige Verschmelzung. In Bezug auf die zunehmende Internationalisierung war der Erwerb der Bank Austria durch die Bayerische Hypo- und Vereinsbank (HVB) 2001 ein wichtiger Entwicklungspunkt. Die Fusion war von so tragender Bedeutung, dass sich die EU-Kommission im November 2001 damit auseinandersetzte und schließlich die daraus resultierende Schaffung der drittgrößten Bank Europas genehmigte.⁴⁰¹

Im Bereich der Banken war die Investitionsbereitschaft auf österreichischer Seite seit der Ostöffnung sehr groß. Die Wiener Börse füllte in Bereich der Investitionen in Osteuropa eine Vorreiterrolle aus. In Prag ist sie mit 92%, in Laibach mit 81% und in Budapest mit 69% beteiligt.⁴⁰² Diese Dominanz bedingte, dass Österreichs Banken in Bezug auf die aushaftenden Kredite in Osteuropa eine Führungsrolle innehatten.⁴⁰³ Man sah in dem in dem Bankensektor in den ehemals sozialistischen Staaten aufgrund dessen Brachliegens während der kommunistischen Ära eine neue Standortchance.⁴⁰⁴ Osteuropäische Banken wurden ebenso rasch von österreichischen aufgekauft wie neue Filialen gegründet. Die Bank Austria CA, die Raiffeisengruppe und die Erste Bank waren in Bezug auf die Expansion in Richtung Osten besonders engagiert und konnten sich so sehr schnell eine starke Marktposition sichern.⁴⁰⁵ Der Sektor "Finanz- und Versicherungswesen" umfasste 1989 40,9% aller ausländischen Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen, das waren 62.992 Millionen Euro.⁴⁰⁶ 1996 konnte eine weitere Steigerung um 59.711 Millionen Euro erreicht werden, was anteilmäßig 9,3 Prozentpunkten entsprach. Das starke Engagement in Osteuropa zeigte sich auch am hohen "Ost-Exposure". Dieses betrug 2013 254 Mrd. US-Dollar oder rund 85% des österreichischen BIP.⁴⁰⁷ Das Ostengagement der österreichischen Banken macht 20,6% der Auslandsforderungen aus und konzentriert sich auf die näheren Nachbarländer Österreichs, darunter auch Ungarn. Hier halten die Banken die höchsten Marktanteile und es gelang bis 2009 erhebliche Gewinnzuwächse zu erwirtschaften, was nicht zuletzt zur Sicherung inländischer Standorte beitrug.⁴⁰⁸ Die zentral- und osteuropäischen Tochterbanken der österreichischen Banken erwirtschafteten 2004 beispielsweise 40% der Betriebserträge, obwohl diese Banken nur 20% der Bilanzsummen stellten. Grund für die hohen Gewinne sind die

⁴⁰⁰ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 496.

⁴⁰¹ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 496.

⁴⁰² Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 140.

⁴⁰³ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 140.

⁴⁰⁴ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 88.

⁴⁰⁵ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 497.

⁴⁰⁶ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 88.

⁴⁰⁷ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 88.

⁴⁰⁸ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 89.

höheren Margen im Bereich des Zins-, Provisions- und Handelsgeschäftes gewesen sowie die Ersparnisse in Bezug auf den Kostenfaktor.⁴⁰⁹

Das Engagement in Osteuropa und die Investitionen österreichischer Banken in Osteuropa waren anfangs ein sehr lukratives Geschäft, weshalb die Töchter österreichischer Banken in Osteuropas als regelrechte "Cash-Cows" für die inländischen Mütter galten und wesentlich zu deren Absicherung beitrugen. Dies hat sich aufgrund der globalen Finanzkrise allerdings relativiert.⁴¹⁰ Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 bewirkte teilweise Kreditausfälle und es kam zu Problemen in Bezug auf die vorher beworbenen Fremdwährungskredite (in CHF und EUR). Um einen übereilten Abzug des Kapitals aus Osteuropa aufgrund der neu aufkeimenden Ängste der österreichischen Banken zu verhindern, wurde daher die "Vienna Initiative" (VI) im Jänner 2009 von diversen Institutionen, die eine Destabilisierung in Osteuropa verhindern wollten, gegründet.⁴¹¹ Folgende Institutionen waren Teil der Initiative: IMF, EIB, Weltbank, Europäische Kommission EZB (Beobachter), Finanzministerien im Westen und Osten und die großen Bankengruppen, welche in Osteuropa tätig waren.⁴¹² Die VI wollte einer Bankenkrise in den Ländern Mittel- und Osteuropas durch die Verhinderung eines völligen und unkontrollierten Abzuges wichtiger Investoren im Bankensektor aus Osteuropa entgegenwirken. Zusätzlich versuchte man, eine Verpflichtung von Seiten der Mutterbanken zu erlangen, ihre Exposures im Osten beizubehalten und durch eine Rekapitalisierung der eigenen Filialen im Osten zu einem umfangreichen Zahlungsbilanz-Stützprogramm von IMF und EU beizutragen. Ungarn war hier ebenfalls betroffen.⁴¹³ Weiters sollten die osteuropäischen Filialen auch von den nationalen Bankenrettungsprogrammen profitieren, Grundprinzipien des Krisenmanagements und der Krisenlösung in Osteuropa koordiniert und der grenzüberschreitende Informationsaustausch und die Kommunikation forciert werden.⁴¹⁴ Grundsätzlich kann die "Vienna Initiative" als Erfolg gewertet werden, wenngleich es aufgrund des Ostgeschäfts österreichischer Banken zu einer Herabstufung Österreichs durch Standard & Poor's im Jänner 2012 kam.⁴¹⁵ Insgesamt entwickelte sich das Ostgeschäft der österreichischen Banken nach 2009 wieder positiv und 2011 lag die Gesamtkapitalrentabilität der Tochterunternehmen in Zentral-, Ost- und Südeuropa mit 0,7 Prozent über jener des österreichischen Heimatmarktes. Ebenso positiv entwickelte sich die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern (RoE). Sie lag in den Ländern Zentral-, Ost und Südeuropas bei 6,1 Prozent, in Österreich hingegen bei 1,6 Prozent.⁴¹⁶ In Bezug auf Ungarn kann angemerkt werden, dass dort im September 2011 ein Gesetz erlassen wur-

⁴⁰⁹ Vgl. Eigner, Finanzplatz Wien im 20. Jahrhundert, S. 497.

⁴¹⁰ Vgl. Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, S. 141.

⁴¹¹ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 89.

⁴¹² Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 89.

⁴¹³ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 89.

⁴¹⁴ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 90.

⁴¹⁵ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 90.

⁴¹⁶ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 91.

de, welches eine Rückzahlungsoption von Fremdwährungskrediten zu einem fixen Wechselkurs, der unter dem Marktwechselkurs gelegen ist, vorschreibt. Diese Regelung bewirkte erhebliche Verluste auf Seiten der österreichischen Tochterbanken. In Kombination mit hohen Banksteuern erlitt beispielsweise die Erste Group in Ungarn 2011 Verluste von 567 Millionen Euro und weiteren 7,7 Milliarden Euro im 1. Halbjahr 2012.⁴¹⁷

VII. 2) Der ungarische Bankensektor nach der Wende

VII. 2) a) Die Privatisierung des Bankensektors in Ungarn

Die Wende erforderte von der ungarischen Wirtschaft einen Transformationsprozess. Dies trifft ebenso auf den Bankensektor zu. Bereits in den 1980er Jahren erlaubte die ungarische Regierung einigen ausländischen Banken erste off-shore Aktivitäten, obwohl diese damit eine Konkurrenz zu den inländischen Banken in Bezug auf die Transaktionen in den Bereichen Außenhandel und Warenaustausch darstellten.⁴¹⁸ Erste Reformen im Bankenbereich fanden in Ungarn bereits 1987 statt. Die ungarische Nationalbank wurde aufgeteilt. Ab diesem Zeitpunkt gab es eine Zentralbank, die sich um das Geldmanagement kümmerte, und drei große Kreditinstitute, die für den Privatsektor zuständig waren. Obwohl diese Kreditinstitute immer noch stark der Kontrolle der Zentralbank unterlagen und es strikte Restriktionen gab, war diese Reform ein erster Schritt in Richtung Umgestaltung des Bankensektors. Zudem wurden zusätzlich mehrere Spezialbanken mit ganz spezifischen Funktionen eingerichtet.⁴¹⁹ Wenngleich aufgrund dieser Reformen die neue ungarische Regierung auf einen Bankensektor aufbauen konnte, der bereits mehr dezentralisiert war als in anderen klassischen sozialistischen Systemen der meisten osteuropäischen Staaten, waren immer noch alle Banken in Eigentum des Staates.⁴²⁰

Eine echte Anpassung an Regelungen in Bezug auf die Nationalbank anderer westeuropäischer Staaten brachten die vom Parlament 1991 beschlossenen Gesetze. Diese stipulierten eine Eigenkapitalquote von acht Prozent und schränkten die Finanzierung des Haushaltsdefizites durch die Nationalbank ein.⁴²¹ Außerdem wurden die Banken verpflichtet, sich Reserven anzulegen, um ihre schlechten oder zweifelhaften Kredite abzusichern, und neue Banken verpflichtet, ein bestimmtes Mindestkapi-

⁴¹⁷ Vgl. Breuss, Auswirkung der Ostöffnung, S. 91.

⁴¹⁸ Vgl. Hasam, Marton, Development and efficiency of the banking sector, S. 2251.

⁴¹⁹ Vgl. Sabi, Comparative Analysis of Foreign and Domestic Bank Operations, S. 181.

⁴²⁰ Vgl. Hasam, Marton, Development and efficiency of the banking sector, S. 2251.

⁴²¹ Vgl. Sabi, Comparative Analysis of Foreign and Domestic Bank Operations, S. 181.

tal zu haben.⁴²² Weiters wurde der Eigentumsanteil des Staates an den Banken 1997 auf 25% reduziert. Ein großer Teil der Reform war ein neues Konkursrecht. In Bezug auf die Konsolidierung von in Konkurs geratenen Unternehmen wurde den Banken eine bedeutende Rolle zugewiesen. Das Gesetz erlaubte einen zeitweiligen Schutz vor Gläubigern und Liquidation und sollte die Unternehmen zur Reorganisation animieren. Weiters versuchte die Regierung in Not geratenen Banken durch ein spezielles Programm zu unterstützen. Dieses ermöglichte den Tausch der problematischen Kredite im Gegenzug für langfristige Regierungs- und Weltbankanleihen.⁴²³ Problematisch an diesen Konsolidierungspaketen, die zwischen 1991 und 1998 erfolgten und 12,8% des ungarischen Bruttoinlandsproduktes verschlangen, war, dass sie ihr Ziel, nämlich die Konsolidierung der Banken und ihrer Bilanzen, verfehlten. Die Probleme wurden nur verzögert und letztendlich glaubten die Teilnehmer, dass sie sich in Zukunft auch auf Zuschüsse von Seiten der Regierung verlassen zu können.⁴²⁴ Weiters hatten die Banken mit Belastungen zu kämpfen. Banken wurden oft gezwungen, Kredite an staatliche Unternehmen zu gewähren, die tendenziell am Beginn des Übergangs zur Marktwirtschaft unterkapitalisiert waren. Dementsprechend wurden große Teil des Vermögens der Banken dafür aufgewendet, den Staat zu stützen und die Banken waren nicht in der Lage ihre Funktion als Kreditgeber für den Privatsektor zu erfüllen. Die Kombination aus der beginnenden Rezession und dem durch die Umstellung auf marktwirtschaftliche Grundsätze hervorgerufenen Preisverfall schien den neu entstandenen Banken schwer zuzusetzen. Problematisch war zudem die unzureichende oder lockere Banküberwachung.⁴²⁵

Dennoch verdoppelte sich die Gesamtanzahl von Banken zwischen 1988 und 1994 von beinahe 23 auf 45 Institute. Fast alle neuen Institute wurden durch den Einstieg von ausländischen Banken auf den ungarischen Markt geschaffen. 1992 waren knapp 15% der gesamten Vermögenswerte der Banken Ungarns in ausländischem Besitz.⁴²⁶ Der Einstieg der neuen Banken war anfangs ungleichmäßig verteilt. Zuerst fokussierten sich die neu gegründeten Zweigstellen der ausländischen Banken auf Aktivitäten im Bereich des Außenhandels. Nach und nach sicherten sie sich jedoch einen relativ hohen Anteil am Gesamtmarkt. Bis 1991 stellten sie 44% des Marktanteils an Krediten. Für die staatlichen Banken brachte der Anstieg beim Marktanteil der ausländischen Banken einen entsprechenden Abfall.⁴²⁷

Der hohe Anteil an Banken in ausländischem Besitz unterscheidet Ungarn von anderen Ländern in Südosteuropa und stieg bis 2001 auf 60%. Die ungarische Regierung öffnete den Markt für ausländi-

⁴²² Vgl. Hasam, Marton, Development and efficiency of the banking sector, S. 2251.

⁴²³ Vgl. Sabi, Comparative Analysis of Foreign and Domestic Bank Operations, S. 181.

⁴²⁴ Vgl. Ábel; Siklos, Secrets to the successful Hungarian bank privatization, S. 113.

⁴²⁵ Vgl. Ábel; Siklos, Secrets to the successful Hungarian bank privatization, S. 113.

⁴²⁶ Vgl. Sabi, Comparative Analysis of Foreign and Domestic Bank Operations, S. 181.

⁴²⁷ Vgl. Hasam, Marton, Development and efficiency of the banking sector, S. 2251.

sche Investoren in weit liberalerer Form als andere osteuropäische Länder. Dies erklärt sich aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Bedingt durch die Liquiditätsprobleme am inländischen Markt und den schwachen Bankensektor war die Regierung dazu gezwungen, den Markt für ausländische Investoren attraktiv zu gestalten. Bedenken hatte man allerdings aufgrund der Nachteile, die diese Öffnung für die heimischen Banken in Bezug auf Unternehmerkredite bringen könnte.⁴²⁸ In Bezug auf den Privatsektor gab es weniger Bedenken, da die ungarischen Banken hier bereits die nötige Infrastruktur verwalteten. Dadurch entstand zu Beginn der Privatisierung eine Zweiteilung des Bankensektors in Ungarn. Während das Geschäft mit den Privatanlegern in ungarischer Hand war, wurde der Sektor der Unternehmen und Industrie von ausländischen Investoren kontrolliert. Der ungarische Markt war für die ausländischen Investoren attraktiver als der Markt in anderen Ländern Osteuropas. Wenngleich die ungarische Wirtschaft in Folge der Wende Schwierigkeiten hatte, waren die Zukunftsprognosen dennoch positiver als in anderen Ländern, die sich im Übergang befanden.⁴²⁹ Im Vorfeld der Privatisierung der Banken gab es natürlich Bedenken. Es herrschte allerdings Einigkeit darüber, dass alle Investoren ("strategic investors") das Ziel haben sollten die Geschäftsführung der Bank zu fördern, die Technologie zu modernisieren und entsprechendes Kapital zuzuführen. Mit dem Bankengesetz von 1991, welches die Privatisierung der Banken einleitete, erlaubte die ungarische Regierung Investoren erstmals, einen Anteil von mehr als zehn Prozent an inländischen Banken zu erwerben. Die Versuche, den Einfluss des Staates trotz Privatisierung aufrechtzuerhalten, wurden bei der Privatisierung der NSB, der Ungarischen Nationalbank, sehr deutlich. Hier wurde der Einfluss ausländischer Investoren eingeschränkt, indem bestimmte Blöcke von Anteilen während der Angebotsphase für Institutionen, Investoren, Management und Angestellte reserviert wurden.⁴³⁰

1994 unternahm man in Ungarn einen wichtigen Schritt in Bezug auf die sich verändernden Eigentümerstrukturen. Eine eigene Staatsagentur zur Überwachung der Privatisierung wurde ins Leben gerufen. Die staatliche Privatisierungsagentur (ÁPV Rt.) wurde damit beauftragt ausländische Investoren zu suchen. Beispiel für die Tätigkeit dieser Agentur war die Privatisierung der Magyar Külkereskedelmi Bank (MKB; Ungarische Außenhandelsbank).⁴³¹ Die sich im Zuge der Privatisierung in Ungarn vollziehende Entwicklung ist bemerkenswert. Zu Beginn der Privatisierung war nur ein relativ geringer Anteil am Gesamtportfolio der Banken als qualifiziertes Portfolio kategorisierbar. Ab 1991 kann ein Anstieg des qualifizierten Portfolios am Gesamtportfolio beobachtet werden, der sich bis zum Ende des letzten Konsolidierungsprogrammes 1994/1995 fortsetzte. Diese Entwicklung kehrte sich danach

⁴²⁸ Vgl. Ábel; Siklos, *Secrets to the successful Hungarian bank privatization*, S. 115.

⁴²⁹ Vgl. Ábel; Siklos, *Secrets to the successful Hungarian bank privatization*, S. 116.

⁴³⁰ Vgl. Hasam, Marton, *Development and efficiency of the banking sector*, S. 2253.

⁴³¹ Vgl. Ábel; Siklos, *Secrets to the successful Hungarian bank privatization*, S. 116.

allerdings wieder um und es war wieder ein größerer Anteil des Bankenportfolios als problematisch zu qualifizieren. Die Gewinne fielen mit zunehmendem Wettbewerb auf dem Bankensektor.⁴³²

Mitte der 1990er Jahre wurde man in Bezug auf die ausländischen Investoren zwar liberaler, die Tendenz, sich zumindest einen "golden share" an den Banken zu sichern, war jedoch weiterhin stark vorhanden. 1996 erließ die Regierung ein Gesetz, welches das Bankenrecht weiter liberalisierte, aktive ausländische Investitionen förderte und die Möglichkeiten, Anteile zu erwerben, für ausländische Investoren nicht mehr beschränkte. Die Privatisierung der ungarischen Banken weist zwei Charakteristika auf: Die großen Banken wurden in Etappen privatisiert, bestimmte Anteile wurden bestimmten Investoren zu verschiedenen Zeiten angeboten, wodurch das Risiko für die Investoren reduziert wurde. Zusätzlich dazu beinhalteten die Verträge über die Privatisierung Preisangleichungen des Kaufpreises der Anteile, die vom zukünftigen Gewinn der Banken abhingen.⁴³³

VII. 2) b) Das ungarische Bankwesen nach der Jahrtausendwende

Ende 2003 gab es in Ungarn ungefähr 218 Banken, wobei es sich dabei oft um sehr kleine Genossenschaftsbanken handelte. Diese hielten insgesamt nur einen Marktanteil von rund sieben Prozent und waren dementsprechend nicht von großer Bedeutung. Die fünf größten ungarischen Banken hingegen hatten einen Marktanteil von 57%. Rund 82% des ungarischen Bankvermögens befand sich Anfang des 21. Jahrhunderts unter der Kontrolle ausländischer Banken, was die enorme Bedeutung ausländischer Investoren für den Bankensektor Ungarns deutlich illustriert. Die größte ungarische Bank (OTP) allerdings war unabhängig und fast vollständig im Privatbesitz. Auf dem ungarischen Bankenmarkt konnte um die Jahrtausendwende ein massives Kreditwachstum verzeichnet werden, welches vor allem durch die Einführung der staatlich geförderten Wohnbaufinanzierung 2001 getragen wurde. Diese Wohnbaufinanzierung hat erheblichen Einfluss auf den ungarischen Banksektor, da ein Großteil der Kreditnachfragen von privaten Haushalten auf diese Wohnbaufinanzierung entfällt.⁴³⁴ Aufgrund der hohen Kostenbelastung dieser Wohnbauförderung für das ungarische Budget (Kosten von rund ein Prozent des BIP) wurde eine Kürzung erforderlich. Große Konkurrenz herrschte auf dem ungarischen Bankenmarkt im Bezug auf den Kredit mit Großkunden und ausländischen Konzernen. Die Option, sich finanzielle Mittel in Form von Krediten zu besorgen ist für ungarische Klein- und Mittelbetriebe oft nur schwer realisierbar. Da die Kürzung der Wohnbauförderung zu einer Senkung der Nachfrage von Krediten im Privatsektor führte, versuchten Banken Mitte der 2000er Jahre mit neuen

⁴³² Vgl. Ábel; Siklos, Secrets to the successful Hungarian bank privatization, S. 118.

⁴³³ Vgl. Hasam, Marton, Development and efficiency of the banking sector, S. 2253.

⁴³⁴ Vgl. Breyer, Zentral- und Osteuropa - Der Wachstumsmarkt für österreichische Banken, S. 77.

Angeboten, wie den Fremdwährungskrediten, zu punkten.⁴³⁵ Wie bereits erwähnt, führte dies zu einem erhöhten Risiko für die Anleger und letztendlich großen Verlusten auf Seiten der Banken. Der ungarische Bankensektor war zu Beginn des Jahrzehntes sehr profitabel. Die wichtigste Bank in Ungarn war die OTP. Sie war eine der profitabelsten und größten in Südost- und Mitteleuropa und expandierte auch in andere CEE-Länder wie Bulgarien oder die Slowakische Republik. Dahinter kamen die K & H Bank, welche von der belgischen KBC und der niederländischen ABN-Amro kontrolliert wurde. Weiters von Bedeutung waren die von der Bayerischen Landesbank dominierte MKB und die von der italienischen Intesa dominierte CIB. Der Erste Bank gelang es 2003, ihren Einfluss in Ungarn deutlich auszubauen. Sie kaufte die Postbank und konnte ihren Marktanteil somit auf rund acht Prozent ausbauen.⁴³⁶

In der ungarischen Wirtschaft waren die zwei Jahrzehnte bis zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von dem Bestreben geprägt, sich im neuen europäischen Kontext zu positionieren und in der EU zu integrieren. Dementsprechend stark schritt die Beteiligung ausländischer Unternehmen in Ungarn, insbesondere im Bankensektor, voran. 2005 waren 82% der Vermögenswerte der Banken in der Hand von Banken, die ihren Hauptsitz in anderen EU-Mitgliedstaaten hatten.⁴³⁷ Ein Charakteristikum der europäischen Integration in Bezug auf den ungarischen Bankensektor war, dass die Kredite von Unternehmen und Haushalten in fremder Währung enorm anstiegen.⁴³⁸ Während der 2000er Jahre konnte generell ein großer Kapitalfluss in Form von Krediten in Richtung Osteuropa beobachtet werden. Ein großer Teil dieser Mittel wurde für Hypothekendarlehen verwendet. Dementsprechend wurde ein regelrechter Bauboom ausgelöst.⁴³⁹ Aufgrund der Einstellung von Unterstützungsprogrammen für Wohnbaukredite, die grundsätzlich in ungarischen Forint gewährt worden waren, entstand nach 2003/04 ein Vakuum auf dem ungarischen Bankenmarkt. Banken mit Zugang zu Fremdwährungskrediten nutzten dieses. Zudem war die Absicht Ungarns, sich der Eurozone anzuschließen, bereits bekannt. Demzufolge ging man von einer Stabilität der Umtauschraten von Euro und Forint und einem somit geringen Risiko in Bezug auf die Währungskurse bei Fremdwährungskrediten aus. Zwischen 2003 und 2008 konnte ein jährlicher Anstieg der Kredite von 20% in Ungarn verzeichnet werden. Ein Großteil davon waren Kredite an private Haushalte. Dieser starke Anstieg war bedenklich, wenn gleich die Höhe in Verhältnis zum Gesamtbruttoinlandsprodukt nicht hoch erschien, konnte der enorme Anstieg als Vorbote der Wirtschaftskrise gesehen werden.⁴⁴⁰ Der Anstieg der Kredite für Private führte zu höheren Risiken für die Kreditnehmer. Insbesondere der hohe Anteil an Fremdwährungskrediten, der 2008 70% betrug, barg Gefahren. In Ungarn begannen die Fremdwährungskredite

⁴³⁵ Vgl. Breyer, Zentral- und Osteuropa - Der Wachstumsmarkt für österreichische Banken, S. 78.

⁴³⁶ Vgl. Breyer, Zentral- und Osteuropa - Der Wachstumsmarkt für österreichische Banken, S. 78.

⁴³⁷ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.542/543.

⁴³⁸ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.543.

⁴³⁹ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 916.

⁴⁴⁰ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 916.

erst in den 2000er Jahren zu boomen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Kredite, die in Schweizer Franken aufgenommen wurden. Sie waren für die Konsumenten deshalb interessant, weil sie günstigere Zinsraten versprachen und die ausländisch dominierten Banken Ungarns über ihre Stammhäuser hier leichten Zugang hatten. Beide Seiten ließen dabei das Wechselkursrisiko unbeachtet. Diese Nachlässigkeit sollte später aufgrund der Abwertung des Forint für viele Haushalte ein Problem darstellen.⁴⁴¹

Wie bereits erwähnt, füllten die Fremdwährungskredite den Bedarf der Bevölkerung, der aufgrund der Einstellung der für die Regierung zu kostspielig gewordene Wohnbauförderungsprogrammes entstand. Dieses wurde ins Leben gerufen, um einen Teil der durch die Umstellung auf die Marktwirtschaft entstandene Belastung für die Haushalte abzufangen. Abbildung 2 im Statistikeil dieses Kapitels illustriert deutlich, dass der Boom der Fremdwährungskredite erst 2004 begann. Die Wohnbauförderung wurde bis 2002/2003 gewährt.⁴⁴² Die ausländischen Banken in Ungarn spielten in Bezug auf den Siegeszug der Fremdwährungskredite eine bedeutende Rolle. Die ungarische OTP hingegen war in Bezug auf die Wohnbauförderung der große Gewinner gewesen. Der OTP Hypothekbank, die als Ableger der OTP gegründet worden war, gelang es schnell, sich zwei Drittel des Marktes zu sichern. Da sie aber keinen privilegierten Zugang zum internationalen Geldmarkt hatte, lehnte sie die Fremdwährungskredite strikt ab, musste dann aber einlenken, als der Druck durch die ausländische Konkurrenz zu groß wurde.⁴⁴³ Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise von 2007/08 wurde die Problematik der Fremdwährungskredite schlagend. Der Forint erlebte zwischen September 2008 und März 2009 eine Abwertung von 34% in Relation zum Schweizer Franken. Das führte oft zu einer Problemen auf Seiten der ungarischen Kreditnehmer, ihre Schulden zu begleichen, und die Folge waren Zwangsversteigerungen.⁴⁴⁴ Die ungarischen Anleger hatten die Gefahr der Fremdwährungskredite klar unterschätzt und diese vor allem wegen der günstigeren Zinsraten gewählt. Von der ungarischen Regierung wurde im Zuge der Krise weiters eine Fehlinformation der Konsumenten in Bezug auf die Risiken in Verbindung mit Fremdwährungskrediten festgestellt.⁴⁴⁵ Es war jedoch allgemein so, dass das mit den Fremdwährungskrediten verbunden Risiko in Ungarn relativ spät erkannt wurde. Regierung, Banken und Konsumenten vernachlässigten dieses Risiko anfangs gleichermaßen. Ein wichtiger Grund hierfür war, dass man davon ausging dass Ungarn bald der Euro-Zone angehören würde. Eine Umstellung der Währung wurde für 2006 prognostiziert und angestrebt. Erst ab 2005 änderte sich diese Auffassung. Die ungarische Nationalbank, die Finanzaufsichtsbehörde und der IMF signalisier-

⁴⁴¹ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.543.

⁴⁴² Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 925/26.

⁴⁴³ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 926.

⁴⁴⁴ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 918.

⁴⁴⁵ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 929/30.

ten, dass ein zu hoher Anteil von Fremdwährungskrediten Ungarn gefährlich werden könnte.⁴⁴⁶ Trotz dieser Warnungen blieb die sozialistische Regierung allerdings passiv. Dies kann einerseits durch ihren Beliebtheitsverlust und den daraus resultierenden Unwillen, von der Bevölkerung eventuell negativ aufgefasste Maßnahmen zu treffen, erklärt werden und andererseits waren die Fremdwährungskredite vor allem für die Banken ein extrem lukratives Geschäft.⁴⁴⁷

Im allgemeinen Teil der Arbeit wurde bereits ausführlich auf die Auswirkungen der globalen Finanzkrise für die ungarische Wirtschaft und den darauf folgenden Wahlsieg der Fidesz-Regierung eingegangen. In Bezug auf das Bankwesen bedeuteten die Krise und der Regierungswechsel nach den Wahlen von 2010 eine Abkehr von der für ausländische Investoren sehr freundlichen ungarischen Politik. Man gab unter anderem der nach Europa orientierten Politik der sozialistischen Regierung und den aufgrund der durch die Annahme von Unterstützung von Seiten der EU und des IWF notwendigen Sparmaßnahmen Schuld an der Situation im Land. Ausländische Banken wurden zum Feindbild erklärt und man schrieb ihnen die Schuld an der Situation der Menschen zu.⁴⁴⁸

In Bezug auf den großen Einfluss der ausländischen Banken und Fremdwährungskredite in Ungarn wurden nach Übernahme der Fidesz-Regierung einige Gesetze erlassen um den Einfluss zu beschränken. Aufgrund der in Folge der Wirtschaftskrise sehr negativ verlaufenden Fremdwährungskredite stellten die ausländischen Banken, die diese oftmals gewährten, ein leichtes Ziel dar. Außerdem waren diese aufgrund der Verluste in der Folge der Wirtschaftskrise von ihren Stammhäusern ohnehin dazu angehalten, die Kreditvergabe auf dem ungarischen Markt einzuschränken.⁴⁴⁹ Die Regierung erklärte es sich zum Ziel, die ausländische Kontrolle auf dem Bankensektor soweit zu reduzieren, dass Ungarn mindestens die Hälfte desselben kontrolliere. Es wurden Regelungen umgesetzt, die darauf abzielten, den ausländischen Banken zu schaden und erhebliche Verluste zu verursachen. Man erwartete sich, dass manche ausländische Bank sich komplett vom ungarischen Markt zurückziehen würde. So wurde beispielsweise eine erste Krisensteuer eingeführt, die direkt auf den Bankensektor abzielte. Internationale Finanzinstitutionen kritisierten die Regierung dafür, den Finanzsektor so massiv zu besteuern und zu beeinflussen, und forderten dazu auf, das Klima im Land wieder attraktiver für Investoren zu machen.⁴⁵⁰

Die Regierung verteidigte ihr Vorgehen jedoch und ging sogar noch weiter. Im Oktober 2012 wurde die Einführung einer Steuer vorgeschlagen, die 0,01 Prozent auf alle Transaktionen durch Finanzinstitutionen bedeutete, darunter auch die MNB. Mit der Besteuerung der MNB erregte Ungarn aller-

⁴⁴⁶ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 931.

⁴⁴⁷ Vgl. Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance, S. 932.

⁴⁴⁸ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.544.

⁴⁴⁹ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.545.

⁴⁵⁰ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.546.

dings das Aufsehen der europäischen Gemeinschaft. Nachdem die Europäische Kommission ihr Einschreiten androhte, wurde die MNB von der Regelung ausgenommen.⁴⁵¹ Abgesehen davon wurde die Steuer allerdings eingeführt und 2013 sogar noch erhöht. Sie brachte einen großen Verlust für viele ausländische Banken in Ungarn. In Bezug auf die Fremdwährungskredite, die vorrangig in Schweizer Franken oder Euro aufgenommen worden waren und Privatschuldner betrafen, wurde die Regierung ebenso aktiv. Im September 2011 wurde entgegen dem Widerstand der ausländischen Bankenlobby in Ungarn ein Gesetz erlassen, welches den Kreditnehmern erlaubte, ihre ausstehenden Fremdwährungskredite zu fixen, unter dem Marktwert liegenden Raten zurück zu zahlen.⁴⁵² Diese Regelung führte zu erheblichen Verluste auf Seiten der Banken, die beinahe einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprechen, reduzierte aber gleichzeitig die Fremdwährungskredite um 23%. 2013 stellte die Regierung in Aussicht, Teile ihrer Außenhandelsreserven dazu verwenden zu wollen, bestimmte Fremdwährungskredite in Forint zu konvertieren. Die Regierung verteidigte diese Maßnahmen, die sich klar gegen die Fremdwährungskredite richteten, damit, dass eine Reduzierung dieser Kredite für die ungarische Souveränität unerlässlich wäre. Schließlich kündigte die MNB im April 2013 an, 250 Milliarden Forint aufwenden zu wollen, um Fremdwährungskredite von Klein- und Mittelunternehmen in Forint zu konvertieren.⁴⁵³

Weiterer Schritt der Regierung in Bezug auf das Bankwesen war eine massive Kritik an der MNB und András Simor, dem Präsidenten der ungarischen Nationalbank. 2011 versuchte die Regierung, sich die Kontrolle über die MNB zu sichern. Ende 2011 wurde sogar versucht, die Nationalbank mit der ungarischen Finanzaufsichtsagentur zu verschmelzen und dieser zu unterstellen, was die völlige Aufgabe ihrer Unabhängigkeit bedeutet hätte. Hier schritt die Europäische Kommission jedoch ein. Schon im Vorfeld waren in wichtigen Entscheidungsorganen Vertreter der Regierung eingesetzt und somit ein unabhängiges Vorgehen in Bezug auf die Geldpolitik erschwert bzw. verhindert worden. So wurden nach einer Änderung des Gesetzes über die Besetzung des MNB-"Monetary Council" auf das Betreiben der neuen von der Regierung eingesetzten Mitglieder die Zinsraten kontinuierlich gesenkt. Die drei internen Mitglieder der MNB konnten dies aufgrund der neuen Regelung nicht verhindern. Dieses Vorgehen wurde vom IWF stark kritisiert. 2013 wurde schließlich ein neuer Präsident eingesetzt, der in einem Naheverhältnis zur Regierung stand, und die Politik der ungarischen Nationalbank folgte nach seiner Übernahme immer mehr den Vorgaben der Regierung.⁴⁵⁴ Als eines der wichtigsten Schritte, die die MNB unter der neuen Führung setzte, kann ein "Funding for Growth Program" genannt werden, welches Banken mit Krediten zum Nullzinssatz versorgte. Dieses sollte das BIP stei-

⁴⁵¹ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.546.

⁴⁵² Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.547.

⁴⁵³ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.547.

⁴⁵⁴ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.548.

gern, das Absinken von Geschäftskrediten stoppen, den Anteil an Fremdwährungskrediten im Unternehmensbereich reduzieren und Ressourcen Insidern zuteilen.⁴⁵⁵

2016 gab es in Bezug auf das Bankenrecht einen interessanten Deal, der die österreichische Erste Bank in Ungarn betrifft. Der ungarische Staat und die Europäische Entwicklungsbank (EBRD) beteiligten sich 2016 mit jeweils 15% an der ungarischen Tochter der Erste Bank Group. Der zum Verkauf gelangte Anteil entsprach einem Wert von 77,78 Milliarden Forint (250 Millionen Euro). Als Teil der Vereinbarung verpflichtete sich die Erste Group, bei der Erste Bank Hungary (EBH) eine Kapitalerhöhung von gleichem Wert durchzuführen. Im Vorfeld der Transaktion, im Februar 2016, wurde zwischen der EBRD, der Erste Group und Ungarn ein "Memorandum of Understanding" unterfertigt. Dieses wird als Schritt in Richtung einer Verbesserung des Klimas innerhalb Ungarns Banksektor, insbesondere in Bezug auf ausländische Investoren betrachtet. Eines der Ziele des zwischen den drei Akteuren vereinbarten Deals soll diesem Memorandum nach die Stärkung des Vertrauens einer der größten ungarischen Banken und der Regierung sein sowie die Förderung der Expansionspolitik der ungarischen Banken. Im Zusammenhang mit dem Deal steht die Senkung der ungarischen Banksteuer ab 2017 von Seiten der ungarischen Regierung. Die Erste Bank Ungarn bleibt weiterhin im Mehrheitseigentum der Erste Group.⁴⁵⁶

VII. 2) Fallbeispiel der Ausbaustrategie einer österreichischen Bank in Südosteuropa mit Fokus Ungarn anhand der Raiffeisen Gruppe

Ungarn stellte für die österreichischen Banken in Bezug auf ihre Expansion in Richtung Zentral- und Osteuropa den Anfang dar. Alle drei am stärksten in dieser Region vertretenen Banken, die Uni Credit Austria, die Raiffeisen Bank International und die Erste Bank haben, obwohl sie in Bezug auf ihre Expansionsstrategie unterschiedlich vorgegangen sind, den Schritt in Richtung dieser Region mit der Errichtung eines Auslandsstützpunktes in Ungarn begonnen. Dies ist einerseits durch die geographische Nähe zu begründen, lässt sich aber ebenso auf die gemeinsame geschichtliche Entwicklung zurückführen.⁴⁵⁷ Ich habe für diese Arbeit die Raiffeisen Bank International als Fallbeispiel ausgewählt.

⁴⁵⁵ Vgl. Johnson, Barnes, Financial nationalism and its international enablers, S.549.

⁴⁵⁶ Vgl. <http://derstandard.at/2000039391374/Ungarn-und-Osteuropabank-steigen-bei-ungarischer-Erste-Bank-ein>

⁴⁵⁷ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 114.

VII. 2) a) Die Raiffeisen Gruppe in Südosteuropa - Fokus Ungarn

In Bezug auf ihr Engagement in Südosteuropa war die Raiffeisen bereits nach der Ostöffnung bzw. unmittelbar davor sehr aktiv. So wurde bereits 1986 mit der Unicbank, die heute unter dem Namen Raiffeisen Bank Rt. in Ungarn operiert, die erste Tochterbank in den Staaten Osteuropas gegründet. Operativ tätig wurde die Tochterbank bereits 1987.⁴⁵⁸ In Bezug auf die Expansion der Raiffeisen Bank in der gesamten Region ist charakteristisch, dass diese in der Regel in Form von Neugründungen von Tochterbanken oder Joint Ventures erfolgte und nicht durch den Einkauf in Fremdinstitute. Besonders zu Beginn der Expansion waren Joint Ventures die bedeutendste Form des Engagements. Bei der Gründung der ungarischen Unicbank handelt es sich ebenfalls um ein solches Joint Venture. Bei der Gründung waren ungarische und ausländische Investoren beteiligt. Wie aus Abbildung 3 im Anlagen- teil der Arbeit ersichtlich, hielten die einzelnen Investoren jeweils nur relativ kleine Anteile, was einen hohen Koordinationsbedarf zwischen den Beteiligten erforderte, gleichzeitig aber für jeden ein Mitbestimmungsrecht bedeutete.⁴⁵⁹ Beteiligt an diesem Joint Venture waren neben der Raiffeisen Zentralbank auf westlicher Seite die deutsche DG Bank und die IFC aus Washington mit jeweils 15%. Die übrigen 55% des Kapitals wurden von ungarischen Beteiligten zur Verfügung gestellt. Westliche Investoren wurden von der ungarischen Zentralbank eingeladen hier tätig zu werden, was die bereits besprochene "Vorreiterrolle" Ungarns in Bezug auf die Wende unter den kommunistischen Staaten illustriert. In der Anfangsphase übte die Unicbank vor allem banktypische Tätigkeiten aus. Darunter fällt das Einlagen- und Kreditgeschäft, Akkreditive, Garantien und Zahlungsverkehrsprodukte. Durch die frühe Präsenz in Zentral- und Osteuropa konnte sich die RZB einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Ihre Beteiligung an der Unicbank baute die RZB weiter aus und hielt 1991 51% der Gesellschaft. Die Aufstockung des Anteiles der Raiffeisen setzte sich fort, bis sie schließlich 2003 alleinige Eigentümerin der Unicbank wurde.⁴⁶⁰ Die RZB setzte ihre Tätigkeit in Zentral- und Osteuropa in den Jahren nach Fall des Eisernen Vorhanges kontinuierlich fort und expandierte in immer neue Staaten.⁴⁶¹

Zwischen 1987 und 1991 begann die RZB damit, Tochterbanken in Ungarn zu gründen. Diese entstanden nicht durch den Einkauf in bereits bestehende Unternehmen, sondern es handelte sich um organisch gewachsene Tochterbanken.⁴⁶² 1991 wurde die Unternehmensstruktur innerhalb der Raiffeisen Bank geändert. Die kommerziellen Tätigkeiten der Raiffeisen im Ostgeschäft wurden durch eine eigene Ostholding, die DOIRE Handles- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., ausgeübt. Diese sollte später in Raiffeisen International BeteiligungsGmbH umbenannt werden. Aus ihr ging die Ost-

⁴⁵⁸ Vgl. Liebscher u.a., European Economic Integration and South-East Europe, S. 382.

⁴⁵⁹ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 114.

⁴⁶⁰ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 115.

⁴⁶¹ Vgl. Liebscher u.a., European Economic Integration and South-East Europe, S. 382.

⁴⁶² Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 110.

europa-Holding der Raiffeisen hervor, die 2001 umstrukturiert wurde und fortan als Raiffeisen-International-Holding AG (RI) bezeichnet wurde.⁴⁶³ Im Zeitraum zwischen 1991 und 1999 begann die Raiffeisen, auch im Privatkundengeschäft tätig zu werden. Ungarn war hier eines der ersten Länder, in denen dies unternommen und das Filialnetz dementsprechend ausgebaut wurde. Parallel zu den Tochtergesellschaften begann man 1992 in Ungarn mit der Gründung von Niederlassungen. Die Abbildungen 4 und 5 zu diesem Abschnitt der Arbeit illustrieren den strategischen Filialausbau und zeigen, dass Ungarn und die Slowakei hier die ersten Länder waren, in denen das Netz verdichtet wurde, und Ungarn in Bezug auf die Anzahl an Filialen an zweiter Stelle steht.⁴⁶⁴ In Ungarn wurde der Ausbau hauptsächlich vom Sektor Private Banking getragen.⁴⁶⁵

Anfang der 2000er Jahre begann der Konzern damit, in den Ländern Zentral- und Südosteuropas nicht mehr reine Joint Ventures, sondern eigene Tochtergesellschaften zu gründen und in einem dritten Schritt folgte der Erwerb bereits bestehender Unternehmen.⁴⁶⁶ Die Prognosen in Bezug auf das Geschäft in Südosteuropa waren bis Mitte der 2000er Jahre sehr positiv und man sah hier großes Potential.⁴⁶⁷ Dementsprechend waren die 90er und 2000er Jahre im Konzern geprägt von einem weiteren Ausbau in verschiedenste Länder. Darunter Nachbarländer Österreichs wie die Tschechoslowakei (1990) und Slowenien (1998), sowie andere Staaten Zentral- und Osteuropas wie Russland (1990), Ukraine (1994) und Moldawien (2005). Einen kurzen Einbruch erlebten die Expansionsbestrebungen zwischen 2009 und 2011, was sich aus der globalen Wirtschaftskrise erklärt. Die Expansion setzte sich 2012 mit dem Erwerb der Polbank EFG (Polbank) fort. Diese Transaktion wurde von der EU-Wettbewerbsbehörde geprüft und genehmigt.⁴⁶⁸

Die Finanzpolitik unter der Regierung Orbans hat wie bereits erwähnt zu massiven Verlusten auf Seiten der Banken geführt. Dementsprechend gab es 2014 Gerüchte darüber, dass die Szechenyi Bank, die zu 49% in Staatseigentum stand, ein Angebot für die ungarische Raiffeisentochtergesellschaft gemacht habe. Im November 2014 hatte die RI bekannt gegeben, Angebote in dieser Richtung in Erwägung zu ziehen, da man sich aufgrund der aktuellen Gesetzgebung und Haltung der ungarischen Regierung auf lukrativere Märkte konzentrieren wolle. Ein Verkauf erfolgte allerdings nicht. Die ent-

⁴⁶³ Vgl. Werner, Weiter auf der Straße des Erfolges, S. 40.

⁴⁶⁴ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 143.

⁴⁶⁵ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 144.

⁴⁶⁶ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 122.

⁴⁶⁷ Vgl. Liebscher u.a., European Economic Integration and South-East Europe, S. 383.

⁴⁶⁸ Vgl. Werner, Weiter auf der Straße des Erfolges, S. 40/41.

sprechenden Quellen gehen davon aus, dass der Grund dafür die enormen Verluste des Konzerns aufgrund des geringen Preises waren.⁴⁶⁹

⁴⁶⁹ Vgl. Smithies, RAIFFEISEN-SZECHENYI DEAL FOR HUNGARIAN UNIT OFF THE TABLE, <http://www.retailbankerinternational.com/News/raiffeisen-szechenyi-deal-for-hungarian-unit-off-the-table-4158697>.

VII. Statistiken

Abbildung 1: Fusionen im österreichischen Bankenwesen⁴⁷⁰

	Zahl der Hauptan- stalten	Zahl der Fusionen und Über- nahmen		Durchschnittliche Bilanzsum- me aller Banken
	Veränderung gegen das Vorjahr	Insgesamt:	Davon dezentrale Sektoren	Mio. EUR
1985	-16	14	14	164,3
1986	-7	7	7	180,2
1987	18	13	13	194,6
1988	-2	14	14	198,5
1989	-10	17	17	210,3
1990	-30	34	34	224,5
1991	-45	53	50	242,7
1992	-61	65	61	266,8
1993	-41	40	39	330,0
1994	-10	20	20	350,5
1995	-12	13	11	375,8
1996	-22	24	23	403,0
1997	-24	25	23	438,2
1998	-24	28	22	495,2
1999	-20	20	20	551,7
2000	-28	26	24	568,4
2001	-16	20	17	620,4
2002	-10	13	11	655,2
2003	-1	14	13	639,9

⁴⁷⁰ Vgl. Mooslechner, Banken und Bankenpolitik in Österreich seit den 1970er Jahren, S. 407.

Abbildung 2 - Kredite an private Haushalte in Ungarn⁴⁷¹

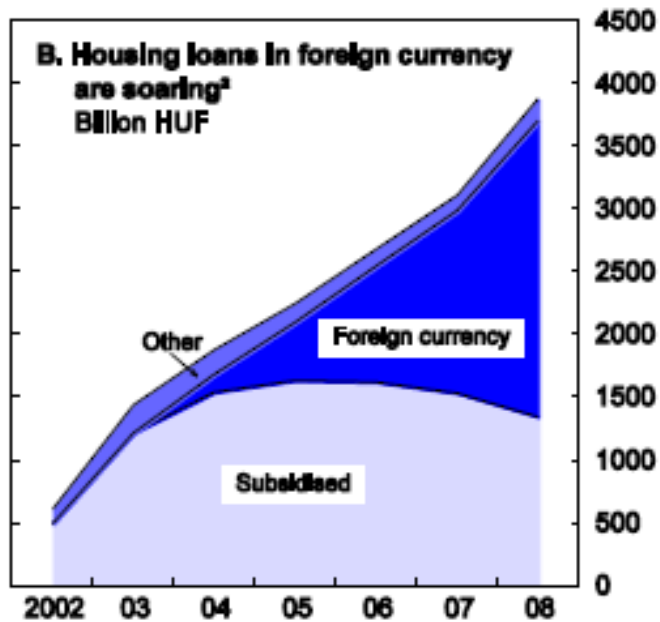


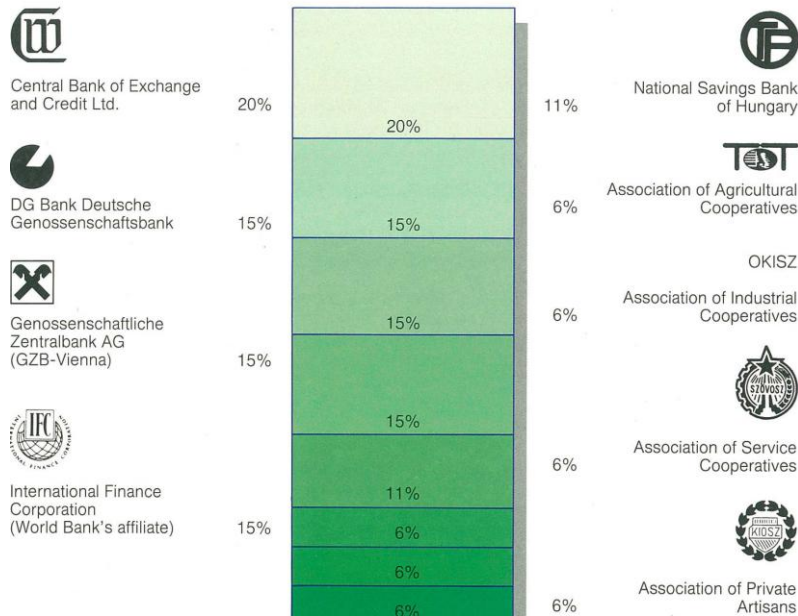
Abbildung 3 - Investorenzusammensetzung der Unicbank im Jahr 1987⁴⁷²

⁴⁷¹ Vgl. Molnár, Enhancing Financial Stability through Better Regulation in Hungary, S. 10.

⁴⁷² Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 155.



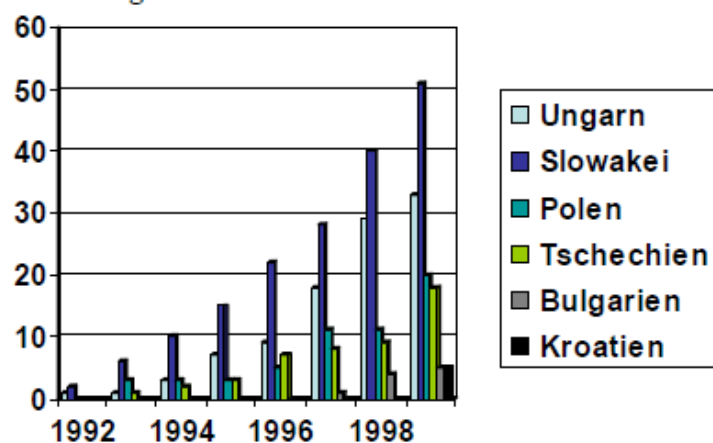
SHAREHOLDERS



Abbildungen 4 und 5 - Ausbau der der der Raiffeisen in CEE zwischen 1992 und 1999 ⁴⁷³

⁴⁷³ Vgl. Cikovska, Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa, S. 144.

Abbildung 16: Filialendichte von Raiffeisen in CEE 1992 – 1999



Land	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ungarn	1	1	3	7	9	18	29	33
Slowakei	2	6	10	15	22	28	40	51
Polen	x	3	3	3	5	11	11	20
Tschechien	x	1	2	3	7	8	9	18
Bulgarien	x	x	x	x	x	1	4	5
Kroatien	x	x	x	x	x	x	x	5
Insgesamt	3	11	18	28	43	66	93	132

VIII. Die ungarische Bodengesetzgebung und Landwirtschaft nach der Wende

VIII. 1) Der ungarische Agrarsektor während der Privatisierung

Die bereits mehrfach erwähnte Vorreiterrolle Ungarns unter den ehemals planwirtschaftlichen Reformländern am Beginn der Wende war in Bezug auf die Agrarwirtschaft besonders ausgeprägt. Dies ist darin begründet, dass sie Vorreiter und Versuchsfeld vieler Wirtschaftsreformen der Regierung war, das Staatseigentum hier eine nachrangige bzw. gänzlich unbedeutende Rolle spielte und die Wirtschaft grundsätzlich sehr wettbewerbsfähig war.⁴⁷⁴ In Bezug auf den Außenhandel war die Agrarwirtschaft ebenfalls ein wichtiger Faktor. Sie war stark exportorientiert. Abnehmer fanden sich nicht nur im Osten, sondern ebenso am EG-Markt. Subventionen wurden zwar vom Staat gewährt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, sie waren aber in Vergleich zu anderen Bereichen sehr niedrig.⁴⁷⁵ Nach der Wende entschied sich die Regierung angeregt durch ausländische Ratgeber zu einer radikalen Liberalisierung und Privatisierung des Agrarsektors. Nach längeren Beratungen wurden weitere zwei Gesetze erlassen, die in Bezug auf die Landwirtschaft in Ungarn von entscheidender Bedeutung waren. Das war das Gesetz über die Entschädigung und das Gesetz über die Genossenschaften (sowie das Gesetz über die obligatorische Umwandlung dieser Genossenschaften).⁴⁷⁶ Die politischen Machthaber erklärten die Reformen, indem sie angaben, dass die Eigentümer des neu geschaffenen Bodenbesitzes als Privatbauern ein neues und effizientes System von Kleinbetrieben schaffen würden. Man erwartete sich von dieser neuen Unternehmerschaft geringere Produktionskosten als von Seiten der Großbetriebe und zudem Beschäftigungsmöglichkeiten für die aus dem Industriebereich entlassenen Arbeitskräfte.⁴⁷⁷

In Bezug auf die Bodenverhältnisse in Ungarn brachten die beginnenden 90er Jahre eine extreme Zersplitterung. In Folge der Reformen wurden große Teile des Bodens der Landwirtschaft entzogen und kamen in den Besitz von nicht landwirtschaftlich tätigen Personen wie Rentnern, Stadtbewohnern oder Spekulanten. Man versuchte Genossenschaften in Unternehmen umzuwandeln, dies gelang nur teilweise und die Genossenschaften reduzierten sich anfangs recht stark. Der beabsichtigte Anstieg der Privatbetriebe wurde zudem nur in geringem Ausmaß erreicht. Die meisten Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft blieben in Kollektivbetrieben, nur ein Viertel der Vollbeschäftigten arbei-

⁴⁷⁴ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 25.

⁴⁷⁵ Bartók, Österreichs Nachbar Ungarn im Wartesaal der Europäischen Union, S. 12.

⁴⁷⁶ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 26.

⁴⁷⁷ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 26.

tete Mitte der 90er Jahre in privatbäuerlichen Betrieben. Auch die Gesamtzahl der agrarischen Privatbetriebe erfüllte nicht die Erwartungen der Reformer.⁴⁷⁸ Die unter Abbildung 2 im Statistikteil enthaltene Tabelle illustriert die extreme Zersplitterung des Bodens, die eine Folge der Reformen und Entwicklungen war.⁴⁷⁹ Jene Eigentümer der landwirtschaftlichen Betriebe, die im Zuge der Reformen ihr Bodeneigentum aufgeben mussten oder enteignet wurden, erhielten Entschädigungen basierend auf vier Entschädigungsgesetzen. Die Entschädigung erfolgte mittels Entschädigungsschein. Dieser konnte verkauft, gegen Staatseigentum getauscht oder zur Ergänzung von Rente oder Bodenkauf im Rahmen eines Versteigerungsverfahrens verwendet werden. Entschädigung erhielten auch die Mitglieder der LPG und Staatsbetriebsangestellte. Die als Abbildung 1 enthaltene Tabelle illustriert die Bodenverteilung von 1991.⁴⁸⁰

Die Privatisierung der Landwirtschaft in Ungarn brachte eine Änderung der Bodennutzungsstruktur. 1985 waren noch 92% der landwirtschaftlichen Flächen des Landes bewirtschaftet. Dies änderte sich nach der Wende. 1994 betrug der Anteil nur noch 62%. Jeweils ein Drittel der landwirtschaftlichen Bodenflächen wurde 1994 von den Staatsgütern den Nachfolgeorganisationen der LPG und Einzellandwirten bewirtschaftet. In Bezug auf die Bedeutung von Einzellandwirten und Großbetrieben sind enorme regionale Unterschiede in Ungarn erkennbar.⁴⁸¹ Während in bestimmten Gebieten die Einzel landwirte mehr als die Hälfte der Bodenfläche besaßen und bewirtschafteten, waren in anderen Regionen die Einzellandwirte von geringer Bedeutung und die Nachfolgeeinrichtungen der LPG dominant. Im Zuge der Privatisierung kam es in den Gebieten, wo Einzellandwirte nur sehr geringe Bedeutung hatten und die LPG dominierten, dazu, dass die im Zuge der Entschädigungen verteilten Bodenfläche vorwiegend an die ältere Bevölkerung gingen. Diese wiederum verkaufte oder verpachtete diese Flächen an inländische oder ausländische Interessenten oder die Nachfolgeorganisationen der LPG. Obwohl sich teilweise die jüngere Generation zurückzog, um als Einzellandwirt tätig zu werden, war es in den dörflichen Regionen Transdanubiens und Nordungarns so, dass das Eigentum an Boden von Einzellandwirten 1994 nicht einmal ein Prozent der Region ausmachten. In Bezug auf das Bodeneigentum ergaben statistische Erhebungen Mitte der 1990er Jahre, dass 62% der landwirtschaftlichen Fläche in Eigenbesitz war. Zwei Millionen Haushalte besaßen ungefähr 1,6 Millionen ha Landfläche.⁴⁸²

⁴⁷⁸ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 27.

⁴⁷⁹ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 34.

⁴⁸⁰ Bartók, Österreichs Nachbar Ungarn im Wartesaal der Europäischen Union, S. 14.

⁴⁸¹ Berényi, Auswirkungen der Privatisierung in Ungarn, S. 110/111.

⁴⁸² Berényi, Auswirkungen der Privatisierung in Ungarn, S. 111.

VIII. 2) Aufschwung der Landwirtschaft vor dem EU-Beitritt und die Folgen des EU-Beitrittes für die Landwirtschaft

Eine Verbesserung in Bezug auf die Landwirtschaft stellte sich erst ab Mitte der 90er Jahre ein. Am Vorabend des ungarischen EU-Beitrittes war die Rolle der Landwirtschaft für den Außenhandel Ungarns von zentraler Bedeutung. Der Anteil von Agrarprodukten am ungarischen Export betrug zwischen 20 und 22% und bei den Importen sechs bis sieben Prozent. Damit konnte im Bereich des Agrarsektors ein Nettoexportüberschuss von etwa 2 Milliarden US-Dollar verzeichnet wäre. Dies trug erheblich zur Verringerung des ungarischen Außenhandelsdefizites bei. Trotz dieser Bedeutung wurde die Landwirtschaft als Nebenerwerbstätigkeit ausgeführt.⁴⁸³

Vor dem Beitritt zur EU befand sich die ungarische Landwirtschaft im Aufwärtstrend. Der Bruttowert der Erzeugung stieg zwischen 1998 und 2001 um mehr als ein Viertel von 2,2 auf 2,8 Milliarden EUR. Aufgrund der besonders günstigen Getreideernte war das Jahr 2001 hier ein wesentlicher Faktor. Die Getreideernte konnte in diesem Jahr verdoppelt werden. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Fläche erfolgte zu einem erheblichen Teil durch ausländische Landwirte. Rund 500 ausländische Landwirte bewirtschafteten am Beginn des 21. Jahrhunderts etwa eine Million ha landwirtschaftlich genutzte Fläche, was einem Sechstel der gesamten in Ungarn bewirtschafteten Landfläche entspricht. Schon vor dem Beitritt zur EU bildeten die EU-Länder die bedeutendsten Handelspartner für die ungarischen Agrarexporte und -importe. Der Außenhandelsaldo Ungarns war auch um die Jahrtausendwende positiv. Er betrug zwischen 1997 und 2001 durchschnittlich 1,4 Milliarden Euro.⁴⁸⁴ Der Anteil der Agrarwirtschaft am Bruttosozialprodukt Ungarns betrug 2001 fünf Prozent und 6,5 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten in der Landwirtschaft. Die Bedeutung der Landwirtschaft für den Export spiegelt sich im Exportvolumen wider. Dieses betrug 2001 2,5 Milliarden US-Dollar, was 8,3 Prozent der Gesamtexporte Ungarns entspricht.⁴⁸⁵

In Bezug auf die Strukturen in der Landwirtschaft, entstanden in Ungarn nach der Privatisierung verschiedene Formen von Betrieben.. Eine dieser Unternehmensformen waren die landwirtschaftlichen Großbetriebe. Diese bewirtschafteten um die Jahrtausendwende 59% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Ungarn. Einen besonderen Stellenwert sprach die Regierung jedoch den "Familienbetrieben" zu. Dabei handelt es sich um Einzellandwirte, die von Staats wegen nicht mehr als 300 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche besitzen durften. Sie bewirtschafteten um die Jahrtausendwende

⁴⁸³ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 30.

⁴⁸⁴ Mühlbauer, Reimann, Ungarn erschwert seiner Agrarwirtschaft EU-Beitritt, S. 10.

⁴⁸⁵ Gyódi, Ungarns Agrarwirtschaft zwischen Marktorientierung und politischer Regulierung, S. 9.

35% der wirtschaftlich genutzten Landfläche.⁴⁸⁶ Diese wurden von der Regierung besonders gefördert. Die Orbán-Regierung knüpfte die Förderung an die Erfüllung bestimmter Grundkriterien. Neben der maximalen Ackerfläche musste der Betriebsleiter ein hauptberuflicher Landwirt sein. Wurden die Kriterien erfüllt, bedeutete dies Zugang zu günstigen Krediten für den Bodenerwerb und höhere Agrarzuschüsse.⁴⁸⁷ Problematisch wurde diese Förderung teilweise in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Grund dafür war insbesondere, dass sie gestaffelt erfolgte und die Kleinstbetriebe mit einer Fläche von unter 10 ha doppelt so stark gefördert wurden wie jene darüber. Damit unterstützte die Regierung nach Meinung mancher Wirtschaftsexperten diese Kleinstbetriebe und verhinderte deren Abbau, obwohl sie zu hohen Stückkosten produzierten und somit ohne diese Förderung nicht überlebensfähig gewesen wären.⁴⁸⁸

Die für Ungarn typische bipolare Wirtschaftsstruktur bestehend aus größeren landwirtschaftlichen Betrieben und Kleinstbetrieben besteht in Ungarn weiterhin. Dies macht den Agrarsektor zu einem der vielseitigsten der ungarischen Volkswirtschaft und unterscheidet ihn von jenem der meisten anderen Mitgliedsstaaten der Union. Die mittelständischen Betriebe hatten ihre Bedeutung nach der Wende ausgebaut und Genossenschaften bildeten sich. Neben diesen typischen Entwicklungen haben aber die fast 700.000 Einzelbetriebe immer noch großen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion.⁴⁸⁹ In Bezug auf die sektorale Gliederung in der Landwirtschaft bewirkte die Privatisierung eine verstärkte sektorale Trennung. In der Zeit vor der Wende wurden die Großbetriebe vorrangig als gemischte Betriebsformen geführt. Diese Spezialisierung setzte sich fort. Die Anteile der Hauptbetriebszweige erfuhren eine dramatische Veränderung. Die Pflanzenproduktion begann in Ungarn zwischen 1995 und 2005 einen eindeutigen Siegeszug. Drei Viertel der Wirtschaftsgesellschaften waren 2005 reine Marktfruchtbetriebe und 46% der Einzelbetriebe konzentrierten sich auf den Pflanzenbau. Ein Drittel der Betriebe wirtschaftete 2005 in beiden Bereichen. Ein Viertel der Betriebe hielt 2005 Tiere, wobei es sich hauptsächlich um Rinder und Schweine handelte. Die Viehbestände gingen im Zuge der Umstellung der Wirtschaft auf die Marktwirtschaft enorm zurück. Abbildung 3 im Statistikteil zu diesem Abschnitt illustriert die Entwicklungen in Bezug auf die sektorale Spezialisierung sehr deutlich und zeigt den fortlaufenden Rückgang der Unternehmen, die Tierhaltung betrieben, in Bezug auf beide in der ungarischen Wirtschaft vertretenen Betriebsformen.⁴⁹⁰

Der Rückgang der tierischen Produktion hielt bis zur Wirtschaftskrise an. Für den Rückgang der Tierbestände können verschiedenste Gründe angeführt werden. Einer der Hauptgründe ist zweifelsohne der Rückgang der Wirtschaftlichkeit. Dies verstärkte sich noch nach dem EU-Beitritt, da das Förde-

⁴⁸⁶ Mühlbauer, Reimann, Ungarn erschwert seiner Agrarwirtschaft EU-Beitritt, S. 10.

⁴⁸⁷ Gyódi, Ungarns Agrarwirtschaft zwischen Marktorientierung und politischer Regulierung, S. 9.

⁴⁸⁸ Mühlbauer, Reimann, Ungarn erschwert seiner Agrarwirtschaft EU-Beitritt, S. 10.

⁴⁸⁹ Darabos, Nemessályi, Ausgewählte Strukturprobleme der ungarischen Landwirtschaft, S. 55.

⁴⁹⁰ Darabos, Nemessályi, Ausgewählte Strukturprobleme der ungarischen Landwirtschaft, S. 55.

runssystem der Union den Pflanzenbau erheblich begünstigte. Die Einkommensverhältnisse in der pflanzlichen Produktion entwickelten sich bis 2006 positiver als die Einkommen in der Tierhaltung. Der Rückgang des Tierbestandes wird in der Literatur teilweise durchaus kritisch bewertet.⁴⁹¹

VIII. 3) Einschränkungen im Bezug auf den Erwerb von Boden in Ungarn, insbesondere für Ausländer

In Bezug auf die Landwirtschaft in Ungarn gibt es eine Besonderheit in Bezug auf den Erwerb von Eigentum von Ausländern. Die Änderung dieser Gesetze durch die derzeitige Regierung führte sogar zu Verfahren vor dem europäischen Gerichtshof. Darauf werde ich noch eingehen. Zuerst kurz zur Entwicklung dieser Einschränkungen.

Die Nutzung und der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen in Ungarn unterlagen nach der Privatisierung strenger Kontrolle und Regulierung. Im Zuge der Privatisierung wurden zwar 90% der Nutzflächen privatisiert. Allerdings erließ die Regierung bereits 1994 ein Gesetz, welches den Bodenkauf einschränkte. Mit dem Gesetz wurde juristischen Personen und Ausländern in Ungarn der Kauf von Ackerfläche verboten. Zuvor war dies möglich gewesen. Weiters beschränkte das Gesetz die maximale Dauer der Pachtverträge. Diese waren zuvor von der Treuhandanstalt auf bis zu 99 Jahre abgeschlossen worden. Ab 1994 betrug die maximale Pachtdauer 10 Jahre.⁴⁹² 2001 wurden die Bedingungen weiter verschärft um die bereits erwähnten "Familienbetriebe" zu begünstigen. Es wurden strenge Vorkauf- und Vorpachtregelungen eingeführt, um diesen Betrieben Vorpacht- und Vorkaufrechte für die mit ihren Flächen benachbarten Ländereien zu sichern. Dies führte zu großem Widerstand, insbesondere von Seiten der Pachtbetriebe. Diese sind jedoch für die ungarische Landwirtschaft von erheblicher Bedeutung. Um die Jahrtausendwende bewirtschafteten sie 48% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ungarn und stellten 70% der landwirtschaftlichen Produktion her.⁴⁹³ Mit dem Beitritt Ungarns zur EU wurden in Bezug auf die EU-Bürger die Regelungen geändert und das absolute Erwerbsverbot gelockert. Dennoch wurde der Erwerb durch EU-Bürger stark beschränkt.⁴⁹⁴ Wie bereits erwähnt waren in Ungarn ausländische Personen und juristische Personen vom Erwerb von Eigentum an Agrarflächen ausgenommen. In Bezug auf die Staatsbürger eines EU-Mitgliedsstaates war Ungarn jedoch gezwungen eine Ausnahmeregelung einzuführen. Diese Ausnahmeregelung sah Folgendes vor. Staatsbürger eines EU-Mitgliedsstaates, die sich "als selbständige

⁴⁹¹ Darabos, Nemessályi, Ausgewählte Strukturprobleme der ungarischen Landwirtschaft, S. 56.

⁴⁹² Gyódi, Ungarns Agrarwirtschaft zwischen Marktorientierung und politischer Regulierung, S. 9.

⁴⁹³ Gyódi, Ungarns Agrarwirtschaft zwischen Marktorientierung und politischer Regulierung, S. 9.

⁴⁹⁴ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 225.

Unternehmer in Ungarn niederlassen möchten und seit wenigstens drei Jahren dauerhaft und rechtmäßig in Ungarn wohnen und eine landwirtschaftliche Tätigkeit betreiben" durften Eigentum erwerben. Weiters konnten EU-Staatsbürger Eigentum an einem "als eigenständige Immobilie mit einer Fläche von 6.000 qm angelegten Gehöft" erwerben. Dieser Erwerb unterlag den Bestimmungen einer besonderen Rechtsvorschrift in Bezug auf die "nicht als Ackerland angesehenen anderen Immobilien". Nach ungarischem Recht ist ein Gehöft "ein im Außenbereich einer Ortschaft liegende und zu Zwecken der landwirtschaftlichen Produktion (Pflanzenanbau und Tierhaltung sowie der mit diesen Bereichen verbunden Verarbeitung und Lagerung von Produkten) errichtetes Wohn- und Wirtschaftsgebäude bzw. Gebäudeensemble und die Gesamtheit der unter derselben Parzellennummer gebuchten zugehörige "Bodenflächen". Gehöfte sind außerdem flächenmäßig auf 6.000 Quadratmeter beschränkt. Wurden die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung erfüllt, waren EU-Bürger berechtigt, Agrarflächen zu erwerben, und inländischen Privatpersonen gleichgestellt. Wenn Angehörige eines Drittstaates in Ungarn Eigentum erwerben wollen, stand ihnen nur die zweite Möglichkeit offen. Allerdings mussten sie vorher ein besonderes Genehmigungsverfahren durchlaufen.⁴⁹⁵

Noch vor der Veröffentlichung des Gesetzes erfolgte eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit durch das ungarische Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht stufte die Regelung als verfassungskonform ein. Es begründete dies damit, dass eine unzulässige Regelung erforderte, dass ein Zusammenhang zu einem Grundrecht bestehen und die Einschränkung keine objektiv feststellbare, rationale Begründung haben würde. Zentrales Argument für den Verfassungsgerichtshof war somit das Vorhandensein einer nachvollziehbaren Begründung für die Beschränkungen.⁴⁹⁶

Ausländer hatten verschiedenste Motive um in Ungarn Agrarflächen zu erwerben. Investoren die in größerem Ausmaß Landflächen von über 10.000 Hektar erwerben wollten, kamen vor allem aus Österreich und Deutschland. Sie wollten die Flächen entsprechen bewirtschaften und mit modernen Anbaumethoden bestellen. Daneben gab es die so genannten Freizeit-Landwirte. Diese wollten "Hobby-Gärten" erwerben und sich so einen Rückzugsort im Ausland schaffen. Sie waren meist an einer Größe von unter 0,5 Hektar interessiert. Es handelte sich dabei vor allem um Grundstücke in Weinbergen oder Obstgärten. Natürlich waren auch Spekulanten an den Flächen interessiert. Diese wollte man fern halten, da sie den Boden meist unbewirtschaftet ließen und dann nach Ablauf einer bestimmten Zeit mit hohen Renditen weiter verkauften. Von Wirtschaftsexperten wird oft argumentiert, dass die Investoren der ersten Gruppe auf die Landwirtschaft einen sehr positiven Einfluss haben und zu deren Wachstum beitragen können. Die Freizeit-Landwirte hingegen hätten für die Ent-

⁴⁹⁵ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 226.

⁴⁹⁶ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 226.

wicklung des Agrarsektors kaum Bedeutung. Die von ihnen erworbenen Immobilien sind im Inland nach der Wende oft nicht mehr gefragt gewesen. Das hing mit der in Ungarn herrschenden Landflucht zusammen und der Tatsache, dass diese Grundstücke anders als im Kommunismus nicht mehr als Statussymbol gesehen wurden. Spekulanten hingegen würden mit ihrer Tätigkeit eine Marktverzerrung im Bereich der Grundstückspreise bewirken, was die landwirtschaftliche Entwicklung Ungarns insgesamt negativ beeinflussen würde.⁴⁹⁷

Aufgrund der restriktiven Bestimmungen beim Eigentumserwerb kam es in Ungarn zu einem Aufleben der so genannten Taschenverträge. Dabei handelt es sich um Vertragskonstruktionen, die dazu dienten, die im Innenverhältnis von den Parteien beabsichtigten Eigentumsverhältnisse zu verschleiern. Während im Außenverhältnis mittels Strohmannern oder Treuhandkonstruktionen vorgespielt wurde, dass berechnigte Personen die Grundstücke besitzen, wurde dies zwischen den Parteien im "Innenverhältnis" etwas anders geregelt. Diese Konstruktion wurde nicht nur von Ausländern in Ungarn verwendet, sondern durchaus auch zwischen Inländern. Die das tatsächliche Verhältnis regelnden Verträge wurden von den Parteien natürlich nicht öffentlich, sondern geheim abgeschlossen. Die genaue Ausgestaltung dieser Taschenverträge ist sehr vielfältig. Weiters lässt die Durchführung der Transaktionen in dieser Form keine realistischen Schätzungen in Bezug auf die Anteil der ungarischen Fläche, die sich im Besitz von Ausländern befinden, zu. 2001 gab es Versuche, die Taschenverträge zu reduzieren. Bei Selbstanzeige wurde den Anzeigern Straffreiheit zugesichert. Dies hatte allerdings wenig Erfolg. In Bezug auf die Taschenverträge gab es 2012 einen Fall, der vor Gericht gebracht wurde. In dem unveröffentlichten Urteil mussten die Kläger sich geschlagen geben, da das Taschenvertragsverhältnis nicht bewiesen werden konnte.⁴⁹⁸

Die Tauschverträge hatten verschiedenste Formen. Manche Parteien bedienten sich im landwirtschaftlichen Bereich des Abschlusses von Kaufverträgen ohne Datum. Man wollte das Datum nachträglich einsetzen, sobald die Beschränkungen für den Eigentumserwerb wegfallen würden. Das war riskant, da die Parteien den Wegfall der Beschränkungen erst erleben mussten. Selbst im Falle von EU-Bürgern, wo der 1. Mai 2014 das Datum des Wegfalles aller Beschränkungen der EU-Beitrittsverträge war, handelte es sich um bis zu 20 Jahre zwischen dem Wegfall und dem Vertragsabschluss. Die Erben blieben mit einem nichtigen Vertrag zurück. Daher versuchte man andere Rechtsformen zu finden, um die Wirkung zu erzielen. Zu diesem Zweck wurde der Käufer teilweise als testamentarischer Erbe vom Verkäufer eingesetzt. Problematisch war dies einerseits aufgrund der Möglichkeit, Testamente ständig zu ändern, des Pflichtteilsrechtes und der Erbschaftssteuer und

⁴⁹⁷ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 227.

⁴⁹⁸ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 227/228.

andererseits aufgrund der Tatsache, dass die Möglichkeit des Eigentumserwerbes im Erbweg durch Ausländer von den Nachlassgerichten oft vernachlässigt wurde.⁴⁹⁹ Häufig wurden die Taschenverträge in Form von Pachtverträgen geschlossen. Diese Pachtverträge bedeuteten zwar ein Vorkaufsrecht des Pächters auf die Immobilie, allerdings hatte der Staat ein vorrangiges Vorkaufsrecht. Zudem waren Pachtverträge kündbar, was ebenfalls einen Verlust des Vorkaufsrechtes der Pächter bedeutete.⁵⁰⁰ In Bezug auf die Nutzungsrechte an Immobilien gab es 2011 eine Gesetzesänderung. Motiv für die Gesetzesänderung von Seiten der ungarischen Regierung war, dass die Errichtung von grundbücherlich eingetragenen Nutzungs- und Nießbrachrechten mit einer Laufzeit von 99 Jahren oft verwendet wurden, um so dem Nießbraucher eine Quasi-Eigentümerstellung zu verschaffen. Dem Pächter wurden die mit dem Eigentum verbundenen Rechte oft beinahe zur Gänze übertragen und der Pachtzins zur Gänze im Vorhinein bezahlt. In Verbindung mit der langen Laufzeit von 99 Jahren waren diese Verträge Kaufverträgen tatsächlich beinahe gleichzustellen. Ab 2002 war die Errichtung solcher Verträge nicht mehr möglich, da Nießbrach und Bodennutzungsrechte den gleichen Bedingungen wie jenen, die für den Eigentumserwerb gelten, unterstellt wurden. Die Landpacht war sowohl für einheimische als auch ausländische Privatpersonen und juristische Personen für maximal 20 Jahre erlaubt.⁵⁰¹

Weitere Umgehungstaktik in Bezug auf die Beschränkungen beim Erwerb von Eigentum an landwirtschaftlichen Flächen war die Einschaltung eines Strohmannes. Dies bedeutete, dass statt dem Ausländer ein inländischer Strohmann die Agrarflächen kaufte und sie im Innenverhältnis dem Ausländer zusicherte. Dies war der sicherste Weg, um das von den Parteien eigentlich gewünschte Ziel zu erreichen. Probleme entstanden nur, wenn sich der Käufer und der Strohmann bei Verrechnungsgründen zerstritten.⁵⁰²

Für den Erwerb von landwirtschaftlich genutzten Flächen in Ungarn ist der 30. April 2014 von besondere Bedeutung gewesen. Im Zuge des Beitritts Ungarn zur Union wurde das "Bodenmoratorium" gewährt. Dieses "Bodenmoratorium" ist eine im ungarischen Beitrittsvertrag enthaltene Ausnahme vom Grundsatz des freien Kapitalverkehrs. Sie wurde vom der Kommission 2010 um weitere drei Jahre verlängert. Es handelt sich um eine siebenjährige Übergangsfrist, innerhalb derer es erlaubt war, den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen durch EU-Ausländer einzuschränken. Die bis dahin geltende Ausnahmeregelung wurde bereits erläutert. Aufgrund des Näherrückens dieser Frist rief der

⁴⁹⁹ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 228/229.

⁵⁰⁰ Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 229.

⁵⁰¹ Vgl. Ilgner, Beschränkungen für Unionsbürger auf Erwerb und Nutzung in Ungarn, S. 306.

⁵⁰² Vgl. Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb, S. 230.

ungarische Ministerpräsident Viktor Órban 2013 zum Kampf gegen den Ausverkauf "der heiligen ungarischen Erde" durch ausländische Bodenspekulanten auf.⁵⁰³

Aufgrund des Auslaufen des Bodenmoratoriums wurde in Ungarn ein neues Gesetz eingeführt, welches ab 2. Mai 2014 in Kraft trat und massive Einschnitte für die ausländischen Investoren in Ungarn bedeutete. In Bezug auf die Taschenverträge, die vor diesem Datum geschlossen wurden, war das Gesetz problematisch, da diese Verträge nichtig sind. Für nichtige Verträge sieht das ungarische Gesetz vor, dass nach Bekanntwerden der Nichtigkeit der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen ist. Das bedeutet die Streichung des Erwerbers aus dem Grundbuch. Die neuen Bodengesetze sahen vor, dass eine Rückforderung von aus diesen Verträgen bereits erbrachten Leistungen vor Gericht nicht mehr zulässig war. Diese Bestimmung ist laut Gesetzestext anwendbar auf "nichtige Verträge und vertragliche Bestimmungen ... die zum Ziel hatten, die gesetzlichen Beschränkungen über die Nutzung und den Erwerb von landwirtschaftlichen Liegenschaften zu umgehen". Damit waren alle bereits erwähnten Formen von Taschenverträgen davon erfasst.⁵⁰⁴

Besonders heftig war die Reaktion auf die neuen Regelungen im Bezug auf die Nießbrauchverträge, die zwischen 1994 und 2001 geschlossen wurden. Hierbei handelt es sich um legale, im ungarischen Grundbuch eingetragene Nutzungsrechte. Dennoch erklärten die Bodengesetze alle vor dem 1. Mai 2014 geschlossenen Nießbrauchverträge rückwirkend für nichtig.⁵⁰⁵

Das neue Bodengesetz und die damit verbundenen Beschränkungen der Rechte von Unionsbürgern führten bereits zu einem Einschreiten von Seiten der Europäischen Kommission. Sie forderte Ungarn am 16. Oktober 2014 zu einer Stellungnahme zu den Rechtsvorschriften auf. Kritisch betrachtet die Union vor allem zwei der neuen Regelungen. Einerseits sah die Kommission es kritisch, dass die Nießbrauchverträge, die vor dem 1. Mai 2014 legal geschlossen wurden, einfach erlöschen sollten, bevor noch die vereinbarte Vertragslaufzeit von 20 Jahren abgelaufen war. Außerdem beinhaltete das Gesetz eine rückwirkend anzuwendende Gesetzesänderung in Bezug auf Landpachtverträge und räumte hier Kündigungsmöglichkeiten innerhalb einer sehr kurzen Frist ein. Die Kommission argumentierte, dass grundsätzlich die Eigentumsordnungen Angelegenheit des jeweiligen Vertragsstaates seien, die Beschränkungen der Grundfreiheiten, die dadurch erfolgen, allerdings verhältnismäßig und ordnungsgemäß begründet sein müssen. Die ersten Reaktionen auf den Aufruf zur Stellungnahme von Seiten der ungarischen Regierung spiegeln die verhärtete Position Ungarns wider. Die Aufforderung der Kommission wurde als "Versuch der Druckausübung" eingestuft, motiviert durch "starke

⁵⁰³ Vgl. Ilgner, Die Beschränkungen der Rechte von Unionsbürger in Ungarn, S. 305/306.

⁵⁰⁴ Vgl. Ilgner, Die Beschränkungen der Rechte von Unionsbürger in Ungarn, S. 306/307.

⁵⁰⁵ Vgl. Ilgner, Die Beschränkungen der Rechte von Unionsbürger in Ungarn, S. 307.

geschäftliche Lobbyinteressen". Die Regierung verteidigte das Bodengesetz. Demnach handelte es sich dabei um einen Versuch, ungarischen Boden mit allen Mitteln zu schützen. Mit dem Gesetz wolle die Regierung Bauern vor Spekulanten und Familienbetrieben gegenüber Großgrundbesitzern einen Vorteil verschaffen.⁵⁰⁶

Die verhärteten Positionen von Kommission und ungarischer Regierung führten schließlich zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens von Seiten der Kommission. Am 16. Juni 2016 verkündete die Kommission, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof einzuleiten. Ungarn hätte nach Ansicht der Kommission gegen Europarecht in Bezug auf die Rechte von ausländischen Investoren in Bezug auf landwirtschaftlich genutzte Flächen verstoßen. Konkret sieht die Kommission das Recht auf freien Kapitalverkehr verletzt. Nach der Aufforderung zur Stellungnahme im Oktober 2014 wurde Ungarn nochmals im Juni 2015 aufgefordert, die nationalen Gesetze in Einklang mit Unionsrecht zu bringen. Da die Regierung dem nicht nachkam, sah sich die Kommission gezwungen, sich an den Gerichtshof zu wenden. Wie bereits erwähnt, sah die Kommission die Rechte von Unionsbürgern verletzt, da das neue Bodengesetz ausländischen und inländischen Investoren das legal erworbene Nutznießungsrecht an landwirtschaftlichen Flächen vor Ablauf der ursprünglich geschlossenen Verträge entzog und dafür keine Entschädigungsmöglichkeit vorsah. Die Kommission argumentierte, dass insbesondere aufgrund der kurzen Zeitspanne zwischen Erlassung des Gesetzes und dessen Gültigkeit den Investoren nicht die Möglichkeit gegeben wurde, sich anzupassen. Damit wurden sie ihrer legal erworbenen Rechte und ihres investierten Vermögens beraubt. Dies stellt eine Verletzung des Rechts auf Eigentum und der Rechtssicherheit dar, wie sie in der EU-Grundrechtecharta verankert sind. Dies stellt nach Ansicht der Kommission eine Verletzung der Niederlassungsfreiheit und der Kapitalfreiheit dar. Nationale ungarische Gerichte haben in dieser Angelegenheit bereits zwei Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet (C-52/16 und C-113/16).⁵⁰⁷

⁵⁰⁶ Vgl. Ilgner, Die Beschränkungen der Rechte von Unionsbürger in Ungarn, S. 307.

⁵⁰⁷ Vgl. European Commission - press release, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2102_en.htm (27.2.2017)

VIII. Statistiken

Abbildung 1: Bodenverteilung im Rahmen der Entschädigung seit 1991⁵⁰⁸

	Zahl der			Durchschnittsgröße in ha
	betroffenen Personen	Versteigerungen	Bodenstücke	
Nach dem ehemaligen Eigentum Entschädigte	1 040 000	25 500	592 000	1,8
Den Bodenlosen gegebenes Eigentum	1 600 000	1 300	3 000 000	1,7
Insgesamt	2 640 000	-	3 592 000	1,8

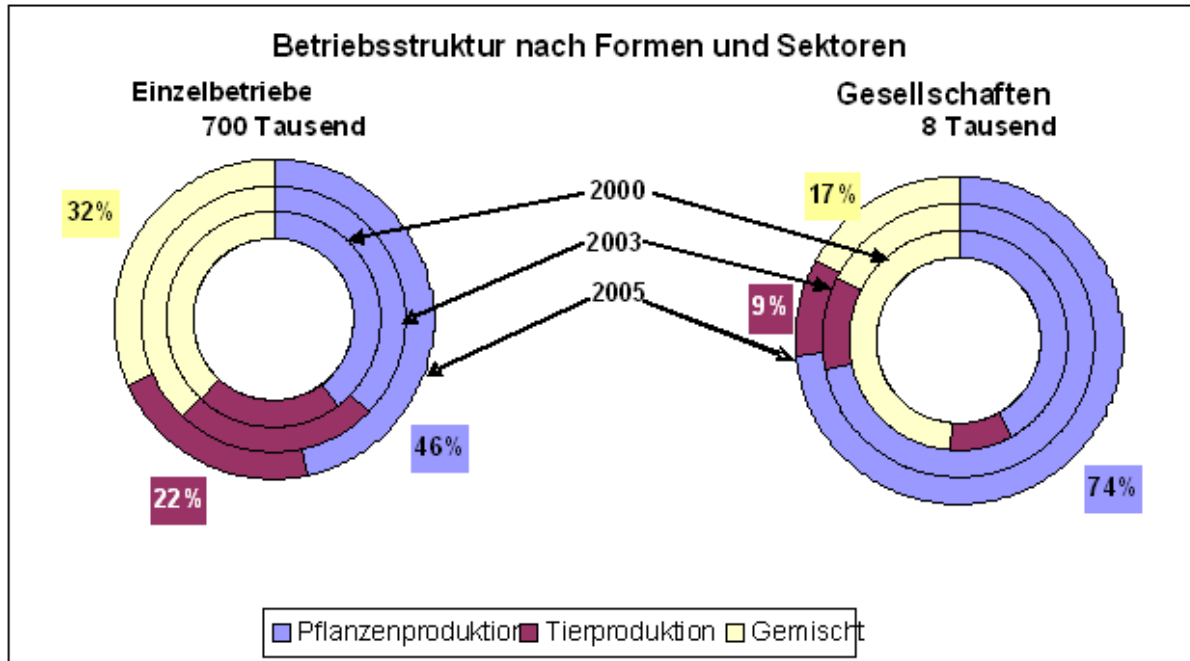
Abbildung 2: Privatbetriebe nach der Betriebsfläche 1994⁵⁰⁹

Privatbetriebe nach der Betriebsfläche 1994				
Betriebsgröße in ha	Betriebe		Bodenfläche	
	Anzahl	v.H	Hektar	v.H.
Unter 2,5	1,099.683	91,5	427.375	30,9
2,5 bis 10	80.323	6,7	381.505	27,6
10 bis 30	16.336	1,4	261.929	18,9
30 bis 100	4.086	0,3	198.860	14,4
Über 100	587	0,1	113.536	8,2
Zusammen	1,201.015	100,0	1,383.205	100,0

⁵⁰⁸ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 34.

⁵⁰⁹ Varga, Die ungarische Landwirtschaft, S. 34.

Abbildung 3: Betriebsstruktur in der ungarischen Landwirtschaft (Stand 2006)⁵¹⁰



⁵¹⁰ Darabos, Nemessályi, Ausgewählte Strukturprobleme der ungarischen Landwirtschaft, S. 56.

IX. Conclusio

In Bezug auf die in der Einleitung aufgestellten Thesen kann abschließend argumentiert werden, dass diese von den Ergebnissen der Literaturrecherche zu einem entscheidenden Teil gestützt werden. Die Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert lässt erkennen, dass diese trotz einiger weniger intensiver Phasen doch immer aufrecht geblieben sind. Weiters zeigen die Entwicklungen bis hin zur Wende, dass trotz der politisch teilweise sehr schwierigen Rahmenbedingungen aufgrund der Spaltung des europäischen Kontinents in zwei ideologische Lager, die Beziehungen zwischen beiden Ländern gepflegt wurden und für die jeweilige wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung waren. Insbesondere am Beginn der Zwischenkriegszeit haben die gemeinsamen Beziehungen große Bedeutung. Schließlich waren aufgrund der Tatsache, dass es sich bis zu diesem Zeitpunkt um zwei Teile eines gemeinsamen Staatengebildes handelte, bereits gegenseitige wirtschaftliche Verflechtungen etabliert und vorhanden. Eine völlige Loslösung dieser Verbindungen wäre für beide Seiten nicht tragbar gewesen und letztendlich konnten beide Seiten von der Aufrechterhaltung der gegenseitigen Beziehungen profitierten. Außerdem nehmen beide Staaten innerhalb des jeweiligen ideologischen Blockes eine gewisse Sonderstellung ein, die sich in den Beziehungen widerspiegelt. Österreichs Neutralität erlaubte der Regierung in Bezug auf den Umgang mit den kommunistischen Staaten mehr Spielraum. Die hohe Bereitschaft Ungarns, schon vor der Wende teilweise marktwirtschaftliche Mechanismen einzuführen, ermöglichte eine intensivere Kooperation. Wenngleich beide Faktoren nicht nur positive Entwicklungen hervorriefen, beispielsweise Ungarns Handelsbilanzdefizit, überwogen die dadurch entstandenen Begünstigungen. Ungarn war unmittelbar vor der Wende und während der Privatisierung der ehemals planwirtschaftlichen Länder gegenüber anderen im Vorteil und aufgrund der bereits im Vorfeld begonnen Maßnahmen eines der aussichtsreichsten Länder im Transformationsprozess gewesen. Österreich hingegen konnte von der Öffnung aufgrund seiner günstigen geographischen Lage und seiner Beziehungen zum Osten enorm profitieren. Die Intensität und Risikobereitschaft der österreichischen Unternehmen sowie der frühe Einstieg ins Ostgeschäft bewirkten eine vorteilhafte Stellung österreichischer Unternehmen. Die Beziehungen zu Ungarn waren und sind wesentlicher Bestandteil von Österreichs Ostengagement.

Die Thesen in Bezug auf den zweiten Fragenkomplex müssen allerdings relativiert werden. Wie bereits erwähnt, profitierten beide Staaten nach der Ostöffnung von den Beziehungen. Dieser Teil des Thesenkomplexes kann bejaht werden. In Bezug auf die Frage nach den Auswirkungen der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft und die sich darauf beziehende These, möchte ich etwas ausführlicher argumentieren. Dies ergibt sich einerseits aus der über die beiden Staaten hinausgehende Bedeutung

der europäischen Integration und andererseits aus dem Umstand, dass die Frage nach dem Einfluss der Union auf staatliche Politik und Wirtschaft der Mitgliedsstaaten differenziert betrachtet werden muss. Zudem können die Ergebnisse auf andere zwischenstaatliche Beziehungen bezogen werden. Die drei Fallbeispiele bzw. Themenkomplexe, die sich auf spezifische Aspekte der Beziehungen nach der Wende beziehen, zeigen meiner Meinung nach sehr gut, wie stark die europäische Integration fortgeschritten ist und welche Bedeutung sie für Staaten, Staatsbürger und sonstige wirtschaftliche und politische Akteure hat. Gleichzeitig muss man, betrachtet man die Politik der Regierung unter Orbán in Ungarn aber einräumen, dass die europäische Gemeinschaft in vielen Belangen nur geringen Einfluss hat und ihre Möglichkeit auf die Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten Einfluss zu nehmen, beschränkt ist. In allen drei Fällen handelte es sich um Entwicklungen die über die Beziehungen von zwei Staaten zueinander hinausgehende Interessen involvierten. Im Bezug auf die OMV und MOL war es die Energiesicherheit und die Frage des Wettbewerbs innerhalb des europäischen Raumes nach dem möglichen Zusammenschluss der zwei wichtigsten Energieunternehmen im zentralosteuropäischen Raum. Im Fall der Banken ging es um die Möglichkeit der Expansion von Unternehmen in andere Mitgliedsstaaten. Dies war allerdings nicht der einzige relevante Faktor. Ziel der ungarischen Regierung war es zudem, die eigenen Anleger zu schützen und den Einfluss ausländischer Banken zurückzudrängen. Ein Grund für das weniger intensive Eingreifen der Kommission in Bezug auf die ungarische Politik in diesem Fall kann darin gesehen werden, dass das Vorgehen der Regierung dem Schutz von Anlegerinteressen diene und von der Regelung nationale und ausländische Banken grundsätzlich betroffen waren. Zudem handelte es sich bei der hier verfolgten Politik um keine explizite Schlechterstellung von EU-Ausländern, was die Eingriffsmöglichkeiten der Kommission wesentlich einschränkte. Im Bezug auf das zweite Fallbeispiel kann angemerkt werden, dass eine Trendwende in der Politik hier nicht durch die Union erfolgte. Weiters wird erkennbar, dass die Kommission zwar versuchen kann auf die Politik Einfluss zu nehmen, letztlich aber die Regierungen der Nationalstaaten Entscheidungsträger sind. Die der Union zur Verfügung stehenden Instrumente um die Politik und Wirtschaft der Mitgliedsstaaten zu beeinflussen oder zu lenken sind begrenzt und in Fällen wie diesen, in denen keine konkrete Verletzung von Vertragspflichten der Mitgliedsstaaten vorliegt, ist die Union letztlich davon abhängig, dass die Regierungen sich ihren Vorgaben anpassen. Die Unionspolitik ist hier bestenfalls Einflussfaktor und keinesfalls immer entscheidend.

Der letzte Fall zeigt das Problem auf, das entsteht wenn nationale Gesetzgebung instrumentalisiert wird um ein bestimmtes politisches Programm zu vertreten und dadurch die Interessen andere Unionsbürger massiv beschränkt werden. In allen drei Fällen schritt die Kommission ein. Im Fall der ungarischen Bankensteuer führte dies zu keiner Änderung der Politik. Im Fall der OMV und MOL wurde durch die Forderungen der Kommission und deren Stellungnahme die Unternehmenspolitik der OMV massiv beeinflusst und schließlich eine Kursänderung bewirkt. Allerdings ist fraglich, ob allein

das Vorgehen der Union ausschlaggebend war. Vielmehr könnte es an dem allgemeinen Widerstand gegen das Vorhaben gelegen sein und letztendlich der Aufwand das Ergebnis nicht gerechtfertigt haben. In Bezug auf das letzte Problem ist noch abzuwarten, wie sich das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof entscheiden wird. Zweifelsohne kann allerdings angemerkt werden, dass die ungarische Regierung aufgrund des Einschreitens der Kommission massiv unter Druck geraten ist. Man muss zudem bedenken, dass es in diesem Fall nach Ansicht der Kommission zu einem massiven Eingriff in vertraglich festgelegte Rechte von Unionsbürgern gekommen ist. In den anderen Fällen handelt es sich um Versuche die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen. Im Fall der Bodengesetzgebung allerdings wird eine konkrete Rechtsverletzung angenommen.

Anhand der genannten Fallbeispiele lässt sich erkennen, dass die Union im Bezug auf den Schutz der Unionsfreiheiten und der in der Grundrechtecharta gewährleisteten Rechte bereit ist massiv gegen den Widerstand einzelner Staaten vorzugehen und ihre politischen und rechtlichen Ansichten mit Nachdruck zu forcieren. Zumindest in diesem Zusammenhang ist die Unionspolitik daher durchaus entscheidender Faktor. Die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens wie im Fall der ungarischen Vertragsverletzungsverfahren ist das äußerste der Kommission zur Verfügung stehende Mittel um den nationalen Gesetzgeber und Staaten zu zwingen, sich unionsrechtlichen Bedürfnissen und Regelungen entsprechend zu verhalten. Interessant ist zudem, dass im Fall der OMV und MOL von Seiten der Kommission sogar zwei getrennte Überprüfungsschritte eingeleitet wurden. Dies zeigt einerseits die enorme Bedeutung des Unionsrechts, andererseits aber auch die Bedeutung die im Rahmen der Union der Energieversorgung zugesprochen wird. Letztlich zeigt die Tatsache, dass im Fall der Bodengesetzgebung nationale Gerichte ebenso Vorabentscheidungsverfahren eingeleitet haben, dass die Institutionen in den Mitgliedsstaaten sich immer mehr der Bedeutung des Europäischen Gerichtshofes als zentrales europäisches Rechtssprechungsorganes bewusst werden.

Die europäische Dimension spielt demnach in allen Wirtschaftsbereichen eine bestimmte Rolle. Je nachdem wie die Fallbeispiele gelagert waren, waren diese mehr oder weniger gewichtig. Es ist allerdings schon so, dass die Unionspolitik in zwei von drei Fällen ein sehr wichtiger bzw. ausschlaggebender Faktor für das Handeln der wirtschaftlichen Akteure war. Für andere Bereiche allerdings trifft dies nicht zwangsläufig zu, was sich zeigt, wenn man bedenkt wie sehr die Union die politischen Entscheidungen der Regierung Orbán kritisiert. Konflikte die daraus entstehen, verlaufen nicht immer in die Richtung in die die Union geht. Dies zeigt sich in Bezug auf viele gesamteuropäische Problemkomplexe, beispielsweise in Bezug auf die im letzten Jahr prekäre Situation in Bezug auf Asylwerber und deren Aufteilung auf verschiedenen Mitgliedsstaaten der Union. Zweifelsohne sind nationale Gesetzgeber aber immer mehr dazu angehalten, nicht nur die von der Union auferlegten Regelungen zu beachten, sondern ebenso in ihrer Gesetzgebung und Politik darauf Rücksicht zu nehmen und sich

anzupassen, selbst wenn dies nationalen Vorstellungen nicht entspricht. Das gleiche gilt nicht nur für die Staaten, sondern ebenso für Unternehmen, die grenzüberschreitend im Rahmen der Union tätig sind und deren Handlungen für die Union entscheidende Wirkungen haben. Man kann also sagen, dass die europäische Integration zwar in gewissen Bereichen schon sehr weit fortgeschritten ist und sich auf einem guten Weg befindet, in Bezug auf andere Faktoren jedoch noch eine untergeordnete Rolle spielt. Weiters ist das Verhältnis der Union zu den Mitgliedsstaaten nicht immer nur positiv oder einvernehmlich. Dies zeigt sich wie schon erwähnt an den Problemen der Union mit der Regierung in Ungarn. Eine neue Herausforderung für die Union stellt zudem die unterschiedliche Intensität der Integration dar. Dies zeigt sich am derzeit in der Vorbereitungsphase befindlichen Ausstieg Großbritanniens.

X. Literaturangaben

Bücher und Fachartikel

István Ábel, Pierre L. Siklos, Secrets to the successful Hungarian bank privatization: the benefits of foreign ownership through strategic partnerships, *Economic Systems*, 28 2004, S. 111 - 123.

Andrea Balogh, Die politische Wende in Ungarn. Eine Terminologiarbeit in den Sprachen Deutsch und Ungarisch, Wien 1997.

Adrienne Bartók, Österreichs Nachbar Ungarn im Wartesaal der Europäischen Union. Analyse der zwei wichtigsten Problembereiche der Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn, hervorgerufen durch den kommenden EU-Beitritt Ungarns, Wien 2000.

István Berényi, Die Auswirkungen der Privatisierung auf die Umgestaltung peripherer Räume in Ungarn, *Europe Regional*, 10 2002, S. 107-117.

Dorothee Bohle, Post-socialist housing meets transnational finance: Foreign banks, mortgage lending and the privatization of welfare in Hungary and Estonia, *Review of International Political Economy* 2014, 21 2014, S. 913-948.

Peter Breyer, Zentral- und Osteuropa — der Wachstumsmarkt für österreichische Banken, *Geldpolitik & Wirtschaft Quartalsheft zur Geld- und Wirtschaftspolitik*, 3 2004, S. 68-95.

Fritz Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung. In: Dieter Stiefel, Der "Ostfaktor" - Die österreichische Wirtschaft 1989-2009, Wien-Köln-Weimar 2010.

Fritz Breuss, Auswirkungen der Ostöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft. In: Andrea Brait, Michael Gehler (Hrsg.), Grenzöffnung 1989, Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Wien 2014.

Eamonn Butler, The Geopolitics of Merger and Acquisition in the Central European Energy Market, *Geopolitics*, 16/2011.

Zoltán Buzády, The emergence of a CEE-regional multinational – A narrative of the MOL Group plc, *Journal of East European Management Studies*, 1/2010, S. 59-76.

Lucia Cikovska, „Markteintritt der österreichischen Banken in Zentral- und Osteuropa am Beispiel Raiffeisen Zentral Bank (RZB) und Raiffeisen Bank International (RBI)“, Wien 2012.

László Csaba, The Challenge of Growth, *Hungarian Review*, 3/2011, S. 32-44.

Éva Darabos; Zsolt Nemessályi, Ausgewählte Strukturprobleme bei der Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft. In: Umweltgerechte Nutzung und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes Workshop zum Abschluss des Arbeitsplanes 2004 – 2007 im Rahmen der Universitätspartnerschaften mit osteuropäischen Ländern, Rostock 2008, S. 54-64.

Peter Eigner, Ein Schrittt nach vorne, zwei Schritte zurück - Die wechselhafte Geschichte des Finanzplatzes Wien im 20. Jahrhundert. In: Bank Austria Creditanstalt - 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas, S. 482-501.

Marta Rita *Godor*, Ursachen für fehlgeschlagene internationale Mergers - Anhand des Fallbeispiels OMV-MOL, Wien 2009.

Maximilian *Graf*, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung? Die österreichisch-ungarischen Beziehungen von 1964 bis 1989. In: Csaba *Szabó*, Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert, Wien 2014.

Peter Gyódi, Ungarns Agrarwirtschaft zwischen Marktorientierung und politischer Regulierung, Ernährungsdienst, 56 2002, S. 9.

Ernst *Haas*, Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluss unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, Würzburg 1939.

Hans Peter *Haarland*, Hans-Joachim *Niessen*, Der Transformationsprozess in Ungarn, Saarbrücken 1996.

László *Halpern*, Charles *Wyplosz*, The Hidden Hungarian Miracle. In: Hungary: Towards a Market Economy, Cambridge 1998.

Iftekhar *Hasan*, Katherin *Marton*, Development and efficiency of the banking sector in a transitional economy: Hungarian experience, *Journal of Banking and Finance*, 27 2003, S. 2249-2271.

Peter *Haslinger*, 100 Jahre Nachbarschaft - Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1895-1994, Frankfurt am Main 1996.

Andreas *Heinemann*, 'Ökonomischer Patriotismus' im Zeitalter regionaler und internationaler Integration - Zur Problematik staatlicher Aufsicht über grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen, Tübingen 2011.

Martin *Hock*, Transformation der Wirtschaftsordnung und politisches System - Anspruch und Wirklichkeit der Wirtschaftsreformen in Ungarn 1968-1996, Mainz 1997.

Theresa *Ilgert*, Die Beschränkungen der Rechte von Unionsbürgern auf Erwerb und Nutzung landwirtschaftlicher Flächen in Ungarn, *Europäischer Zeitschrift für Wirtschaftsrecht*, 8 2015, S. 305-308.

Juliet *Johnson*, Andrew *Barnes*, Financial nationalism and its international enablers: The Hungarian experience, *Review of International Political Economy*, 22 2015, S. 535-569.

Kálmán *Kalotay*, The Political Aspect of Foreign Direct Investment: The Case of the Hungarian Oil Firm MOL, *The Journal of World Investment and Trade*, 11/2010, S. 79-90.

Andrea *Komlosy*, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des "Eisernen Vorhangs". In: Gertrude *Enderle-Burcel*/Dieter *Stiefel*/Alice *Teichova* "Zarte Bande" Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Wien 2006.

János *Kornai*, Hungary's U-Turn, *Capitalism and Society*, Iss. 1 2015, S. 2-24.

Ágota Kozma, Einschränkungen für EU-Bürger beim Erwerb landwirtschaftlich genutzter Flächen in Ungarn. In: *Wirtschaft und Recht in Osteuropa*, 8 2012, S. 225-232.

Klaus Liebscher, Josef Christl, Peter Mooslechner, Doris Ritzberger-Grünwald, European Economic Integration and South-East Europe: Challenges and Prospects, Portland 2005.

Claus-Friedrich Laaser, Klaus Schrader, Chips statt Paprika: Ungarns Wirtschaft in der europäischen Arbeitsteilung, Die Weltwirtschaft, Kiel 2005.

Peter *Mooslechner*, Vom >>ruinösen Wettbewerb<< zur wettbewerbsfähigen Position auf einem um Osteuropa erweiterten Heimmarkt. Banken und Bankenpolitik in Österreich seit den 1970er Jahren. In: Bank Austria Creditanstalt - 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas, S. 401-414.

Fran *Mühlbauer*, Aniko *Reimann*, Ungarn erschwert seiner Agrarwirtschaft EU-Beitritt Spätestens nach der Osterweiterung muss Ungarn hausgemachte Strukturprobleme aufarbeiten - Wachstum in wettbewerbsfähige Größen wird derzeit behindert, Ernährungsdienst, 56 2002, S. 10.

Alexandra *Neubauer-Czettl*, Österreichs Beziehungen zu Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien im Spiegel der Staatsurkunden. In: Gertrude *Enderle-Burcel*/Dieter *Stiefel*/Alice *Teichova* "Zarte Bande" Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Wien 2006.

Michael *Pießkalla*, "Lex Mol" Ungarisches Parlament verabschiedet Gesetz zum Schutz strategisch bedeutsamer Unternehmen, *Wirtschaft und Recht in Osteuropa*, 2/2008, S. 48-53.

Andreas *Resch*, Die Außenhandelsbeziehungen zwischen dem RGW-Raum und Österreich in der Nachkriegszeit - dargestellt im Spiegel der österreichischen Handelsstatistik. In: Gertrude *Enderle-*

Burcel/Dieter *Stiefel*/Alice *Teichova* "Zarte Bande" Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder, Wien 2006.

Andreas *Resch*, Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke. In: Manfred *Rauchensteiner* Zwischen den Blöcken Nato Warschauer Pakt und Österreich, Wien, Köln Weimar 2010.

Sándor *Richter*, Im Würgegriff des Populismus. Ungarns Volkswirtschaft, *Osteuropa* 61, 12 2011, S. 213-223.

Manijeh *Sabi*, Comparative Analysis of Foreign and Domestic Bank Operations in Hungary, *Journal of Comparative Economics*, 22 1996, 179-188.

Alexander *Smith*, OMV: A Case Study of an Austrian Global Player. In Günter Bischof, Fritz Plasser: Global Austria Austria's Place in Europe and the World, Innsbruck 2011, S. 161-183.

Ulrike Christiana *Spilka*, Markteintritt in Rumänien unter besonderer Berücksichtigung der Mineralölwirtschaft - Fallbeispiel OMV, Wien 2005.

Jan *Stankovsky*, Gerhard *Palme*, Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Wien 1999.

Dieter *Stiefel*, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931, Frankfurt am Main 1989-

István György *Tóth*, Geschichte Ungarns, Budapest 2005.

Gyula *Varga*, Die ungarische Landwirtschaft und ihr Weg in die Europäische Union, S. 19-24. In: Österreich und seine Nachbarländer - Ergebnisse eines Fachtreffens zum Thema "OSTÖFFNUNG UND LANDWIRTSCHAFT", Wien 1997, S. 25-41.

Christopher *Walsch*, Aufbruch nach Europa. Sieben Beiträge zur europäischen Integration Ungarns seit 1990, Herne 2015.

Wolfgang *Werner*, Weiter auf der Strasse des Erfolges. Raiffeisen in Österreich 1986 bis 2011, Wien 2013.

Helmut *Wohnout*, Die Umbrüche 1989 aus der Perspektive der österreichischen Außenhandelspolitik unter besonderer Berücksichtigung des bilateralen Verhältnisses zu Ungarn. In: Csaba Szabó, Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert, Wien 2014.

Internetquellen

Margit *Molnár*, Enhancing Financial Stability Through Better Regulation in Hungary, OECD Economics Department Working Papers, No. 786, 2010, <http://dx.doi.org/10.1787/5kmd41chjg34-en> (19.2.2017)

Hannah *Smithies*, RAIFFEISEN-SZECHENYI DEAL FOR HUNGARIAN UNIT OFF THE TABLE, <http://www.retailbankerinternational.com/News/raiffeisen-szechenyi-deal-for-hungarian-unit-off-the-table-4158697> (21.2.2017)

European Commission - Press release, Free movement of capital: Commission refers Hungary to the Court of Justice of the EU for failing to comply with EU rules on the rights of cross-border investors in agricultural land, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2102_en.htm (27.2.2017)

Zeitungsartikel

Ungarn und Osteuropabank steigen bei ungarischer Erste Bank ein, <http://derstandard.at/2000039391374/Ungarn-und-Osteuropabank-steigen-bei-ungarischer-Erste-Bank-ein> (27.2.2017)

https://www.omv.at/portal/01/at/omv_at/Privatkunden/ueber_OMV/Konzerninformation/Geschichte (8.1.2017).

<http://derstandard.at/1304552728715/Von-Surgutneftegas-Ungarn-kauft-Ex-OMV-Anteil-an-MOL-zurueck> (9.2.2017).

XI. Anhang

XI. 1. Zusammenfassung

Ungarn und Österreich verbindet ein lange gemeinsame Geschichte. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen jenen Staaten werden in dieser Arbeit analysiert und mit Fokus auf die Geschehnisse nach der politischen Wende von 1989 aufgezeigt. Der Beginn der Beziehungen nach dem ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit war von starker Kooperation geprägt. Die vor dem Zerfall der Monarchie bestehende Abhängigkeit der Wirtschaften dieser beiden Reichsteile, erforderte die Fortsetzung der Beziehungen und nur langsam entwickelten sich zwei getrennte Volkswirtschaften. Nach dem zweiten Weltkrieg erlitten die Beziehungen zwar mehrere Rückschläge, wurden jedoch bald wieder aufgenommen. Der Aufstand in Ungarn 1956 ließ die aufstrebenden zwischenstaatlichen Beziehungen kurzfristig erkalten. Letztendlich wurden sie aber weitergeführt und stetig intensiviert. Die Reformen von 1968 in Ungarn ermöglichten eine noch intensivere zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Diese ermöglichte den ungarischen Unternehmen eine liberalere Politik in Bezug auf die Zusammenarbeit mit nicht-kommunistischen Staaten. Österreich war hier aufgrund der gemeinsamen Beziehungen ein Schlüsselland. Während der 70er und 80er Jahren wurden die Beziehungen weiter intensiviert und es entstanden bereits in den 70er Jahre erste Kooperationen zwischen Unternehmen aus beiden Ländern. Anfang der 80er Jahre erkannte man in Ungarn den durch die Ölkrise hervorgerufenen Reformbedarf in der ungarischen Wirtschaft. Diese Reformen führten zu einer weiteren Intensivierung der Beziehungen und verschafften der ungarischen Wirtschaft in Vergleich zu anderen planwirtschaftlichen Staaten. Man spricht in diesem Zusammenhang vom "Gulaschkommunismus"

Erste freie Wahlen in Ungarn fanden 1990 statt und wurden durch eine 1989 erfolgte Verfassungsänderung möglich. Der politische und wirtschaftliche Umformungsprozess fand bereits vor der formalen Wende statt. So war die ungarische Wirtschaft am Vorabend des Umbruchs durch 1986 und 1987 erfolgte wirtschaftliche Reformmaßnahmen in einem der Marktwirtschaft nahe kommenden Zustand. Joint Ventures mit ungarischen Unternehmen wurde ebenso stark gefördert. Die Wahlen von 1990 brachten einen Sieg des MDF. Diesem wurde demnach der Auftrag zur Regierungsbildung gegeben und József Antall Ministerpräsident. Symbolcharakter in Bezug auf die Wende sollte ein Bild des österreichischen Außenministers Alois Mock und des ungarischen Außenministers Gyula Horn haben, die im Zuge dieses Treffens den Eisernen Vorhang durchschnitten

Betrachtet man die beiden Wirtschaften nach der Wende, kann angemerkt werden, dass insbesondere die österreichische Wirtschaft von der Ostöffnung enorm profitierte. Die bereits im Vorfeld vor-

handenen intensiven Beziehungen und die günstige geographische Lage ermöglichten es der österreichischen Wirtschaft die neu entstandene Chancen intensiv zu nutzen. In Bezug auf Ungarn wurden diese immer mehr intensiviert und Österreich und Deutschland sind die wichtigsten Handelspartner für die ungarischen Exporte und Importe. Der Beitritt beider Staaten zur europäischen Union und die dadurch bedingte Teilnahme an der europäischen Integration führte zu einer weiteren Festigung der gemeinsamen Beziehungen. In Bezug auf die Ungarn ist anzumerken, dass dem Land unmittelbar nach der Wende eine Vorreiterrolle im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten zugeschrieben wurde. Allerdings merkte man in Ungarn nach der Wende ebenso die negativen Auswirkungen für die Wirtschaft und es kam zu Wirtschaftseinbrüchen und einer Senkung des Bruttoinlandsproduktes. Dies wirkte sich in einem Sinken des Bruttoinlandsproduktes und einer Steigerung des Arbeitslosenrate aus. Eine Erholung für die ungarische Wirtschaft zeichnete sich Mitte der 90er Jahre ab. Aufgrund der Exportabhängigkeit der ungarischen Wirtschaft gab die europäische Integration hier ebenso positive Impulse. Bis zur Wirtschaftskrise von 2007 war die Wirtschaft im Aufschwung. Die in der Bevölkerung negative Stimmung in der Folge der Wirtschaftskrise von 2007 nutzte die FIDESZ und konnte somit 2010 die Wahlen für sich entscheiden. Die Regierungspolitik der Regierung Orbán wird durchaus gemischt bewertet. Inwieweit sich die Argumente von Gegner und Sympathisanten als richtig erweisen werden bleibt abzuwarten.

Drei konkrete Fallbeispiele zeigen sehr schön wie sich die Wirtschaften der beiden Länder gegenseitig beeinflussten und inwieweit die gemeinsame EU-Mitgliedschaft sich darauf auswirkt. Das erste Fallbeispiele ist die versuchte Übernahme des ungarischen MOL-Konzerns durch die österreichische OMV. Hier führte letztlich der Widerstand von ungarischer Seite sowie die eher kritische Haltung der Kommission zu einem Abgehen von der versuchten Übernahme. Der Bankensektor in Ungarn weist ebenso starke Verknüpfungen zu Österreich auf. Wie am Beispiel der Raiffeisen Bank illustriert, investierten die österreichischen Banken sehr früh und intensive in Ungarn unmittelbar vor der Wende und danach. Dies war bis 2007 eine Erfolgsgeschichte, danach allerdings erlitten die Banken einerseits aufgrund der Wirtschaftskrise und andererseits aufgrund der Regierungspolitik unter Orbán intensive Verluste. Die Einführung der Bankensteuer sowie eine gesetzliche Regelung in Bezug auf die Fremdwährungskredite wirkten sich besonders negativ auf die ausländischen Banken aus. Die sehr restriktiven ungarischen Gesetze in Bezug auf den Bodenerwerb durch Ausländer führten bereits im Zuge des EU-Beitritts zu einer Aufforderung an die Regierung die Gesetze hier anzupassen. Mit Mai 2014 trat eine Reform in Kraft, die teilweise extreme Verluste für die ausländischen Investoren in Ungarn bedeutet, die vor allem deutsche und österreichische Staatsbürger betrifft. Dies führte zu einem intensiven Einschreiten der Kommission und mehreren anhängigen Verfahren vor dem EuGH. Das Ergebnis dieser Verfahren ist noch offen.

XI. 2. Abstract

Die Arbeit soll eine umfassende Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem österreichischen und ungarischen Staat nach der politischen Wende von 1989 darstellen. Im ersten Abschnitt wird die Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen nach dem ersten Weltkrieg bis hin zur Wende erläutert und analysiert. Die Geschehnisse in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Wende werden im Anschluss daran genauer thematisiert. Danach wird genauer die Entwicklung der beiden Staaten nach der Wende analysiert. Hier wird stärker auf die Geschehnisse in Ungarn direkt eingegangen. Die letzten drei Abschnitte der Arbeit befassen sich mit drei konkreten Beispielen in Bezug auf die österreichisch-ungarischen Beziehungen. Der erste dieser Abschnitte befasst sich mit einem sehr speziellen Fallbeispiel aus dem Energiesektor. Es handelt sich dabei um die versuchte Übernahme eines ungarischen Energiekonzerns, der MOL, durch das größte österreichische Unternehmen in diesem Bereich, die OMV. Danach wird die Expansion der österreichischen Banken in Osteuropa mit Fokus auf Ungarn behandelt. In diesem Kapitel wird nach einem allgemeinen Einblick in die Expansionspolitik der Banken und einem Überblick über den Bankensektor in Ungarn, die Geschichte einer spezifischen österreichischen Bank herausgenommen und anhand dieser die Beziehung zwischen Österreich und Ungarn näher beleuchtet. Der letzte Abschnitt befasst sich mit keinem konkreten österreichischen Unternehmen, sondern vielmehr mit einem Wirtschaftszweig, nämlich der Landwirtschaft. Aufgrund der ungarischen Gesetzeslage, die in dem Abschnitt genau erläutert wird, ist es ausländischen Investoren hier nur schwer möglich Fuß zu fassen. Bis 2014 gab es ein Verbot des Erwerbs von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Ausländer in Ungarn.